

Wer kann heute schon mit Bestimmtheit voraussagen, wie sich die Ökonomie der One-World entwickeln wird?

Bietet der Neomarxismus Analyseansätze, mit denen sich der scheinbar eigendynamische Lauf der Dinge beeinflussen läßt?

Fünf bekannte KapitalismuskritikerInnen stellen ihre Theorien zur Diskussion.



IG-Rote Fabrik/Zürich (Hg.)

## Krise – welche Krise?

Res Stehle  
Ernest Mandel  
Robert Kurz  
Maria Mies  
Karl Heinz Roth

**Krise – welche Krise?**

IG Rote Fabrik/Zürich (Hg.)

**Krise – welche Krise?**

Res Strehle, Ernest Mandel, Robert Kurz,  
Maria Mies, Karl Heinz Roth

# Inhalt

IG Rote Fabrik/Zürich (Hg.)  
**Krise – welche Krise?**  
Res Strehle, Ernest Mandel, Robert Kurz,  
Maria Mies, Karl Heinz Roth

Edition ID-Archiv  
Postfach 360205  
10972 Berlin  
ISBN: 3-89408-045-0

1. Auflage Mai 1995

## Titel

Eva Meier unter Verwendung eines  
Fotos von R. Maro

## Layout

seb, Hamburg

## Druck

Winddruck, Siegen

## Buchhandelsauslieferungen

*BRD:* Rotation Vertrieb

*Schweiz:* Pinkus Genossenschaft

*Österreich:* Herder Auslieferung

*Niederlande:* Papieren Tijger

Vorwort	7
Res Strehle <i>Marktwirtschaft auf freier Wildbahn</i> Achtzehn Thesen zur Krise	11
Ernest Mandel <i>Nichts gegen junge Bankangestellte ...</i> Die »langen Wellen« der kapitalistischen Entwicklung	23
Robert Kurz <i>Mit Volldampf in den Kollaps</i>	37
Maria Mies <i>Die Krise als Chance</i> Zum Ausstieg aus der Akkumulationslogik	65
Karl Heinz Roth <i>Auf dem Glatteis des neuen Zeitalters</i> Die Krise, das Proletariat und die Linke	97

---

## Vorwort

»Der Aufschwung beginnt im Kopf« betitelten 1994 einige Topwerbeleute eine Plakatkampagne. Sie versuchten damit zu suggerieren, daß die von der Krise Betroffenen in einer Art Delirium vor sich hinsiechen und deshalb nicht auf den Gedanken kämen, ihre persönliche Situation selbst in die Hände zu nehmen und sich ganz einfach an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen. Die Botschaft war klar: Die Schuldigen an der Krise sind die von ihr Betroffenen. Damit wäre das Thema Krise endlich so positioniert, daß sich die Deregulierenden nicht mehr mit ihren Opfern auseinandersetzen müssen. Wer zum Beispiel keiner Erwerbsarbeit nachgeht, ist selber schuld und hat nicht automatisch Anrecht auf Arbeitslosengeld; dieser Logik folgend werden nun die betreffenden Gesetze verändert.

Das Kulturzentrum Rote Fabrik in Zürich hat im Herbst 1994 mit dem ersten Teil der Veranstaltungsreihe »Krise – welche Krise?« einige in Europa wichtige Krisentheoretiker und eine Krisentheoretikerin zu Wort kommen lassen. Diese Referate liegen hier in zum Teil überarbeiteter Fassung vor. Die fünf Referate sollen der Auftakt zu einer längeren, kontinuierlicheren Auseinandersetzung zum Thema Arbeit und Krise sein.

Uns ist klar, daß eine Diskussion über Krise und Widerstand auch konkrete Praxis beinhalten müßte. Davon ist zumindest im deutschsprachigen Raum wenig zu spüren. Die versprengte Restlinke ist notwendigerweise mit dem Thema Rassismus beschäftigt – sie vergißt dabei jedoch manchmal, daß der tägliche Rassismus gegen MigrantInnen sehr viel mit deren Ausbeutung als billige, schnell abschiebbare Ar-

beitskräfte zu tun hat. Bezeichnend ist, daß sich auch mal Unternehmervverbände gegen die Abschiebung spezifischer Gruppen von AsylbewerberInnen wehren (jüngst in der Schweiz z.B. der konservative Wirteverband gegen die Ausschaffung von TamilInnen). Das Gegeneinander-ausspielen von MigrantInnen und Eingesessenen mit mehr oder weniger klaren rassistischen Untertönen funktioniert bestens. Vor zehn Jahren war die Behauptung, Wohnungsnot oder Arbeitslosigkeit sei den vielen »AusländerInnen« anzulasten, noch vornehmlich in Programmen der rechtsextremen Parteien zu finden. Heute bedienen sich mehr und mehr arrivierte PolitikerInnen dieser Argumentationsweise. Daneben läuft der Sozialabbau schon fast reibungslos, werden einstige Tabus wie Lohnabbau und Rentenaltererhöhung mit bestürzender Leichtigkeit geknackt und mit der Erklärung verpackt, daß »wir« »uns« gegen den Rest der Welt zu behaupten hätten und daher »unsere« Wirtschaft abspecken müsse – Identitätsbildung noch beim Abzocken.

Die von uns eingeladenen ReferentInnen sind keine Wunderbringer. Was sie auslösen können, sind Diskussionen zur besseren Einschätzung aktueller Entwicklungen und Möglichkeiten von Organisierung der Ausgebeuteten. Zu hoffen ist, daß ihre unterschiedlichen Herangehensweisen und Schwerpunkte enge Blickwinkel ausweiten und innerlinke Widersprüche offenlegen. Eher uninteressant wäre dabei, wenn alles beim alten linken Spiel bliebe, sich gegenseitig Fehleinschätzungen vorzuhalten und Wortklauberei zu betreiben. Jede linke Krisenanalyse, die nicht der aktuellen Entwicklung hinterherhinken will, müßte sich eigentlich als Werkzeug zur Findung neuer Handlungsmöglichkeiten für einzelne und Gruppen, zum Widerstand gegen postfordistische Konzepte und deren eigendynamische Ausbeutungsgier bewähren, sich an der Praxis messen.

Res Strehle hat die Veranstaltungsreihe in der Roten Fabrik eröffnet. Sein Referat gibt einen Überblick über die neueren Krisentheorien in der Linken und seine Sicht der

gegenwärtigen ökonomischen Situation in der Schweiz. Ernest Mandel, der unermüdliche Aktivist der vierten Internationalen, schickt seinem Referat ein erheiterndes »dieses Mal irre ich mich nicht« voraus und erklärt ein weiteres Mal in aktualisierter Form sein Modell der »langen Wellen« der kapitalistischen Entwicklung. Das entscheidende Problem der derzeitigen Wirtschaftspolitik sei, daß eine staatliche Kontrolle über den ungeheuren Umfang freischwebender Gelder praktisch unmöglich sei und eine Sanierung des Systems einen sehr hohen Preis verlange, so daß die »lange Welle« der kapitalistischen Depression anhalten werde. Maria Mies sieht die gegenwärtige Krise als Chance zum Ausstieg aus der Akkumulationslogik, da sie nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische, soziale und ethische sei. Den freien Markt bezeichnet Maria Mies als »Euphemismus für Gewalt, Armut, Macho-Gehabe, Ausbeutung und Hunger«, neue Konzepte für Wirtschaft und Gesellschaft sollten auf lokale und regionale Produktion sowie Subsistenzwirtschaft aufgebaut sein. Die Ausführungen von Robert Kurz über den unvermeidlichen Kollaps des kapitalistischen Systems und der Finanzmärkte hinterließen beim Publikum einige offene Fragen über die postkapitalistische Zeit und was eigentlich zu tun sei, um sich darauf vorzubereiten. Karl Heinz Roth versucht in seinem Beitrag die am Konkret-Kongreß 1993 und in seinem Buch »Die Wiederkehr der Proletarität« entwickelten Szenarien weiter auszubauen und setzt mit seinem Votum für den Aufbau und die Vernetzung der bestehenden oder neu entstehenden Bewegungen die Sache des Widerstandes gegen die kapitalistische Entwicklung wieder in den Vordergrund.

Wir hoffen, mit dem Abdruck der Referate die Diskussion etwas weiter voranzutreiben.

*Konzeptgruppe Rote Fabrik, Zürich*

---

Res Strehle

## **Marktwirtschaft auf freier Wildbahn**

Achtzehn Thesen zur Krise

1. Jede ökonomische Analyse muß sich vorgängig ihrer beschränkten Reichweite bewußt sein: Sie ist ein kleiner Ausschnitt von Theorie, vorläufiger Stand des Irrtums und nur begrenzt mobilisierend. Versuche, sie zwecks Mobilisierung zu forcieren und mit endzeitlichen Begriffen wie »Spätkapitalismus« zu unterlegen (Ernest Mandel, 1972), erscheinen gut zwanzig Jahre später als gutgemeinte Aufbruchshoffnungen – am untauglichen Objekt. Das Verhältnis zur politischen Ökonomie darf andererseits aber auch kein Konsumverhältnis sein. Minimalziel muß eine aktive Beteiligung aller von Verwertung Betroffenen an der kollektiven Analyse unter gleichzeitiger Abkehr von gesamtgesellschaftlichen »Wir-alle-Perspektiven« sein. Zu vermeiden sind vorab die gängigsten Fragestellungen: Was will die BRD? Droht der Schweiz die Isolation? Liebt Liechtenstein sein Fürstenhaus? Auch vor allzu platten, unversöhnlichen Wir-sie-Gegensätzen ist zu warnen, etwa jenem zwischen Kapitalisten und lohnabhängigem Proletariat. Maximalziel ist eine differenzierte Klassenanalyse in der weltwirtschaftlichen Dimension. Wer sind die Jäger? Wie haben sie sich mit den Löwen arrangiert? Wie sind die Reviere aufgeteilt? Welche Rolle spielt der ken(es)yanische Staat? Der Internationale Währungsfonds (IWF)? Und wie steht's mit dem Mut der Antilopen? Müssen Vegetarier zeitlebens Opfer bleiben? Marktwirtschaft auf freier Wildbahn ist keine Sonntagsschule.

2. Der Begriff Krise ist so, wie er im folgenden verwendet wird, nicht moralische, sondern ökonomische Kategorie. Er bezeichnet damit weder Hunger, Elend noch Umweltkatastrophen, noch Sinn- oder Staatskrisen, sondern einzig und allein eine tiefgreifende, langandauernde Infragestellung von rentabler Kapitalverwertung. Er bezeichnet mehr als einen kurzfristigen, vorübergehenden Einbruch der Wirtschaft (»Rezession«) und deutet in letzter Konsequenz den möglichen Zusammenbruch von Kapitalismus an. Ausgangspunkt der Verwertungskrise ist nach wie vor die produktive Sphäre (Wertschöpfung und -aneignung, Akkumulation), abgeleitet davon betroffen und ihrerseits neue Ursache die Zirkulationssphäre (Überakkumulation). Mathematisch läßt sich die Frage der Krise auf die Höhe des Strichs in der alten Marx'schen Formel  $G$  (ursprüngliches Geldkapital) –  $W$  (damit produziertes Warenkapital) –  $G'$  (neues Geldkapital nach Verkauf des produzierten Warenkapitals am Markt) reduzieren.

3. Krise ist aber nicht nur einfach ökonomisch-technisches oder gar mathematisches Ergebnis stockender Kapitalverwertung, sondern Ergebnis eines tendenziell gegensätzlichen Verhältnisses zwischen den Subjekten (TrägerInnen) und den Objekten (Betroffenen) von Kapitalverwertung. Ob sich ein Phänomen wie etwa der im großen Stil geplante Massentourismus in der Südtürkei durchsetzt, entscheiden letztlich weniger die Preisstruktur des Weltmarkts und die Konsumkraft von MetropolentouristInnen (wie etwa Robert Kurz meint) als die praktische Ausdrucksweise des Einverständnisses bzw. der Verweigerung mit dieser Art von Verwertung hier und dort – und zwar weit gefaßt (mit inbegriffen jeder Widerstand nationaler, sozialer und ökologischer Bewegungen dort wie auch die moralischen Skrupel möglicher KonsumentInnen hier).

4. Wir haben, wie alle lebendigen Objekte von Kapitalverwertung, zusätzlich eine von der Kapitalbewegung unab-

hängige, eigene Subjektivität und Handlungsfähigkeit. Ob Krise oder nicht, geölte oder harzige Kapitalverwertung hängt entscheidend auch von unserem Verhalten ab zwischen den Polen Komplizenschaft/Anpassung bzw. Verweigerung/Widerstand – je kollektiver wir uns verhalten, um so spürbarer.

5. Die Krisentendenz ist keine Folge ungeschickter staatlicher Eingriffe, sondern mit Marktwirtschaft untrennbar verbunden und hängt mit dem Widerspruch zwischen dem Rationalisierungswettkampf der Kapitalisten und dessen gesamtgesellschaftlichen Folgen zusammen. Je freier der Markt in den Metropolen, um so kapitalintensiver die Produktion, um so größer auch das Mißverhältnis zwischen der stark wachsenden Nachfrage nach Investitionsgütern und der vergleichsweise zurückbleibenden Nachfrage nach Konsumgütern. Je mehr Markt also, um so mehr Effizienz kompetitiver Unternehmer, um so mehr aber auch gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht.

6. Krise hat aus Sicht der Kapitalverwertung ein Doppelgesicht: ständig drohender Betriebsunfall bis zur langfristigen Zusammenbruchsperspektive einerseits, Krisenangriff im Sinne der Nutzung oder gar Provokation des Abschwungs als Voraussetzung zur Wiederherstellung neuer Verwertungsbedingungen andererseits (sogenannte »entgegenwirkende Tendenzen«). Kapital geht damit ähnlich halbfreiwillig und mit demselben behaglichen Schaudern in die Krise wie Kinder auf eine Geisterbahn. Denkbar genauso, daß es am Ende gestärkt herausfährt, wie daß es eines Tages nicht mehr herausfährt.

7. Seit der Weltwirtschaftskrise von 1857/59 hat der Krisenangriff seinerseits das Doppelgesicht von Neuordnung der Art und Weise, wie die Werte angeeignet werden (Akkumulation) sowie der Art und Weise, wie diese Wertaneignung reguliert wird (Regulation). So wichtig es ist, diese beiden

Bereiche gedanklich zu trennen, so kurz greift es, ein politisches Programm als Programm anderer (sozialer oder ökologischer) Regulation zu formulieren (wie es etwa Ernest Mandel schon 1972 macht). Ohne fundamentale Änderung der zugrundeliegenden Akkumulationsweise sowie der Geldorganisation sind solche politischen Programme weder besonders aussichtsreich noch konkretutopisch, eben höchstens »solare« statt »soziale« Revolutionen (Elmar Altvater).

8. Jede Krisenanalyse, die den Blick nur auf Markt, Lohnarbeit, formelle Ökonomie, formellen Rechtsstaat richtet, sieht nur die helle Seite des Mondes und wird in ihrem »Verständnis« des Mondes zwischen Sichel und Scheibe stehenbleiben. Sie wird die Spitze des Eisbergs für den Eisberg halten und böse Überraschungen erleben, wenn sie die kleine Scholle nur mal rasch beiseite schieben will. Sie wird insbesondere das »Geheimnis der ursprünglichen Akkumulation« nicht oder (wie Karl Marx) nur historisch verstehen, bemerkt wohl die erlöschenden »Lichter des Marktes« (Robert Kurz), nicht aber das schon immer fehlende Licht in der Rumpelkammer. Das ist nicht bloß historische Lücke, sondern verstellt den Blick auf einen Bereich mit ökonomisch weitreichender Bedeutung (Oligarchie, Religion, Mafia, externe Kosten usw.). Gäbe es nur Markt (also etwa für die Arbeitskraft nur Arbeitsmarkt), wäre Kapitalismus längst in der Krise »kollabiert« oder zerbrochen. Nun gab es aber neben der Akkumulation aus Lohnarbeit (»Mehrwertaneignung«, äquivalenter Tausch) stets eine Parallelakkumulation aus Zwangsarbeit, gebundener Arbeit, Abhängigkeits- und Zuneigungsarbeit wie auch aus anderen Formen von Wertraub (Parallelakkumulation, nicht-äquivalenter Tausch). Rosa Luxemburg hat dazu schon 1912 in ihrer Schrift »Die Akkumulation des Kapitals« die theoretische Grundlage gelegt, die Bielefelderinnen haben daraus ihre Theorie des »blinden Flecks« der orthodoxen politischen Ökonomie entwickelt (Veronika Bennholdt Thomsen, Ma-

ria Mies, Claudia v. Werlhof). Gerade die Dialektik von Mehrwertaneignung aus Lohnarbeit und Wertraub aus unfreier Arbeit hat historisch zur Durchsetzung neuer kapitalistischer Gesellschaftsformen geführt (siehe dazu etwa die Kriegsaktualität im Aufschwung nach dem Kriseneinbruch von 1857/59, den Zusammenhang zwischen Fordismus, Prohibition und 1. Weltkrieg in den USA, Nationalsozialismus, 2. Weltkrieg und nachholender Fordisierung Europas oder auch zwischen Stalinismus und Staatsfordismus in der Sowjetunion).

9. Im Unterschied zu früheren Kriseneinbrüchen (und belehrt durch sie) hat sich Kapital mittels einer »Glocalism«-Strategie (global denken und planen, lokal handeln) unempfindlicher gemacht gegen regionale Kriseneinbrüche, gleichzeitig beweglicher in der Ausnützung regionaler Booms und in der Rentenabschöpfung auf »aufstrebenden Märkten« (»emerging markets«). 140 Jahre Krisenerfahrung und Bestrafung von Dinosaurier-Verhalten haben Beweglichkeit und Flexibilität gefördert und damit jenes Kapital laufend gestärkt, das schon der Form nach die höchste Beweglichkeit hat: weder branchenmäßig noch regional abhängiges, noch stoffwertgebundenes Finanzkapital. Wichtiger und damit höher belohnt wird die richtige Erwartung des zukünftigen Ertrags (Boom der Finanzmärkte) sowie der zu erwartenden Differentialrente von Boden (»Immobilien-spekulation«).

Dem Rationalisierungswettkampf der in der produktiven Verwertung tätigen Realkapitalisten entspricht der Wettkampf der Finanzkapitalisten um die möglichst frühzeitige Abschöpfung der Erträge aus der realen Verwertung – in Form von den die Erträge so frühzeitig wie möglich vorwegnehmenden Kursgewinnen auf Finanztiteln und abgeleiteten Finanzinstrumenten (Derivativen). Die Dividende (eigentlicher Beteiligungsertrag der Eigentümer) wird so zum wenig interessanten, letzten Beutezug des Kleinaktionariats auf das

leere Bärenfell. Der frühzeitigen Beteiligung am Verwertungsertrag eines einzelnen kapitalistischen Betriebes entspricht die frühzeitige Abschöpfung veränderter Verwertungserträge in ganzen Währungsregionen (Devisenspekulation).

10. Das Anti-Krisen-Instrumentarium von Staat, Verbänden und Konzernen läßt sich auf der Ebene der Regulationsweise im Spannungsfeld zwischen Regulierung (Eingriffe in den Markt, nachfragestützend) und Deregulierung (Marktschub, angebotsstützend) fassen. Regulierende und deregulierende Anti-Krisen-Strategie haben sich historisch abgewechselt. Beide Strategien können Krisen entschärfen und aufschieben, beide können sie langfristig aber auch verschärfen. Wie lange und in welchem Maß staatliche Regulierung möglich ist, ist letztlich ein Problem ihrer Finanzierung: Sie scheint in den EG-Metropolen etwa auf halbem Weg ausgereizt (durchschnittlich 70 Prozent Staatsverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt). Ab 100 Prozent Staatsverschuldung in Höhe des Bruttoinlandprodukts muß rund eine Stunde eines achtstündigen Arbeitstages zur Finanzierung der Schuld (Zinsen, Amortisationen) aufgewendet werden, nach eineinhalb Stunden dürfte eine »Schmerzgrenze« für rentable Kapitalverwertung überschritten sein.

11. Die aktuelle Situation in den Metropolen, z.B. in den USA, Japan, Großbritannien, der BRD oder der Schweiz, läßt sich kennzeichnen durch die Überlagerung der seit Mitte der siebziger Jahre virulent gewordenen Weltwirtschaftskrise mit verschiedenen konjunkturellen Aufschwüngen und Einbrüchen seither. Der Krise wurde weltweit vorrangig mit angebotsorientierten Deregulierungsmaßnahmen begegnet (IWF, Reaganomics, Thatcherismus, Europäischer Wirtschaftsraum, Europäisches Währungssystem), in den Metropolen sekundär regulierend nachfrageorientiert mit einem begleitenden Rüstungskeynesianismus (siehe etwa Reaganomics), beschäftigungsstützender Keynesianismus (siehe Clin-

tonomics, Japan, EU-Gipfelbeschlüsse 1993).

12. Die Umstrukturierung in der Schweiz erfolgt vergleichsweise zögerlich, da hier bezüglich komparativer Kostenvorteile des Finanz- und Dienstleistungsplatzes lange eine komfortable Monopolsituation bestand, vergleichbar etwa mit jener des Informatikkonzerns IBM auf dessen Märkten. Abgestuft in den drei konjunkturellen Einbrüchen seit Mitte der siebziger Jahre, waren folgende Strategien und Angriffspunkte erkennbar:

– Die »Produktionsauslagerung« von Mitte der siebziger Jahre (»Ab in die Dritte Welt«, »neue internationale Arbeitsteilung«) mit einem Abbau von insgesamt 240 000 Arbeitsplätzen wird mittels Abschiebung ungarantierter ausländischer Arbeitskräfte kaschiert. Die Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus liegen in der Uhrenindustrie (- 40 000), der Textil- und Bekleidungsindustrie (- 60 000), der Maschinen- und Metallindustrie (- 30 000) sowie im Bau- und Holzgewerbe (- 40 000). Rund 60 Prozent der innerorts abgebauten Arbeitsplätze werden in Billiglohnregionen neu aufgebaut.

– Zu Beginn der achtziger Jahre erfolgt eine »Rationalisierungswelle« mit hohem Kapitalbedarf (»Swatchisierung«). Auffällig ist in der Folge die Teilenteignung der am Weltmarkt orientierten »Familiengesellschaft«, die trotz hohem persönlichen Reichtum nicht über ausreichende Finanzkraft für die aufwendige Rationalisierung und den Aufbau von Monopolstellungen verfügt (typisch dafür ist die Entmachtung der Rüstungsindustriellenfamilie Bührlé in der zweiten Generation, aber auch der Machtverlust zahlreicher Textildynastien in der vierten und fünften Generation). Nebenwirkung der Rationalisierung bei gleichzeitiger Bekräftigung der Auslagerungsdrohung ist die Schwächung der Gewerkschaften, exemplarisch in Italien (Niederlage im Fiat-Streik 1981), im Kleinen aber auch in der Schweiz (Druckerstreik 1980).

– Ab 1989 wird von Unternehmerseite die »Light«- und »Lean«-Welle propagiert gegen den »zu hohen Cholesteringehalt« (Stephan Schmidheiny) des Schweizer Volkes mit den nach wie vor (zu) hohen Garantien von Staat, Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungsbereich. Anvisiert wird »internationale Wettbewerbsfähigkeit«, Stimmung gemacht mit einem drohenden Abstieg des Finanz- und Arbeitsplatzes Schweiz in den weltweit geführten Investitions- und Ratingstatistiken. Stephan Schmidheiny, ein Schumpeterscher Industrieller in der vierten Generation, macht sich gleichzeitig für nachhaltigen, »intelligenten« und ökologisch verträglichen Kapitalismus stark (siehe dazu etwa die Position des von ihm präsierten Business Council am Erdgipfel von Rio 1991).

Er gruppiert die von ihm geerbten Beteiligungen laufend neu, stößt ab, was nicht zum Kerngeschäft gehört, macht »schlank« (»lean production«), was ihm bleibt, und formt die einstigen Maschinenindustriebeteiligungen zu einem Technologiekonzern (ABB, Leica, Landis & Gyr). Ähnlich wie die Schmidheiny-Beteiligungen – wenn auch nicht mit derselben Dynamik – werden Staat und Gesellschaft »schlank« gemacht. Es entstehen »neue Selbständige« im informellen Sektor, ein »Rassismus der Wohlanständigkeit« (Nora Räthzel), das Appenzeller Patriarchat wird marktförmig modernisiert (notfalls mit Zwangseinführung des Stimmrechts für Frauen via Bundesgericht). Ähnlich wie die Apartheid in Südafrika wird die Geschlechterdiskriminierung aus Verfassung und Gesetzen entfernt (neues Eherecht, Abschaffung des Nachtarbeitverbots), bleibt indessen durch den Markt abgesichert (unterschiedliche Kaufkraft, Löhne, Garantien, Inwertsetzung spezifischer Eigenschaften entlang den ethnischen und geschlechtsspezifischen Grenzen). Die geschwächten Gewerkschaften erhalten für den Fall ihrer Kooperationsbereitschaft beim technischen und sozialen Umbau der Betriebe eine Assistenzrolle (siehe etwa IG Metall in der BRD oder der Metall- und Uhrenarbeitnehmer-

verband SMUV in der Schweiz mit neu geschaffenen Projektgruppen für Beratung und Information der Betroffenen).

13. In der Schweiz liegt das Hautgewicht der staatlichen Wirtschaftspolitik seit 1989 ebenfalls auf den angebotsorientierten Deregulierungsmaßnahmen. Dieses Schwergewicht kommt im internationalen Vergleich relativ spät (»nachholend«), außerdem unmittelbar vor dem Konjunkturunbruch ab 1991. Es sollte via »external binding« durch Anschluß an den EWR (in der Schweiz nachvollzogen mittels eines »Eurolex«-Gesetzespakets) durchgesetzt werden. Nach der ablehnenden Volksabstimmung vom 1. Dezember 1992 wird die Deregulierung verlangsamt und mittels Ausnahmen in sensitiven Bereichen (Arbeitsmarkt, Bodenmarkt, Verkehrspolitik) durchgesetzt. Instrumente sind der vordergründig freiwillige »autonome Nachvollzug« (»Swisslex«) und die unfreiwillige Krötenschluckerei aufgrund der Ergebnisse bilateraler Verhandlungen mit der EU. Von Wirtschaftsseite wird der Konjunkturunbruch ab 1991 weitgehend zum autonomen Vorvollzug benützt und bringt der Schweiz eine offene und verdeckte Arbeitslosenrate von europäischem Durchschnitt (um 10 Prozent), national immerhin Jahrhundertrekord.

14. Die dreistufige Anti-Krisen-Strategie ist in dem Sinne Krisenangriff, als damit ein Umbau der Gesellschaft in Richtung auf eine neue Gesellschaftsformation (Akkumulation und Regulationsweise) vorangetrieben wird: Schlagworte sind in diesem Zusammenhang die »Zweidrittelgesellschaft«, der »Postfordismus« (ein Begriff des kleinsten gemeinsamen Nenners) oder »Toyotismus« – eine Gesellschaftsformation, die einen Teil der Gesellschaft (eben das untere »Drittel«) ausgrenzt, indem sie ihn durch die Maschen des staatlichen Netzes und der positiv-moralischen öffentlichen Wahrnehmung fallen läßt. Am Ende dieses Prozesses steht eine neue Identität des postfordistischen Subjektes oder genauer: neue aufgefächerte Identitäten der post-

fordistischen Subjekte, nachdem das Grundprinzip die Differenzierung ist, das Grundmuster die Ab- und Ausgrenzung.

15. Postfordismus nach Schweizer Art unterscheidet sich aufgrund der weltwirtschaftlichen Position von anderen Formen dieses Umbaus sowohl bezüglich Härte und Tempo der Ausgrenzung wie auch bezüglich des Ziels: Die soziale (Ultra-)Stabilität ist für den Liechtenstein-Fleck Schweiz im weltwirtschaftlichen Leopardenfell (Hochwertschöpfungsregion, Finanzplatz, Headquarter-Standort, Humanitätstradition) nach wie vor zu wichtig, als daß das Haus mit dem eisernen Besen gekehrt würde. Es wird mit dem Flaumer »in Ordnung gebracht«: Der konsensfähige Rassismus ist nicht offen, blutig oder im ethnischen Anspruch »höherwertig« (»Herrenmensch« oder rassistisch fundierte Weltherrschaftsansprüche), sondern abwägend und pseudo-intellektuell differenzierend, versteckt sich in Kriminalitäts- und Zahlungsbilanzstatistiken, ist überwiegend »rechtsstaatlich« abgesichert und macht angebliche ethnische Unterschiede an Eigenschaften und Verhaltensweisen fest. Marktförmig kann er ethnisch zugeordnete Eigenschaften und Verhaltensweisen in Wert setzen (»Multikulturalität« von Gastronomie und Kulturbetrieb). Typisch für den »weichen« Schweizer Weg in den Postfordismus sind die Synthese von Repression und Aufweichung der Prohibition im Bereich illegaler Drogen durch das Innenministerium (unter »weicher« Führung), die zögerliche Sanierung der Staatsfinanzen, die nicht über Leichen geht (»Stichomics«), sowie die im internationalen Vergleich »sanfte« Renovation von Kranken- und Altersversicherung. Noch das oberste Gremium der Schweizerischen Bankgesellschaft beruft sich in einem Konflikt mit einem am US-Standard orientierten Raider auf seine »soziale Verantwortung« gegenüber ihren Beschäftigten, Kunden, vorab im Klein- und Mittelgewerbe als Publikums- und Volksbank. Dies ist mehr als Ideologie: Es ist die Suche nach

einer konsensfähigen Basis in den oberen zwei gesellschaftlichen Dritteln, halbwegs stabiler (weil sozial regulierter) statt abenteuerlicher Wildwestkapitalismus.

16. Die eingegrenzten zwei Drittel sind ihrerseits nicht homogen, sondern unterscheiden sich wiederum in ein oberes Drittel (gut gesichert, gut verdienend, interessante Arbeit) und ein mittleres Drittel, das flexibel sein muß (mittlere Sicherheit und Einkommen). Das mittlere Drittel ist bei Fehlverhalten abstiegsbedroht, gleichzeitig aber auch bei besonders gut gelungener Anpassung aufstiegsberechtigt (bildhaft deutlich in der Sandwichposition überangepaßter Zellenchefs in der »teilautonomen« industriellen Fertigung: faktisch Kleingewerbler auf nicht gesicherter Basis).

17. Materialistisch richtet sich die Hoffnung auf Widerstand gegen diesen gesellschaftlichen Umbau vorab auf das untere Drittel, das von Ausgrenzung bedroht ist. Wenn es richtig ist, daß die Wahrheit über die Ausbeutung im Lohnarbeitsbereich beim lohnabhängigen Proletariat liegt (Karl Marx), dann liegt die Wahrheit über die Ausgrenzung beim ausgegrenzten Menschen und kollektiv in den ausgegrenzten Sektoren der Unterklasse. Das heißt keineswegs, daß dieser Sektor »automatisch« widerständig ist, sondern an sich am ehesten das Bewußtsein über die Ungerechtigkeit einer Ausgrenzung und die Notwendigkeit einer fundamentalen Veränderung entwickeln wird. Ob daraus auch ein Bewußtsein für sich entsteht, ist eine Frage des historischen Prozesses. Außerdem darf im mittleren und oberen Drittel auf Solidarität gehofft werden, materialistisch werden sich solche Hoffnungen indessen nur in Ausnahmefällen erfüllen.

18. Hauptproblem des Widerstands ist seinerseits seine Auffächerung als Übernahme des organisatorischen Prinzips von Postfordismus. Als postfordistische Subjekte sind wir gegen die Differenzierung als organisatorisches Prinzip und gegen die Abgrenzung als Verhaltensmuster a priori so we-

nig gefeit wie gegen Fast food, Wohnwand und TV-Samstagabend im Fordismus. Die Differenzierungs- und Abgrenzungsmuster sind zwischen Metropole und Peripherie riesenhoch aufgebaut, zwischen Vollanspruchberechtigten, Minderanspruchberechtigten und Nicht-Anspruchsberechtigten staatlicher Leistungen, Lohnarbeit und Nicht-Lohnarbeit (letztere nach wie vor hauptsächlich Frauenarbeit). Die Lohnarbeit selber hat sich aufgefächert in solche für Schwarzarbeitende, flexibel Beschäftigte, Beschäftigte in der Zulieferpyramide, Stammarbeiter im Kernbetrieb, intermediäre Zellenchefs und Inselleiter usw. Die gesellschaftliche Analyse vagabundiert zwischen Neuauflagen aller historisch bekannter Formen von Idealismus und Materialismus, die politischen Strategien auf der Linken zwischen allen Formen von Reformismus und revolutionärem Weg. Die Eingrenzung führt zu Anpassung in allen Formen zwischen Karriere und Resignation, die Ausgrenzung zur Nicht-Anpassung in ebenso vielen verschiedenen Formen zwischen Selbstzerstörung, Flucht in Esoterik, Selbstaufgabe in mafïöser Hierarchie bis zu hoffnungsvollen Formen von Selbstorganisation. Wenn schon, ist der Leopardenfleck »Liechtenstein« namens Schweiz vor dem Hintergrund der gesamten Weltwirtschaft die negative Bestätigung einer weltweiten Angleichung der Proletariat, wie sie etwa Karl Heinz Roth vermutet. Auffächerung in der Angleichung vielleicht, Angleichung in der Auffächerung womöglich, Auffächerung zur Ungleichheit sicher.

Ernest Mandel

## Nichts gegen junge Bankangestellte ...

Die »langen Wellen« der kapitalistischen Entwicklung

Seit 1973 befindet sich die kapitalistische Weltwirtschaft in einer langen Depression, die das, was man im Englischen »soft landing« nennt, in absehbarer Zeit ausschließt. Innerhalb der langen Depression, der langen Wellen, wie das in meinem Jargon heißt, gibt es den normalen Konjunkturzyklus, also die Auf- und Abbewegungen der Produktion und des Profits. Aber, und das ist das Kennzeichen dieser langen Welle, es kommt beim Konjunkturaufschwung nicht zu einem Abbau der Erwerbslosigkeit. Diese steigt ununterbrochen, nicht nur in der Dritten Welt, wo sie horrende Formen angenommen hat, nicht nur in den nachstalinistischen Gesellschaften im Ostblock und der ehemaligen UdSSR. Sie steigt auch im Westen.

Um es auf einen einfachen Punkt zu bringen: Die offiziellen Zahlen sind gefälscht. Viele der tatsächlichen Erwerbslosen – Frauen, Jugendliche und nichtqualifizierte männliche Arbeiter – kommen in der Statistik nicht vor, weil, wie es in der zynischen Sprache der bürgerlichen ÖkonomInnen so schön heißt, diese Leute vom Arbeitsmarkt verschwunden sind, sie davon ausgeschlossen wurden. Die Hauptursache dieser Massenerwerbslosigkeit ist einfach zu erklären, beinahe schon eine arithmetische Frage. Die dritte technologische Revolution mit der Halbautomatisierung, Miniaturisierung und der Steigerung der materiellen Produktivkräfte wirkt weiter. Ein Beispiel aus Belgien: Einer der klassischen

belgischen Industriezweige war die Papierherstellung und alles, was damit zusammenhing. Heute gibt es in Belgien eine einzige Papierherstellungsmaschine, die täglich mehr Papier produziert, als in ganz Belgien und Holland verkauft werden kann. Dies nur als Beispiel, ich könnte eine ganze Reihe von anderen Beispielen anführen, die in dieselbe Richtung gehen.

Welches ist die empirische Bestätigung der langen Wellen – liegt sie allein in der Massenerwerbslosigkeit? An und für sich ist das nicht unwesentlich, aber die Ursache liegt nicht allein darin. Sie hat ihre Ursache vor allem in der Reprivatisierung des Geldes, oder, wie es die landläufige Formel umschreibt, in der wachsenden Globalisierung der Weltwirtschaft, der wachsenden Internationalisierung des Kapitals, welche letzten Endes durch die immer stärker hervortretende Steigerung der Produktivkräfte begründet ist.

Die Spekulation auf den Devisenmärkten in der Welt wird von den Großbanken und von einem nicht unbedeutenden Teil der Großindustrie, d.h. vom Kern der kapitalistischen Klasse, getragen.

An diesem Tatbestand läßt sich wenig ändern. Das hat etwas zu tun mit der Globalisierung der Weltwirtschaft, aber auch mit der technologischen Revolution im Geldhandel (das ist nicht genau der richtige Ausdruck dafür, aber das ist hier nicht das Thema). Durch die Anwendung der elektronischen Verfahren auf den Devisenmärkten kann man in Sekunden Milliarden von Dollar von einem Land ins andere, von einem Kontinent in den anderen transferieren. Und dieser Prozeß entzieht sich jeglicher Kontrolle, auch derjenigen der Nationalbanken. Eine der Folgen dieses riesigen Wachstums der Bankenaktivität ist, daß das durchschnittliche Niveau der Qualifizierung der Bankangestellten katastrophal gesunken ist. Es gibt Großbanken, welche die Verwaltung von Milliarden von Dollar in die Hände von einzelnen jungen Bankangestellten (ich habe nichts gegen junge Bankangestellte) legen, die ohne jegliche Erfahrung sind. Sie ver-

walten von einem Tag auf den anderen Milliarden von Dollar und haben sich dabei offensichtlich mehrere Male ihre und die Finger ihrer Bank verbrannt. Das gilt für die Schweiz genauso wie für die USA, Großbritannien und etwas abgeschwächer auch für Frankreich und Belgien, wo die Bankenkontrolle paradoxerweise dank der größeren Verstaatlichung der Banken seriöser ist und es zu weniger Skandalen kommt.

Es gibt Versuche, im Namen der Rentabilität sogenannte kostensparende Eingriffe etwa bei den Unterrichtsausgaben oder den Ausgaben für die soziale Sicherheit durchzuführen. Diese Logik ist brutal und zynisch. Je länger die Depression dauert und die Erwerbslosigkeit steigt, um so geschwächer ist die organisierte ArbeiterInnenbewegung bzw. -klasse.

Ich meine das im weitesten Sinn des Wortes, nach der Definition wie sie Plechanow und Lenin im ersten Programm der russischen Sozialdemokratie formuliert haben. Die LohnarbeiterInnenklasse besteht aus denjenigen, die unter dem ökonomischen Zwang stehen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Es sind also nicht nur Industriearbeiter und vor allem nicht nur männliche Industriearbeiter. Dazu gehören auch die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, im Dienstleistungssektor, in allen Bereichen.

Hinter dieser Offensive des Kapitals, einer neokonservativen Offensive im Weltmaßstab, liegt eine für das Kapital selbst gefährliche, ich würde beinahe sagen schwachsinnige Illusion: daß die Folgen des Sozialstaatabbaus keine negative Auswirkung auf die bürgerliche Klasse selbst hätte. Das ist grob gesagt Unsinn. Es gibt dafür einen historischen Präzedenzfall. Der Anfang der modernen, öffentlichen Hygiene (so simple Sachen wie die Kanalisation) lag in der Tatsache begründet, daß in der Mitte des 19. Jahrhunderts armutsbedingte Seuchen, ich denke in erster Linie an die Cholera, auch in den reichen Vierteln der kapitalistischen Großstädte ausbrachen. Das Bürgertum fing an, sich darum zu sorgen,

nicht aus sozialem Gewissen, das war nur die nachträgliche Rationalisierung, sondern aus Angst. Und heute ist das Großbürgertum im Weltmaßstab, einschließlich der reichsten Länder des Westens, mit einer ähnlichen Problematik konfrontiert, ohne sich darüber jedoch Rechenschaft abzulegen. Armutsbedingte Seuchen wie Tuberkulose und Cholera greifen unvermeidlich von der Dritten Welt in die reichsten Länder des Westens über, und die Illusion, daß die reichen Viertel davon verschont werden, ist Irrsinn. Wie im 19. Jahrhundert wird es schon wegen des Selbsterhaltungstriebes zu einer Reaktion kommen, mit Verspätung, aber mit verheerenden Folgen für die gesamte Bevölkerung der reichen westlichen Länder.

Was die neokonservative Ideologie kennzeichnet, ist eine wiederum beinahe schwachsinnige Unterschätzung der Gefahren, welche die ganze Weltbevölkerung bedrohen. Die vier Reiter der Apokalypse sind bereits unterwegs, und wir spüren ihren Atem bereits im Nacken. Kernenergie, Krieg und Hunger in der Dritten Welt werden politische Folgen haben, welche die Demokratie bedrohen werden.

Dazu ein fürchterliches Beispiel. Jedes Jahr sterben in der Dritten Welt 26 Millionen Kinder aus Hunger und aufgrund von leicht heilbaren Seuchen. Das ist die schreckliche Realität des Weltkapitalismus heute. Wer das nicht sieht, wer davon die Augen verschließt und glaubt, das sei unvermeidlich und normal, ist ein Mensch, der nicht mit den Füßen in der Wirklichkeit steht. Es gibt ein altes berühmtes Wort von Rosa Luxemburg: Die Menschheit hat die Wahl: Sozialismus oder Barbarei. Heute können wir mit voller Verantwortung und aus Kenntnis der Weltwirklichkeit mehr Realismus als die Neokonservativen an den Tag legen und sagen, die Menschheit hat die Wahl: Sozialismus oder physische Vernichtung. Nicht nur die der Menschheit, sondern wahrscheinlich jeglichen Lebens auf dieser Erde. Zu dieser These folgendes Beispiel: Jedermann kennt die Folgen des Atomkriegs. Woran man nicht oder kaum denkt, ist die Tat-

sache, daß sich die heutigen Atomkraftwerke mit der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie, durch den Gebrauch von klassischen Waffen nicht nur zu einem, sondern zu Hunderten von Hiroshimas entwickeln könnten. Wenn man diese Atomkraftwerke mit klassischen Waffen beschießt, werden sie zu Atombomben mit all den verheerenden, menschenvernichtenden Folgen. Und wir haben erlebt, daß sich diese Folgen keineswegs auf die in unmittelbarer Nachbarschaft lebende Bevölkerung beschränken. Nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl war nicht nur die Ukraine verstrahlt, betroffen waren auch Lappland und weit östlich und westlich der Ukraine liegende Länder.

Der Kampf für die Abschaffung der Atomkraftwerke ist ein realistisches Ziel, viel realistischer als all die beschränkten Maßnahmen, die von internationalen Instanzen vorgeschlagen werden. Wenn dieser Unfug nicht verschwindet, droht die Menschheit zu verschwinden.

Die Masse der Lohnabhängigen, so wie ich sie vorher geschildert habe, reagiert, und sie reagiert viel stärker, als man das noch vor fünf Jahren geglaubt hat. Der Umfang dieser Reaktion kann sehr breit sein. Er wird von einer bewußtseinsmäßigen Frechheit, auf französisch sagt man »insolence«, getragen, die alles übersteigt, was aus der Vergangenheit bekannt ist.

Als der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten über ein beinahe totales Abtreibungsverbot abstimmte, sind eine Million amerikanische Frauen auf die Straße gegangen und haben gesagt: Wir scheren uns einen Dreck um die Gerichte, wir bestimmen unser Schicksal selbst. Als vor einigen Wochen das italienische Parlament unter dem ziemlich inkompetenten neuen Premierminister Berlusconi einen Angriff auf die Altersrenten und einige andere Sozialeinrichtungen verkündete, sind drei Millionen italienische Lohnabhängige auf die Straße gegangen und haben ebenfalls gesagt: Wir scheren uns einen Dreck, was dieses Parlament, was dieser Premierminister, beschließen – wir bestimmen unser

Schicksal selbst. Es fehlt also nicht an Massenreaktion, in einem Land mehr, in einem anderen weniger.

Ein drittes Beispiel, worauf ich besonders stolz bin, weil da die GenossInnen meiner Kapelle doch eine entscheidende Rolle gespielt haben: Als der ehemalige brasilianische Staatspräsident, eine total korrupte Figur, sich an die Macht klammerte, sind über eine Million Menschen, geführt durch die PT (die ArbeiterInnenpartei), auf die Straße gegangen und haben gefordert, dieses korrupte Schwein muß weg, und sie erreichten seinen Rücktritt. Es ist also nicht das Problem, daß es keine Massenreaktionen gibt, aber diese Massenreaktionen spielen sich in einem weltweiten Klima der tiefen Glaubwürdigkeitskrise des Sozialismus ab. In den Augen der Mehrheit der Lohnabhängigen, männlicher und weiblicher, haben der Stalinismus und der Nachstalinismus total versagt, ebenso die Sozialdemokratie. Für sie gibt es keine glaubwürdige Alternative links von diesen zwei traditionellen Strömungen der ArbeiterInnenbewegung und -klasse. Wir, ich meine damit sämtliche Kräfte links vom Neostalinismus und der Sozialdemokratie, werden nicht als eine auf absehbare Zeit relevante, fähige Alternative angesehen. Man sympathisiert mit uns, findet uns ehrliche Leute, wir sind keine korrupten SchwindlerInnen, aber man traut uns nicht zu, daß wir uns im Rahmen der von uns befürworteten demokratischen Verfassung durchsetzen werden. Unser Sozialismusprojekt muß von der Selbstverwaltung getragen werden, das heißt von der aktiven Beteiligung der großen Mehrheit der Bevölkerung – das kann nicht geschehen, wenn man nicht daran glaubt. Das führt zu einem grundlegenden Widerspruch. Die großen Massenbewegungen, die ich aufgezählt habe, sind fragmentiert und diskontinuierlich und können deshalb in unmittelbarer Zukunft noch von der bestehenden Ordnung, in erster Linie von den staatstragenden Parteien inklusive der Sozialdemokratie und den neosozialdemokratischen EurokomunistInnen, rekuperierte werden. Dieses Problem kann man nicht theoretisch, sondern nur in

der Praxis lösen. Es muß etwas Ähnliches (ich sage das jetzt ganz verkürzt, historische Analogien sind nie richtig, immer hypothetisch) geschehen wie die Russische, Deutsche oder Spanische Revolution, welche die Menschen durch ihren Inhalt und ihre praktische Wirkung überzeugt. Wann das geschehen wird, weiß kein Mensch, vielleicht wird es zehn Jahre dauern, vielleicht zwanzig, vielleicht dreißig. Aber eines kann ich mit großer Selbstsicherheit sagen: Was noch vor fünf Jahren als unvermeidlich erschien, der weltweite Triumph des Neokonservatismus, das wird in den kommenden Jahren als völlig illusorisch erscheinen. Die Welt wird in fünf Jahren ganz anders aussehen als heute. Ich möchte zwei Gründe für diesen vorsichtigen Optimismus angeben. Den einen Grund hat der große englische Revolutionär Shelley in einem kurzen Satz zusammengefaßt: we are many, they are few. Wir haben die Macht der großen Zahlen hinter uns. Ich möchte das mit einer Zahl, die Sie wahrscheinlich erschrecken wird, bestätigen: Im Weltmaßstab ist die Klasse der Lohnabhängigen auf mindestens eine Milliarde Menschen gestiegen, und sie steigt ununterbrochen.

Ich möchte zwei Zahlen nennen: In Indien gibt es über 100 Millionen LohnarbeiterInnen, ohne das, was man im Marxschen Sinne als Halbproletariat bezeichnet, mitzurechnen, das heißt die armen Bauern und Bäuerinnen, die einem Teil des Jahres gezwungen sind, als LohnarbeiterInnen zu arbeiten, weil sie sonst nicht genug zu essen haben. In China gibt es über 300 Millionen LohnarbeiterInnen, das Halbproletariat aus den Dörfern nicht mitgezählt. Sie können jeden Tag in nicht-marxistischen, seriösen Tageszeitungen lesen, daß durch eine Reihe von Wirtschaftsprozessen, die ich jetzt hier nicht im einzelnen beschreiben will, Dutzende Millionen armer Bauern und Bäuerinnen in die Städte wandern, um zu versuchen, sich als Arbeitskraft zu verdingen, weil sie auf dem Dorf verhungern, und daß die Regierung eine riesige Angst vor den politischen Folgen dieser Massenflicht hat. Das ist eine der großen historischen Voraussagen

von Karl Marx, die Wirklichkeit geworden ist, und die ihn nicht zu einem Kapitalismuskritiker des 19. Jahrhunderts macht, sondern zu einem genialen Propheten des 21. Jahrhunderts.

Zu der Zeit, als Marx diese These aufstellte, widersetzten sich die LohnarbeiterInnen gegen die unmittelbaren Folgen der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung. Meist endeten diese Kämpfe mit Niederlagen. Aber eines lernten die lohnabhängigen Klassen aus diesen Niederlagen: die Notwendigkeit, sich zu organisieren. Als Marx das schrieb, gab es in der ganzen Welt wahrscheinlich nicht mehr als hundert – oder hundertfünfzigtausend organisierte Lohnabhängige. Heute gibt es kein Land, keine Insel, keine auch so abgelegene Gesellschaft, wo es nicht eine organisierte LohnarbeiterInnenschaft gibt. Dieser Trend wird sich verstärken.

Es gibt einen zweiten Grund für meinen vorsichtigen Optimismus. Diesen Grund möchte ich mit einer Anekdote umschreiben – die Geschichte der drei Frösche: Drei Frösche sind in ein Milchfaß gefallen. Der erste Frosch, der neokonservative Frosch, sagte: »Wir sind ja sowieso verloren, das ist nichts anderes als die Erbsünde, Frösche sind schlecht, bleiben schlecht, sind zum Untergang verurteilt«. Er blieb untätig und ertrank. Der zweite, sozialdemokratische Frosch, ohne Zweifel etwas sympathischer als der erste, meinte: »Och, das ist alles halb so wild, wir werden schon eine Lösung finden, es wird schon noch«. Er tat nichts und ertrank ebenfalls. Der dritte Frosch, sagen wir mal der sozialistische, kommunistische Frosch, man kann ihn nennen wie man will, (nicht nur auf meine Kapelle bezogen), sagte: »Was haben wir denn zu verlieren, wir sehen, die beiden anderen Frösche sind ertrunken, laßt uns so viel zappeln wie wir können, es kann doch nur besser sein, als nichts zu tun.« Und er zappelte wie wild, und siehe da, die Milch ward zu Butter, der linke Frosch konnte herausspringen und ward gerettet. Das ist ein Plädoyer für Aktion, für Aktivität, für Tätigkeit, für Widerstand, für Rebellion, für das, was wir

mit der Formel Solidarität umschreiben – Kooperation in weltweitem Ausmaß, ohne Differenzierung, ohne Segregation, ohne Zersplitterung, ohne die Unterordnung eines Teils der Ausgebeuteten und Unterdrückten unter irgendein höheres Ziel – es gibt kein höheres Ziel als die Emanzipation, im weitesten Sinne des Wortes.

Und hier kommt eine nicht zu unterschätzende Gefahr auf uns zu: Worauf spekuliert das Großkapital? Es spekuliert darauf, daß die Ideologie der Zersplitterung, der Individualisierung, der Entsolidarisierung auf die Klasse der Lohnabhängigen selbst übergreift. Wir müssen uns klar sein, daß es sich um einen realen und selbstmörderischen Trend handelt und daß dieser verheerende Folgen haben kann, wenn es zu einer neuen, höheren Welle der Wirtschaftsdepression und der Erwerbslosigkeit kommt. Schon Albert Einstein, kein Marxist, ein religiöser Sozialist und ein kluger Mann, hat in den 30er Jahren die lapidare Formel aufgestellt: Man kann den Faschismus nicht bekämpfen, wenn man nicht die Erwerbslosigkeit radikal ausschaltet. Das ist heute genauso wahr wie damals. Und die große Gefahr ist, daß, wenn es anstatt des heutigen Umfangs der Erwerbslosigkeit zu zwei- oder dreimal mehr Erwerbslosen kommt, bei der nächsten Welle der Depression, der Rezession im Rahmen dieser Depression, daß dann die Gefährdung der politischen Demokratie, die Gefährdung der Menschenrechte auf die Tagesordnung gesetzt wird. Dann verbreitet sich Rassenhaß, Judenhaß, Haß gegen die Schwarzen, die AsiatInnen, engstirniger Nationalismus weltweit in absolut irrationaler Weise. In Japan, wo es praktisch nie Juden oder Jüdinnen gegeben hat, wird das klassische Fälschungsprodukt, die Protokolle der Weisen von Zion, das Hitler in einem großen Maße animiert und inspiriert hat, massenweise verbreitet und findet Anklang.

Eine Umfrage hat erwiesen, daß 35 Prozent der japanischen Bevölkerung, welche nie einen Juden oder eine Jüdin gesehen haben, glauben, daß es eine Weltverschwörung des

internationalen Judentums gibt, wogegen man sich widersetzen muß. In der ehemaligen Sowjetunion, heute das Land mit dem größten Antisemitismus, gibt es Irrsinnige, man kann sie ja nicht anders nennen, die mit Hitler-Bildern auf ihren T-Shirts herumspazieren und behaupten, Hitler hat nur einen Fehler begangen, er hat zuwenig Juden umgebracht, sie würden es das nächste Mal besser tun. Und das in einem Land, wo die Nazis mindestens 30 Millionen Menschen umgebracht haben. Das ist völliger Irrsinn, aber man kann von diesen Leuten nicht rationale Argumente erwarten, man kann sie nur in der Praxis besiegen, und das bedeutet, wie bereits gesagt, die Erwerbslosigkeit mit einer sofortigen radikalen Verkürzung der Arbeitszeit auf maximal 30 Arbeitsstunden pro Woche zu bekämpfen. Das ist die einzige Möglichkeit, diese fürchterliche Gefahr, die da auf uns zukommt, im Weltmaßstab zu besiegen.

Hier muß man eines unterstreichen. Es gibt keine beschränkte Solidarität, das ist unmöglich. Wenn der Wille zur Solidarisierung und zur Kooperation bei einem entscheidenden Teil der Lohnabhängigen verschwindet, dann fängt es mit dem engstirnigen Nationalismus, Land gegen Land, an. Ein klassisches Beispiel sind die USA. Die Lohnabhängigen in der Automobilindustrie sagen: Die Japaner sind schuld an unserer wirtschaftlichen Krise. Zusammen mit den Unternehmern setzen sie sich für eine protektionistische Politik gegen den Import von japanischen Autos ein. Das ist ökonomisch total sinnlos.

Aber so fängt es an: Nach Land gegen Land wird es zu Provinz gegen Provinz, Stadt gegen Stadt, Stadtteil gegen Stadtteil kommen, so weit ist es schon in einer ganzen Reihe von Ländern. Solidarität kommt entweder generell unbeschränkt und im Weltmaßstab, ohne jegliche Form der Diskrimination zum Tragen, oder sie wirkt nicht und ist irrelevant. Davon können wir ausgehen, und ich hege einen milden, gemäßigten Optimismus. Die größten Erzieher zur grenzenlosen Solidarität sind ja die Multis selbst. Die Multis

kommen heute und sagen mit drohendem Zeigefinger: »Wenn man uns keine Zugeständnisse macht, dann verlagern wir den Arbeitsplatz nach einem Billiglohnland.« Das können sie machen, es gibt immer Länder mit niedrigerem Lohn. Die einzige mögliche und realistische Antwort auf diese Strategie ist eine weltweite Solidarität und Kooperation aller Lohnabhängiger untereinander. Das ist nicht leicht durchzusetzen, da mache ich mir keine Illusion, das kann Jahre dauern. Ich habe einmal das Wort geprägt, es mag ein bißchen seltsam klingen: Heute ist die größte Waffe in den Händen von kämpferischen GewerkschaftlerInnen das Adreßbuch, oder etwas moderner: das Fax-Gerät. Und dann der einfache Entschluß, sobald irgendeine Verlagerung von Arbeitsplätzen in einem Betrieb stattfindet, die Kolleginnen und Kollegen aller Betriebe, die in diesem Arbeitszweig arbeiten, auf der ganzen Welt zu informieren und zu fragen: Was machen wir dagegen? Anfangs werden sie nicht viel machen, dann mehr und mehr, und dann werden sie dafür sorgen, daß gemeinsam weltweit gehandelt wird. Das wird Wirklichkeit werden. Wie lange es dauern wird, weiß ich nicht, aber der Zeitpunkt wird kommen.

Natürlich ist es nicht einfach. Menschen agieren nicht für etwas, woran sie nicht glauben. Ich betone nochmals: Die weltweite Glaubwürdigkeitskrise des Sozialismus hat ohne Zweifel zu Tendenzen der Differenzierung und Entpolitisierung innerhalb der LohnarbeiterInnenschaft geführt. Zudem gibt es verschiedene Niveaus des Arbeitsplatzschutzes. Es gibt die im großen und ganzen noch immer voll geschützten Lohnabhängigen, es gibt die nur teilweise geschützten, entqualifizierten, und es gibt die überhaupt nicht mehr geschützten.

Als trauriges und symbolisches Beispiel möchte ich die Situation im Pariser Faubourg Saint-Antoine anführen, wo fünf Revolutionen angefangen haben. Dort gibt es einen Platz, wo jeden Morgen illegale ImmigrantInnen, welche von den UnternehmerInnen nach Gutdünken erpreßt wer-

den können, herumstehen und sich zu Hungerlöhnen verdingen. Die Löhne sind noch immer etwas höher als die Hungerlöhne, die sie in ihrer Heimat erhalten. Die UnternehmerInnen können mit ihnen anfangen, was sie wollen, sie erpressen und sie benutzen, um den Durchschnittslohn zu drücken, was sie selbstredend auch tun. Aber jetzt möchte ich die Gegenseite der Medaille zeigen. Gleichzeitig hat diese wachsende Spaltung der Lohnabhängigenklasse zu einem von der Unternehmerschaft gänzlich unerwarteten Ergebnis geführt. Die entqualifizierten LohnarbeiterInnen sind zu einem aktiven, selbstbewußten Widerstand unfähig, aber gleichzeitig findet ein wachsendes Selbstbewußtsein unter den hochqualifizierten Lohnabhängigen statt. Es gibt ein geflügeltes Wort, das am ersten Kongreß der polnischen Solidarnosc von einem Genossen (der jetzt Mitglied der 4. Internationalen geworden ist) geprägt wurde: »die da oben, korrupt und inkompetent«. Das »korrupt« ist nichts Neues, aber das »inkompetent«, das ist eine riesige Änderung in der Mentalität eines Teils der ArbeiterInnenklasse. Ich habe Arbeiterschulungskurse und Gewerkschaftsschulungskurse durchgeführt, in den letzten zwanzig, fünfundzwanzig Jahren wahrscheinlich vor mehr als 100 000 GewerkschaftlerInnen gesprochen. Die allgemeine Reaktion der ArbeiterInnen und GewerkschaftlerInnen, die an diesen Kursen teilnahmen, war: Naja, was du da sagst, ist alles sehr schön, wir können froh sein, wenn sich das in die Tat umsetzt, aber wie können wir denn ohne Techniker, Ingenieure, Fabrikdirektoren auskommen, dazu haben wir die Fähigkeit doch gar nicht. Das hat sich jetzt geändert, und es heißt: Wir können es besser als die Ingenieure, die können es nur theoretisch, wir haben die tägliche Praxis im Betrieb. Sie werden ihnen auf die Schulter klopfen, ohne Gewalt, die ist gar nicht notwendig, und sagen: Geht weg, ihr seid unnötig, wir brauchen euch nicht, wir können es besser als ihr.

Das ist eine große Änderung in der Mentalität. Ich gebe gerne zu, es handelt sich nur um einen Bruchteil der Lohn-

arbeiterInnen, aber immerhin. Wir haben hier eine praktische Anwendung von dem, was ich in meinem Referat hervorheben will, nämlich daß der Begriff LohnarbeiterIn, die Klasse der Lohnabhängigen, ein gesamtgesellschaftlicher Begriff ist. Wenn man ihn auf männliche Arbeiter in der klassischen Großindustrie beschränkt, dann geht diese Zahl zurück, nicht in allen Ländern, sie verlagert sich, geht aber im Weltmaßstab zurück. Das ist aber eine falsche Definition, nicht allein aus theoretischen, sondern aus praktischen Erwägungen. Ein Beispiel: Bergarbeiter, Stahlarbeiter oder Arbeiter in der Maschinenbauindustrie konnten auch in der besten Zeit die kapitalistische Wirtschaft nicht völlig lahmlegen. Das haben sie nie gemacht und nie gekonnt. Aber Bankangestellte können das mit viel größerer Wirksamkeit. ArbeiterInnen des Telekommunikationssektors können heute mit viel größerer Wirksamkeit die kapitalistische Wirtschaft komplett lahmlegen. Nirgends kann eine kapitalistische Wirtschaft ohne Banken funktionieren, das ist unmöglich. Nach einer Woche würde die Wirtschaft zusammenbrechen. Ich stelle fest, daß in mehreren Ländern in der Welt, ich könnte mehrere aufzählen, inklusive Belgien, bei den Bankangestellten der Grad des Selbstbewußtseins und des Willens zur Durchsetzung ihrer potentiellen gesellschaftlichen Macht steigt. Das sind keine rosigen Aussichten für die bürgerliche Klasse, und sie macht sich darüber zu Recht große Sorgen.

Die Schlußfolgerung lautet also: Widerstand, Rebellion, unbegrenzte Solidarität. Die unbegrenzte Überzeugung, daß letzten Endes die lohnabhängigen Menschen, die 99 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, ihr Schicksal selbst in die Hände nehmen und bestimmen können.

*(Mündliches Referat. Schriftliche Überarbeitung unter Einbeziehung von Antworten auf Fragen aus dem Publikum: Daniel Stern/Kari-Anne Mey)*

---

Robert Kurz

## Mit Volldampf in den Kollaps

Wir leben heute in einer sehr seltsamen Situation; noch nie in der Geschichte der Modernisierung – also in den letzten zwei- bis dreihundert Jahren – hat es eine Situation gegeben, die von einer weltweiten sozialen Krise geprägt wurde, in der ein derartiges ökologisches Zerstörungspotential aufgebaut worden ist und in der so viel kulturelle Zerstörung und Verwahrlosung um sich gegriffen hat, bis hin zu Tendenzen in Richtung einer neuen Barbarei.

Und das Seltsame und Paradoxe dabei ist gleichzeitig, daß in den letzten dreihundert Jahren die Gesellschaftskritik noch nie so stark abgerüstet hat wie heute. Diese Paradoxie gilt es zu erklären, denn die Welt war noch nie so kritikwürdig wie heute. Oberflächlich ist der Grund für diesen Widerspruch leicht auszumachen, er läßt sich in den Kontext des Zusammenbruchs des Staatssozialismus im Osten stellen. In den letzten Jahrzehnten war jene Theorie, welche das Zentrum der Gesellschaftskritik der letzten hundert Jahre gebildet hat, nämlich der Marxismus, stark vom Bezug auf diesen Staatssozialismus eingefärbt. Selbst jene KritikerInnen im Westen, welche ein kritisches Verhältnis zur Sowjetunion oder zu China hatten, nahmen, wenn auch untergründig, in ihrer Basisargumentation Bezug auf diesen Staatssozialismus. Die Folge ist, daß es uns in gewisser Weise allen die Sprache verschlagen hat.

Das Problem, das hier drinsteckt, läßt sich wohl nur lösen, wenn man den Bezugsrahmen erweitert und nicht nur

die Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg und den sogenannten Systemkonflikt als Bezugsrahmen nimmt. Den Systemkonflikt hat der Westen gewonnen. Wenn man aber den zeitlichen Rahmen erweitert und sich statt dessen auf jene letzten zwei- oder dreihundert Jahre bezieht, könnte man ironisch feststellen, daß der Staatssozialismus beinahe pünktlich zum zweihundertjährigen Jubiläum der Französischen Revolution zusammengebrochen ist.

Für den kurzen Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg erscheint es hingegen selbstverständlich, daß mit dem östlichen Staatssozialismus auch jegliche postkapitalistische Alternative am Ende ist. Und so soll es bis in alle Zukunft sein, will man der schönen Rede vom Ende der Geschichte des Herrn Fukujama und anderen Glauben schenken. Aus dieser Perspektive kann sich alles, was an Kritik formuliert wird, nur noch in den Bezugsrahmen der westlichen marktwirtschaftsdemokratischen Ordnung stellen.

Der weitere Bezugsrahmen bringt einen jedoch auf ganz andere Gedanken: Was jetzt in die Krise gekommen ist, sind die gemeinsamen Grundlagen jener zweihundert oder mehr Jahre Modernisierungsgeschichte. Hier handelt es sich um eine gemeinsame Krise von Ost und West, welche nicht im Systemkonflikt und dessen Kriterien aufgeht, sondern viel tiefer reicht. Es mag einerseits für eineN gestandeneN Gesellschafts- und KapitalismuskritikerIn trostreich sein, daß, obwohl der Kapitalismus zwar übriggeblieben ist, er als nächstes auch in die Krise kommt. Andererseits ist es gleichzeitig schmerzhaft, heißt es doch, daß die bisherige Gesellschaftskritik, der Marxismus – zumindest so, wie wir ihn verstehen und wie er im theoretischen und öffentlichen Bewußtsein existiert –, daß dieser Marxismus und die mit ihm verbundenen Gesellschaftsformationen selber Teil dieser Modernisierungsgeschichte waren und somit Teil dessen, was jetzt insgesamt in die Krise kommt.

Ich möchte nun versuchen, dieses Problem neu zu definieren. Meistens wurde das Problematische am Staatssozia-

lismus mit dem Begriff der »nachholenden Industrialisierung« verbunden. Aber diese Reduktion bedeutet, das Problem bloß auf der quasi technischen Ebene der Industrialisierung und ihrer Kosten zu suchen und nicht von den gesellschaftlichen Formbestimmungen auszugehen. Nachholende Industrialisierung, das konnte nur ein Problem der – vom modern-kapitalistischen Standpunkt aus – relativ rückständigen Regionen der Welt sein: Rußland, China, der später sogenannten Dritten Welt, der postkolonialen Regionen. Überall dort stand nicht das Problem an, die westlich-kapitalistische Gesellschaft zu überwinden – was nicht da ist, kann logischerweise auch nicht überwunden werden –, im Gegenteil: Es wurden auf eine spezifische Art und Weise Formen wiederholt, wie wir sie im Westen vor hundertfünfzig oder zweihundert Jahren auch gekannt haben. Ich erinnere nur an die staatsökonomischen Systeme des Merkantilismus im 17. und 18. Jahrhundert, da fand sich vieles, was es auch im Staatssozialismus gab: Außenhandelsmonopol, staatliche Preisfestsetzung, staatliches Eigentum an den fortgeschrittensten Produktionsmitteln (das waren damals die Manufakturen). Das ist alles nichts völlig Neues, nur hat das im Westen schon viel früher stattgefunden und ist längst mehr oder weniger in Vergessenheit geraten. In diesem Sinn hat sich die westliche Entwicklung wiederholt, inklusive der revolutionären Formen.

Von diesem Standpunkt aus gesehen, wäre die berühmte Oktoberrevolution eine Nachholung der Französischen Revolution im Osten, und auch die späteren nationalen Befreiungsbewegungen, die Revolution in China und ähnliche Revolutionen wären jeweils sozusagen das Imitat oder die nachholende Einlösung dessen, wofür im Westen die Französische Revolution steht, inklusive der Fahnen, der Barrikaden, des bewaffneten Kampfes und allem, was da an Mythologie mitschwingt. Das bedeutet natürlich für die westliche Linke die bittere Erkenntnis, daß man hier gewissermaßen einer optischen Täuschung erlegen ist. Nicht, daß

die Geschehnisse unsinnig waren – es ist sowieso ein fragwürdiger Ansatz, geschichtliche Abläufe und Entwicklungen nach Gesichtspunkten wie richtig oder falsch oder gar gut und böse beurteilen zu wollen –, es sind epochale Formationen, in denen unter bestimmten Bedingungen Akteure aufgetreten sind, die nicht über ihren Schatten springen konnten, genauso wie wir heute nicht über unseren Schatten springen können. Doch ist dies ein anderer Schatten, weil wir achtzig oder hundert Jahre weiter sind und von heute aus auf diese Geschichte wie auf eine riesige Trümmerlandschaft zurückblicken können. So ist es eigentlich die gemeinsame Modernisierungsgeschichte, welche diese sogenannten Systemkonflikte hervorgebracht hat, viel mehr durch die historische Ungleichzeitigkeit in den verschiedenen Weltregionen als durch andere, postkapitalistische Inhalte bedingt.

Das ist keine Verurteilung der Geschichte, ich möchte vielmehr den Charakter der heutigen Krise aufzeigen, welche eine gemeinsame Krise des jetzigen einheitlichen Weltsystems ist.

Daß auch der Westen in der Krise ist, war schon vor dem Zusammenbruch des Staatssozialismus nicht gänzlich aus der Welt. Seit Anfang der achtziger Jahre ist das Stichwort von der Krise der Arbeitsgesellschaft auch im Westen aufgetaucht. Ich kann mich genau erinnern, wie besorgniserregend es war, als in Deutschland Anfang der achtziger Jahre die Arbeitslosigkeit erstmals die Millionengrenze überschritt. Heute wäre das schon wieder eine Erfolgsmeldung; damals hat man sich gefürchtet, es wurden sogar Stimmen laut, ob der Osten vielleicht doch die bessere Systemalternative sei. Sogar das gab es damals noch. Und dann kam dieser große Zusammenbruch. Das ganze System im Osten hat sich wie eine Mumie in Staub aufgelöst, und in der Folge hat man die eigene Krise erst mal ein bißchen verdrängt und vergessen, obwohl ja die sozialen Prozesse, die damit verbunden waren, die Massenarbeitslosigkeit und neue Armut, immer noch da waren. Schon zehn Jahre vorher sind in

großen Teilen der Dritten Welt ganze Nationalökonomien zusammengebrochen. Die Misere Afrikas fing damals an, in Lateinamerika begann die Epoche der Hyperinflation und der Deindustrialisierung. Das verlorene Jahrzehnt, wie es dann Ende der achtziger Jahre genannt wurde. Man hat es also erst mal verdrängt und den Zusammenbruch des vermeintlichen Gegensystems zum Anlaß genommen, sich etwas in die Tasche zu legen.

Damit verknüpft wurde die Erwartung, daß sich mit der Öffnung des Ostens wunderbare neue Märkte auftun würden, ein neuer Akkumulationsschub des Kapitals wie nach dem Zweiten Weltkrieg zu erwarten sei und der Westen seine Krise gerade mit dem Zusammenbruch des Ostens lösen könne. Mittlerweile sind wir nahezu eine halbe Dekade weiter, und es zeigt sich immer deutlicher, daß diese Hoffnungen Trugbilder sind, die man sich aus dem Kopf schlagen kann. Im Gegenteil: Nicht nur kehrt die Krise in den Westen zurück (streng genommen war sie ja nie weg), sie wird auch in ihrem Ausmaß immer deutlicher erkennbar. Die Rückkoppelungsprozesse aus den Zusammenbrüchen im Osten ereilen auch uns allmählich, es kommt also eher Negatives aus diesen Zusammenbruchsregionen auf die westliche Ordnung zu. Das läßt sich in verschiedene Richtungen ausleuchten.

Ein Aspekt dabei ist sicherlich, daß die Krise im Osten »Flüchtlingsströme«, Arbeitsimmigration, neue Formen von Massenkriminalität hervorbringt – früher hatten wir die Mafia nur im Süden, jetzt haben wir sie auch im Osten –, die unter anderem Anlaß für rassistische Reaktionen in der westlichen und gerade auch in der deutschen Bevölkerung sind. Das sind Erscheinungen dieser Krise, die sich mit ihrem Andauern fortsetzen werden. Wesentlich ist, daß sich die Hoffnung auf die neuen Märkte nicht erfüllt hat und daß, so paradox es vom Standpunkt der alten Kapitalismuskritik auch klingen mag, diese riesigen Massen im Osten für das westliche Kapital größtenteils nicht ausbeutungsfähig

sind. Auf jeden Fall haben die großen Investitionsströme nach Osten bis jetzt nicht stattgefunden. Es gibt auch keine erkennbaren Tendenzen oder Absichten, diese geöffneten und sozusagen wehrlosen riesigen Regionen in einer anderen Weise zu annektieren, sie sich anzueignen, unter den Nagel zu reißen – sie stellen die verbrannte Erde der Marktwirtschaft oder der Modernisierung dar, und der Westen weiß eigentlich gar nicht, was er damit anfangen soll. Der Osten jagt ihm wieder Angst ein, vielleicht sogar stärker als zu Zeiten der alten Sowjetunion, denn jetzt könnte es ja sein, daß diese riesige, waffenstarrende, mit Atombomben vollgestopfte Region plötzlich völlig unkontrollierbare Gestalten hervorbringt, die wesentlich weniger berechenbar sind, als es der gute alte Breschnjew war.

Was nun die gemeinsame Krise angeht, geisterte bei uns ein schönes Stichwort im Hinblick auf die deutsche Vereinigung durch die Zeitungen: statt Aufschwung Ost Abschwung West. Das bezog sich eher auf die Konjunktur und die Rezession der letzten beiden Jahre. Jetzt macht man sich wieder Hoffnungen auf Konjunkturbelebungen, aber es ist selbst in den offiziellen Kommentaren spürbar, daß dieser Aufschwung wohl auf sich warten lassen wird – zumindest ist ein säkularer Boom, der die jetzige Krise beheben könnte, nicht absehbar.

Das hat etwas damit zu tun, daß wir es nicht mehr mit einer rein zyklischen Bewegung zu tun haben. Der sozusagen normale Zyklus der kapitalistischen Bewegung wird überlagert von einem anderen Problem, oft strukturelle Krise genannt. Deswegen spricht man mittlerweile von struktureller Massenarbeitslosigkeit und nicht mehr bloß von zyklischer. Das bedeutet, daß die Arbeitslosigkeit im sogenannten zyklischen Aufschwung der Konjunktur nicht mehr zurückgeht, sich statt dessen sogar eher noch ausdehnt.

Das hat es in der Geschichte der Modernisierung noch nie gegeben. Die Massenarbeitslosigkeit (sofern es sie gab, vor allem während der Weltwirtschaftskrise) stellte ein zy-

klisches Phänomen dar, das mit dem ebenfalls zyklischen konjunkturellen Aufschwung immer wieder abgebaut wurde. Marx nannte das die »industrielle Reservearmee«. Die Arbeitslosen wurden nur als Reservearmee für den nächsten Aufschwung betrachtet und damit für die Reabsorption ihrer Arbeitskraft in die Verwertungsbewegung des Kapitals bereit gehalten. Das scheint nun vorbei zu sein. Denn von Zyklus zu Zyklus, ganz unabhängig von dessen Auf und Ab, hat sich die sogenannte Sockelarbeitslosigkeit erhöht. Ich habe vorhin erwähnt, für die Bundesrepublik Deutschland wäre es heute eine Erfolgsmeldung, »nur« eine Million Arbeitslose zu haben, mittlerweile sind es ca. vier Millionen. Und dabei ist das gar nicht die reale Zahl, denn in Wirklichkeit ist die Massenarbeitslosigkeit viel größer, würde man die ganzen Auffangmaßnahmen – Vorruhestand, ABM (sogenannte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) – und die statistischen Tricks einbeziehen. Dieses Wegretouchieren eines Teils der Massenarbeitslosigkeit durch statistische Tricks ist in fast allen Ländern heute üblich, welche überhaupt noch eine Arbeitslosenstatistik führen. Für die Bundesrepublik heißt das, daß man sich bis vor ein paar Jahren noch auf die Gesamtzahl der ArbeitnehmerInnen bzw. die Lohnabhängigen bezogen hat. Inzwischen bezieht man sich auf die Gesamtzahl der sogenannten Erwerbspersonen, inklusive sämtlicher Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger, und wie die statistischen Bezeichnungen lauten, um damit die Statistik zu schönen. Dies nur als Beispiel; diese Tricks sind von Land zu Land verschieden, werden aber angewandt.

Steigende Sockelarbeitslosigkeit ist also unabhängig von Zyklen, das ist nicht nur ein deutsches oder mitteleuropäisches, sondern ein globales Phänomen. Im Frühjahr 1994 hat die Internationale Arbeitsorganisation in Genf eine Analyse herausgebracht, wonach heute im Weltmaßstab real dreißig Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos sind, de facto arbeitslos. In dieser kritischen Analyse wurden

einige der erwähnten Tricks durchleuchtet; diese Zahl kommt der Wahrheit näher als die offiziellen Statistiken, sie übersteigt die Arbeitslosenrate der Weltwirtschaftskrise von 1929/33. Vor allem hatte die damalige Weltwirtschaftskrise, trotz ihres Namens, nicht so globale Auswirkungen wie die heutige strukturelle Massenarbeitslosigkeit. Man kann also in der Tat von einer veritablen Krise der Arbeitsgesellschaft sprechen. Dabei gibt es zwei Merkwürdigkeiten: Die eine ist, daß sämtliche Modernisierungsideologien, Marxismus und Liberalismus eingeschlossen, Arbeit als eine ontologische oder anthropologische Grundgegebenheit verstehen. Man geht davon aus, daß die Menschen, seit es sie gibt, »gearbeitet« haben, und Arbeit erscheint als etwas, das außerhalb der Geschichte liegt. Wenn man nun von der Krise der Arbeitsgesellschaft redet, widerspricht man der eigenen Basisideologie, wonach die Arbeit etwas sei, was den Menschen vom Tier unterscheide. Und dann kann natürlich die Arbeit als solche nie in die Krise kommen.

Der Widerspruch zeigt sich darin, daß hier ein Zusammenhang in die Krise kommt, der bisher nicht als historischer, das heißt als gewordener und wieder vergehender, betrachtet worden ist, sondern als menschlicher Grundsachverhalt schlechthin. Es handelt sich nicht um das, was Marx als Stoffwechselprozeß mit der Natur bezeichnet hat, der ist unaufhebbar, solange es Menschen gibt. Heute scheint vielmehr der Begriff des Verwandlungsprozesses von Arbeit in Geld in die Krise zu kommen, was Marx die abstrakte Arbeit nennt, nämlich die Verausgabung von Nerv, Muskel und Hirn in die gesellschaftliche Geldform und damit die Reproduktion des Menschen im Kontext von Arbeit, Geld und Warenkonsum – diese Verknüpfung von Arbeit mit Geld ist historisch und keineswegs überhistorisch.

Das zweite, was paradox erscheint, ist, daß wenn man früher von der möglichen Krise oder zukünftigen Krise des Kapitalismus sprach, meinte man die Krise der Geldverwertung, und das scheint heute mega-out zu sein. Das Kapital

ist ja anscheinend überhaupt nicht in der Krise, nur die Arbeit. Das ist insofern paradox, als diese beiden Momente Pole ein- und desselben Verhältnisses sind. So wie es unmöglich ist, daß sich dieses Abstraktum der Moderne, die Arbeit, vom Kapital emanzipieren und für sich alleine weiterarbeiten kann, wie das die Staatsreligion im Osten war oder auch die Grundauffassung des Marxismus darstellt, ebensowenig ist es möglich, daß die Arbeit für sich alleine in die Krise kommt und das Kapital munter weiterakkumuliert – dann würde ich eher an die katholische Transsubstantiationslehre oder an die unbefleckte Empfängnis glauben als daran, daß ein Kapital sich ohne eine entsprechende Höhe an Vernutzung von abstrakter Arbeitskraft, rein als Geldvermehrung, weiterverwerten kann. Hier scheint etwas nicht zu stimmen. Und darauf will ich jetzt näher eingehen. Ich möchte die Analyse dieser gemeinsamen Krise mit vier Stichworten kurz umreißen: 1. Rationalisierung, 2. Globalisierung, 3. Tertiärisierung, 4. Fiktionalisierung.

## 1. Rationalisierung

Was die Krise im Kern auszumachen scheint, ist im weitesten Sinne die Rationalisierung. Dazu gehört die Automatisierung von Produktionsprozessen, die Ausdünnung von organisatorischen Linien, jene organisatorische Rationalisierung also, durch welche Arbeitskraft im flächendeckenden Maßstab so stark wegrationalisiert wird, daß sie ein Ansteigen der Produktivität in einem Maße bewirkt, das über die Absorptionsfähigkeit des Kapitals hinausgeht, lebendige Arbeit in betriebswirtschaftlichen Produktionsprozessen zu verwerten. Diese Aussage stößt bei den ÖkonomInnen aller Schattierungen auf Kritik. Steigerung der Produktivität, das heißt doch Erweiterung der Märkte und damit früher oder später die Überwindung der Krise, folglich neue Prosperität und irgendwann auch wieder Abbau der Massenarbeitslosigkeit.

Nun, ich denke, daß auch diese Argumentation auf einer optischen Täuschung beruht. Sie hat nur die Rationalisie-

rung bis an die Schwelle der mikroelektronischen Revolution im Auge und nimmt an, daß alles in der alten Weise weitergehen wird. Für die Epoche, die man als die fordistische bezeichnet hat, das heißt ungefähr vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der siebziger Jahre, war es in der Tat so, daß Rationalisierung – und das ist erst in dieser Zeit überhaupt ein Stichwort geworden – tatsächlich zumindest mittel- bis längerfristig zur Erweiterung der Märkte und zur Absorption der Arbeitsmärkte geführt hat. Warum? Man kann es sehr einfach an der Person von Mister Henry Ford selbst darstellen. Ford hat bekanntlich die Rationalisierungsmethoden der neuen Arbeitswissenschaft angewandt, welche in diesem Zeitraum von dem Ingenieur Frederic Taylor erfunden wurden. Diese sind übrigens inzwischen weiter verfeinert und entwickelt worden, etwa unter der Bezeichnung REFA, es gibt in Deutschland seit den zwanziger Jahren ein Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft, das sich mit diesen Prozessen befaßt. Ford hat als erster Unternehmer Taylors Rationalisierungsmethoden übernommen und somit etwas angefangen, was das kapitalistische Management bis dahin außer acht gelassen hatte. Die UnternehmerInnen entdeckten, daß es in ihren Fabriken einen Rationalisierungsspielraum gibt, daß man mit wissenschaftlichen Methoden die Leerläufe ausschalten und somit Zeit und Geld sparen kann – time is money.

Anstatt die Gestaltung des Arbeitsprozesses wie bisher den Meistern und Vorarbeitern zu überlassen, griff man zur berühmten Stoppuhr und analysierte jeden Ablauf bis ins Detail wissenschaftlich.

Das war die eine Innovation, die andere war bekanntlich das Fließband. Diese Erfindung stammt allerdings nicht von Ford, sondern wurde bezeichnenderweise aus den Schlachthöfen von Chicago übernommen. Nach dem Schlachten wurden die Teile der Rinder und Schweine auf die Fließbänder verteilt, und dieser Ablauf (das Fließband, nicht das Schlachten) wurde auf die menschliche Arbeitskraft ange-

wendet, wie es Charlie Chaplin in seinem Film »Modern Times« so wunderschön karikiert.

Was hat Henry Ford damit erreicht? Man kann es in einer simplen Zahl ausdrücken. Bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg hat eine Automobilfabrik im Durchschnitt sechs- bis zehntausend Autos im Jahr hergestellt. Das ging zwar schon in großen Fabrikhallen vor sich, aber noch auf eine sehr handwerkliche, nicht rationalisierte Art und Weise. Was war Fords Rationalisierungsgewinn mit seinen neuen Methoden? Diese Zahl ist nun wirklich ein Hammer, es war damals ein Hammer und ist es auch heute noch. Er hat im Geschäftsjahr 1914 – die USA waren damals noch nicht in den Krieg eingetreten – sage und schreibe 248 000 Automobile produziert. Und das schlug ein wie eine Bombe – ein Erschrecken ging um die ganze Welt, die Figur Henry Ford wurde deswegen so berühmt, und überall sprachen verschiedene TheoretikerInnen und AnalytikerInnen innert Kürze vom Fordismus. Das war die neue Welle, nicht bloß eine Modeerscheinung, sondern die Zukunft des Kapitalismus, der Marktwirtschaft und der industriellen Produktion überhaupt.

Kein Geringerer als Lenin interessierte sich brennend für die fordistischen Methoden und ließ verlauten: Diesen letzten Schrei der westlichen Wissenschaft, Technologie und Rationalisierung müssen wir übernehmen. Warum hat nun diese Rationalisierung als solche nicht in die Krise, sondern langfristig (wenn wir den Boom nach dem Zweiten Weltkrieg miteinbeziehen) zum Gegenteil geführt? Für die Produktion des einzelnen Automobils bedeutete sie eine massive Zeitersparnis. Trotzdem wurde die menschliche Arbeitskraft auf diese Weise nicht wegrationalisiert, vielmehr wurde sie sozusagen in ihrem Vollzug selbst rationalisiert. Charlie Chaplin hat diese roboterhaften Handbewegungen des Fließbandarbeiters auf den bildlichen Begriff gebracht. Und der riesige Produktivitätssprung, den die Rationalisierung ermöglichte, brachte eine so starke Ausweitung der

Produktion, daß man nicht weniger, sondern insgesamt sogar mehr ArbeiterInnen brauchte. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn das Automobil auf diese Weise nicht gleichzeitig viel billiger geworden wäre. Das war Henry Fords stärkster Trumpf – er ermöglichte seinen ArbeiterInnen, ein Auto zu besitzen; zu dieser Zeit erschien das als geradezu revolutionär, denn bis dahin stellte das Automobil quasi einen Luxusgegenstand für Playboys dar. Mit Henry Fords Herstellungsmethode wurde es durch diese extreme Verbilligung zu einem Artikel des Massenkonsums.

Damals war das sensationell, heute wissen wir, daß das Prinzip von abstrakter Arbeit und Marktwirtschaft in seiner fordistischen Form auch zu katastrophalen Entwicklungen geführt hat, mit den entsprechenden Folgeerscheinungen von destruktivem Massenkonsum und Massentourismus.

Dieser gewaltige Schub, den die Rationalisierung der menschlichen Arbeitskraft in ihrem Vollzug und mit der ungeheuren Ausdehnung der Produktion und Verbilligung der Produkte bewirkte, fand in verschiedenen Wellen statt, konnte aber die Weltwirtschaftskrise noch nicht verhindern, dazu waren die meisten Länder noch nicht weit genug. Doch er war Ausgangspunkt einer neuen Ära, die in den USA bereits vor dem Zweiten Weltkrieg begann. Man sprach von einer neuen Lebensweise, Ford nannte es eine – heute klingt das zynisch – rationalisierte Lebensweise.

Das betraf nicht nur die Automobilindustrie, innert Kürze machten sich auch andere Industrien diese neuen Methoden zu eigen, die Haushaltsgeräte- und Unterhaltungselektronikindustrie, die Nahrungsmittelindustrie und die Nahrungsmittel- und Bedarfsgegenstandsdistribution, was die Verdrängung der Tante-Emma-Läden durch die heute überall bekannten Supermärkte zur Folge hatte. Auch die Mechanisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft wurde auf diese Weise rasant vorangetrieben: Nicht nur die Autos wurden viel billiger, sondern auch mechanische Geräte wie der Traktor. Henry Ford hat übrigens auch einen

preiswerten und robusten Traktor entwickelt, der fast so erfolgreich war wie seine Automobile.

All das brachte eine tiefgreifende Umwälzung mit sich. Nicht nur die fordistische Lebensweise fand allgemeine Verbreitung, sondern erstmals wurden riesige Massen menschlicher Arbeitskraft überhaupt in das Rentabilitätskalkül dieser marktwirtschaftlichen Verwertungsprozesse hineingezogen. Es gerät oft in Vergessenheit, daß bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts das kapitalistische System noch durchsetzt war von zahlreichen hauswirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, nichtkapitalistischen kleinen warenproduzierenden Sektoren. Erst mit der Rationalisierung wurde diese Logik der Betriebswirtschaft mit der abstrakten Vernutzung von Mensch und Natur überhaupt flächendeckend und hatte diese gewaltige Absorptionsfähigkeit zur Folge. Der Münchner Soziologe Burkart Lutz hat ausgerechnet, daß dies allein in der alten Bundesrepublik Deutschland einen zusätzlichen Arbeitsplatzgewinn von acht bis zehn Millionen bedeutet hat. Damit konnten nicht nur die Flüchtlingsströme aus dem Osten nach dem Zweiten Weltkrieg mehr oder weniger reibungslos in den Arbeitsprozeß integriert werden, man war in den sechziger Jahren auch auf die sogenannten Gastarbeiter aus dem Süden angewiesen.

Warum ist die heutige Rationalisierung das genaue Gegenteil? Das läßt sich ganz einfach erklären. Mit Hilfe der neuen mikroelektronischen Technologie wird die Lücke, welche der oder die menschliche ArbeiterIn im hochrationalisierten System des Fordismus noch ausfüllte, in der er oder sie gewissermaßen die Aufgabe eines chaplinesken Roboters übernahm, diese Lücke wird ausgefüllt mit neuen Steuerungs- und Automatisierungspotentialen. Nicht nur das: Bekanntlich hat unter dem Stichwort lean production (schlanke Produktion) eine neue Stufe der organisatorischen Rationalisierung stattgefunden. Bei der lean production werden computergestützt, also indirekt auch mit Hilfe der Mikroelektronik, sehr viele Ebenen wegrationalisiert. Der ganze

Ablauf wird als einheitlicher Gesamtkomplex gesehen – bei der Konstruktion wird schon der Vertrieb mitgeplant, das ergibt einen Durchlauf, bei dem sich viele bis dahin unbeseitigbare Reibungsflächen eliminieren lassen. Das bedeutet unter anderem auch, daß Teile des Managements selber wegrationalisiert werden. Allein in der deutschen Automobilindustrie sind aus den mittleren Führungsebenen in den letzten zwei Jahren ca. 40 000 Leute auf die Straße gesetzt worden.

Es tut sich hier eine absolute Grenze auf. Denn dieser Prozeß geht weiter, und wir stehen heute erst am Anfang. Nachdem also fünf Millionen wegrationalisiert wurden, startet man alle paar Jahre wieder eine dieser Kampagnen »der Mensch im Mittelpunkt«, schafft wieder 30 000 neue Arbeitsplätze und behauptet, die seien hochqualifiziert und besonders menschlich. Dann kommt die nächste Rationalisierungswelle. Die ist übrigens jetzt schon vor der Tür – man braucht nur aufmerksam die Wirtschaftspresse und die entsprechenden Analysen zu verfolgen. Schon jetzt gibt es neue Potentiale der Miniaturisierung, welche bisher nicht für möglich gehaltene Rationalisierungsmöglichkeiten beinhalten. Bei den KybernetikerInnen oder InformatikerInnen wird es z.B. »der Griff in die Kiste« genannt. Man muß dem Roboter nicht mehr die Arbeitsgeräte fein säuberlich hinlegen, er kann so programmiert werden, daß er idealerweise in eine Kiste mit wild angehäuften Teilen greift und das richtige rausholt. Diese Entwicklung beschränkt sich nicht nur auf die Industrie, sondern weitet sich auf die anderen Sektoren aus: auf die Dienstleistungssektoren zum Beispiel, auf das Geld- und Versicherungsgewerbe. Das hat unter anderem zur Folge, daß sich die Kundschaft zunehmend selbst bedienen muß. Bei unserer Sparkasse zum Beispiel erhält man die Kontoauszüge nicht mehr zugeschickt, statt dessen muß man den Kontostand per Karte an einem Automaten selber erfragen. Das alles war vor ein paar Jahren noch nicht möglich, da mußten es noch Menschen bearbeiten. Aber

wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, bedeutet das, daß diese strukturelle Massenarbeitslosigkeit nie mehr durch einen neuen Boom à la Fordismus abgelöst werden kann, sondern sich unaufhaltsam weiter ausdehnen wird. Hier überschreitet man irgendwann eine kritische Grenze, die sozialen Netze werden reißen. Womit sollen sie denn noch finanziert werden, wenn die Abschöpfungsmöglichkeiten, die der Staat jetzt noch hat, nicht mehr vorhanden sind? Und dann wird dieser Zusammenhang Arbeit-Geldeinkommen-Warenkonsum schlicht fragwürdig. Ganz abgesehen davon, daß er auch aus anderen Gründen, zum Beispiel ökologischen, gelinde gesagt fragwürdig geworden ist.

## 2. Globalisierung

Dieses Stichwort steht für die Globalisierung der Märkte und die Herstellung eines unmittelbaren Weltkapitals. Diese Entwicklung ist ebenfalls neu, sie beruht auf den neuen Produktivkräften der Mikroelektronik, welche es ermöglichen, sich per Satellitenkommunikation und neuen Steuerungs- und Kommunikationspotentialen weltweit die Märkte zu suchen. Das sind nicht nur Märkte im Sinne bisheriger Außenbeziehungen, von Import-Export zwischen den in sich kohärenten Nationalökonomien. Diese neuen Potentiale ermöglichen es, den kapitalistischen Produktionsprozeß quer zu den bisherigen Nationalökonomien verlaufen zu lassen; die bisherige nationalökonomische Kohärenz wird aufgeprengt. Ich möchte das anhand eines einfachen kleinen Beispiels erläutern, welches man für die zentralen industriellen und Dienstleistungssektoren hochrechnen kann. Ein Schriftsteller aus Ost-Berlin hat mir von einer kleinen Kultur- oder Theaterzeitschrift erzählt, welche von der Treuhandanstalt wie üblich abgewickelt werden sollte, weil sie, mit einem AbonnentInnenstamm von ein paar tausend Leuten, nicht rentabel zu sein schien. Nun fand sich ein englischer Verleger dafür, und zwar für denselben AbonnentInnenstamm. Sein Rentabilitätsrezept sah folgendermaßen aus: Er ließ die

Zeitschrift in Singapur drucken und über die Karibik ausliefern, weil dort die Postgebühren so billig sind. Das heißt, es ist nach wie vor eine deutsche Kulturzeitschrift für einen kleinen ostdeutschen AbonnentInnenstamm, wird aber von einem englischen Verleger in Singapur gedruckt und über die Karibik ausgeliefert, und das lohnt sich auch noch.

Jetzt kann man sich vorstellen, wie sich das erst bei den Automobil- und den Elektronikteilzulieferern usw. lohnt. Und genau das findet statt. In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren hat sich der Welthandel stärker ausgedehnt, als die Produktion angestiegen ist. Ein auf den ersten Blick verblüffendes Phänomen, das sich genau durch diese Globalisierung erklären läßt. Denn sehr vieles, was rein formal als Export und Import irgendwelcher Nationen erscheint, ist in Wirklichkeit längst Teil einer internationalen Arbeitsteilung in der Produktion selber. Das bedeutet, daß diese internationalisierte Produktion über den nationalökonomischen Rahmen hinauswächst. Das zeigt sich auch auf dem Sektor der Finanzmärkte, die Nationalbanken haben schon längst keine Kontrolle über ihr eigenes Geld mehr, welches in bankmäßig extrritorialen Zonen der Welt herumvagabundiert. So werden zum Beispiel D-Mark-, Dollar-, Franken-, Yen-Kredite vergeben, die überhaupt nicht unter Kontrolle der jeweiligen Notenbanken stehen, also Geldschöpfungsprozesse außerhalb der bisherigen Kontrollmechanismen darstellen. Das läßt sich auch noch weiter illustrieren: Ende 1994 hat zum Beispiel das Paradeunternehmen der deutschen Geldinstitute, die Deutsche Bank, ihren Investmentbankingsektor ostentativ nach London verlegt. Es gab ein großes Geschrei, sogar die Deutsche Bundesbank hat von einer illoyalen Haltung gesprochen. Hier stellt sich die Frage, worauf sich dieser Loyalitätsbegriff eigentlich bezieht, er bezieht sich wohl oder übel auf die alte Nationalökonomie.

Der Teil der Linken, der immer noch in alten Imperialismuskategorien denkt und davon ausgeht, daß hier noch eine nationale Kohärenz besteht, daß das Weltmarktmanage-

ment, die politische Klasse oder jedenfalls die Führungsmannschaften noch eine gemeinsame Strategie hätten à la Erster Weltkrieg, ist auf dem Holzweg. Das ist ein Anachronismus geworden, jedoch auf eine un gute Weise: Der kapitalistische Prozeß selber wächst blind über die nationalökonomischen Grenzen hinaus. So verschärft sich mit der Internationalisierung der Arbeitsmärkte die Krise der Arbeitsgesellschaft. Die Internationalisierung ist aber nur dem Kapital möglich: Das kann dorthin gehen, wo die Arbeitskraft am billigsten ist, und kann seine Zelte auch sehr schnell wieder abbrechen – wie es zum Beispiel bei der deutschen Textilindustrie der Fall ist. Die produktiven Arbeitsplätze wurden alle nach Südostasien oder nach Südeuropa ausgelagert, und jetzt hat man die Rationalisierungsstufe erreicht, bei der es sich lohnt, die Produktion wieder zurückzuverlagern. Jetzt kommen aber nicht die Arbeitsplätze zurück, sondern die inzwischen hochautomatisierte Produktion.

Diese Prozesse gehen ständig weiter, es gibt hier keine Sicherheit mehr. Das Management versucht, mittels »global outsourcing« alles dorthin zu verlagern, wo es von den Märkten, den Krediten, der Arbeitskraft, den Steuern und was es alles an Rentabilitäts Gesichtspunkten noch gibt, wo es in der Welt am günstigsten ist. So wird die nationalökonomische Loyalität, auch gegenüber den sozialen Prozessen, aufgekündigt.

Es gibt Leute, die versuchen das mit dem Begriff der Einebnung zu erklären, welche die bisherige nationalökonomische Aufteilung in reiche und arme Länder aufhebt. Die Erste, Zweite und Dritte Welt existieren zwar noch als eine Art Schattenriß, im großen und ganzen wird diese Aufteilung aber allmählich eingeebnet, die Erste und die Dritte Welt schließlich ist überall. In Gelsenkirchen liegt die Dritte Welt gleich neben der Ersten Welt, Bulgarien und Indien verfügen über konkurrenzfähige Softwareproduzenten, Brasilien exportiert erfolgreich Düsenjäger und chemische Produkte – ganz zu schweigen von Südostasien –, gleich neben-

an jedoch fängt der Slum an. Also eine Welt nach dem Prinzip der »Selbstähnlichkeit«, wie man es schon fast ironisch mit dem Prinzip der Chaostheorie definieren könnte. Die Mikrostrukturen entsprechen der Makrostruktur, es gibt in jeder Stadt, jedem Stadtteil, jedem Land, bald in jeder Weltregion sogenannte Produktivitätsinseln, die immer noch für den Weltmarkt produzieren können, und daneben die Ver-  
slumung. Das ist natürlich eine Momentaufnahme, der Krisenprozeß geht auch dann noch weiter.

### 3. Tertiärisierung

Damit ist die Hoffnung gemeint, daß die strukturelle Krise bloß den Industriekapitalismus betrifft und daß die Beschäftigung in den tertiären Sektor der Dienstleistungen umgeschichtet werden kann, der dann auch die Kapitalakkumulation tragen soll. Zu den Hoffnungen auf diesen Sektor nur so viel: Er scheint mir auch keine Lösung des Problems anzubieten. Das hängt mit dem Charakter dieser Sektoren zusammen. Die kommerziellen Dienstleistungen stellen teilweise gar keinen eigenständigen Sektor der Kapitalakkumulation dar, sie sind von Haus aus trotz formeller Selbständigkeit kapitalistisch unproduktiv und müssen aus dem industriellen Mehrwert gespeist werden. Marx hat das für den Handel-und-Banken-Sektor gezeigt.

Die Freizeit- und Tourismusindustrie wiederum ist eine reine Luxusangelegenheit der Noch-Gewinner auf dem Weltmarkt. Die Mehrzahl der Menschheit, vor allem natürlich in den Billiglohnländern und in den bereits abgekoppelten Regionen, macht keinen Tourismus. Als Massenphänomen ist er abhängig von den industriellen Masseneinkommen der wenigen Kernländer. Wenn diese Einkommen rapide zurückgehen, bricht auch der Massentourismus zusammen – und damit übrigens die darüber laufende Umverteilung von Nord nach Süd sowohl in Europa als auch auf globaler Ebene. Schon jetzt haben wir eine Art Krisentourismus, einerseits durch die kostenintensiven Schäden, die da-

durch verursacht werden, andererseits dadurch, daß die Leute schon aufs Eingemachte zurückgreifen, um sich den Urlaubsstandard noch leisten zu können. Das wird krachen in den nächsten Jahren, wenn nicht ein neuer industrieller Boom kommt, der aber nicht zu erwarten ist.

Erst recht Essig ist es mit dem Gros der staatlichen Dienstleistungen, mit denen die sogenannte Infrastruktur betrieben wird, von der Kanalisation bis zu den Universitäten. Das ist von Haus aus alles keine Warenproduktion für den Markt, sondern es handelt sich um gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen für diese Produktion, die gar nicht nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage funktionieren können. Diese Sektoren sind angewachsen durch den kapitalistischen Prozeß der Verwissenschaftlichung, aber damit tut sich nur ein neuer Systemwiderspruch auf. Vom Standpunkt des Systems aus ist das keine Produktion, sondern Konsum, und deswegen hat der Staat das übernehmen müssen, es ist Staatskonsum. Damit tun sich auf Dauer unbewältigbare Finanzierungsprobleme auf, darauf werde ich gleich zurückkommen.

Die Infrastrukturbereiche sind fast alle chronisch defizitär, aber das liegt eben an ihrem Charakter, nicht daran, daß sie der Staat betreibt. Die Neoliberalen sind so blöd, daß sie das nicht erkennen und sich einbilden, das wäre ein ideologischer Fehler gewesen, daß der Staat das macht, und durch Privatisierung könnten diese Bereiche in Felder der Kapitalakkumulation verwandelt werden. Aber das private Betreiben der Infrastruktur akkumuliert kein Kapital, sondern zehrt ebenfalls vom industriellen Mehrwert, es ist nur eine Umverteilung innerhalb des Gesamtkapitals. Und vor allem: Wenn diese Sektoren als private profitabel betrieben werden sollen, gesamtcapitalistisch unproduktiv, aber betriebswirtschaftlich profitabel, dann muß alles abgestoßen und stillgelegt werden, was bloß defizitär funktioniert; und das heißt dann letzten Endes, daß die Infrastruktur ihren Beruf nicht mehr erfüllt und als solche zusammenbricht.

Der tertiäre Sektor ist also keine Ausweichmöglichkeit, sondern immer eine Kostenbelastung für die reelle Kapitalakkumulation, und soweit hier überhaupt eine Wertschöpfung stattfindet, ist sie so gering, daß das insgesamt eher auf die Profitrate drückt. Nicht auf der Ebene der Kapitalstruktur selbst findet eine Umschichtung der Beschäftigung in den tertiären Sektor statt, das ist wieder eine optische Täuschung, sondern nur durch die industriellen Weltmarktgewinne eines Landes. Natürlich können sich die Weltmarktgewinner bei industriellen Produkten noch eine Zeitlang die staatlichen Dienstleistungen leisten, z.B. eine flächendeckende Infrastruktur. Aber überall dort, wo der Prozeß der Krise weiter fortgeschritten ist, der sich nach Einsetzen des Selbstähnlichkeitsprinzips herstellt, bricht die flächendeckende Infrastruktur zusammen. Und die entsprechenden Teile der Arbeitskraft, die bisher dort absorbiert waren, werden ebenfalls in die Arbeitslosigkeit entlassen.

#### 4. Fiktionalisierung

Ich möchte zum letzten Punkt kommen, der klingt ein bißchen seltsam: Fiktionalisierung. Er bezieht sich auf den Begriff des fiktiven Kapitals und stammt wieder einmal vom guten alten Karl Marx, und zwar aus dem berühmten »Kapital« – allerdings weit hinten im dritten Band, wohin sich leider die wenigsten MarxistInnen vorgearbeitet haben, obwohl diese Teile heute fast die interessantesten sind.

Was heißt fiktives Kapital? Ich habe vorher kurz das Problem der Kapitalakkumulation angeschnitten, oder anders ausgedrückt: Wie kann sich Geld verwerten, wenn es gar nicht mehr in ausreichendem Maße lebendige Arbeitskraft vernutzen kann? Wenn also Arbeit immer mehr wegrationalisiert wird, wo kommt dann das scheinbar gelingende kapitalistische Prozessieren her? Hier kann nun der Begriff des fiktiven Kapitals von Marx Auskunft geben. Dieser bezieht sich auf zwei Sektoren. Der eine ist die kommerzielle Spekulation, das heißt ein Nebeneinandertreten von realem Kapi-

tal, das sich wirklich in betriebswirtschaftlichen Produktionsprozessen verwertet, und daneben, wie man es am Aktienkapital mit schöner Deutlichkeit feststellen kann, eine sozusagen eigene Bewegung, eine scheinbare Verwertungsbeziehung des bloßen Namens dieses Geldkapitals.

Das klingt jetzt etwas komplizierter, als es ist: wenn die Kursbewegung der Aktien wesentlich mehr an Gewinn abwirft als die reale Rendite der Produktionsprozesse, welche hinter diesem Kapital stehen, wenn also die Dividende, welche eine Aktie von Siemens ausschüttet, etwas völlig Nebensächliches wird. Denn das würde ja den eigentlich realen kapitalistischen Prozeß ausmachen – daß man Geld in einen realen betriebswirtschaftlichen Produktionsprozeß investiert, der am Markt erfolgreich ist, und dann eine Dividende ausbezahlt kriegt. Das sind heute jedoch Peanuts. Die Dividende ist völlig uninteressant, interessant ist allein die Kursbewegung der Aktie. Wenn eine Nominalaktie von 50 Mark auf 800 oder 1 000 oder 2 000 Mark gestiegen ist, ist das phantastisch.

Ähnlich verhält es sich mit der Immobilienspekulation. Die berühmte Geschichte vom Parkplatz in Tokio, der durch die Immobilienspekulation so viel <wert> ist wie eine ganze Großregion in Kalifornien, zeigt die verschobenen Relationen, dahinter steht kein wirklicher kapitalistisch produktiver Prozeß mehr, bloß heiße Luft. Und wenn man sich jetzt vorstellt (nachrechnen kann man das gar nicht mehr, das weiß niemand), welche Dimension dieses spekulative fiktive Kapital seit den achtziger Jahren erreicht hat, ist das heute gigantisch. Da stellt sich die Situation vor der Weltwirtschaftskrise mit der damaligen Bankenkrise und der Entwertung von spekulativem Kapital als ein kleiner Verkehrsunfall dar. Um es in einen bildhaften Vergleich zu bringen: Wenn diese Blase platzt, entspricht der Unterschied zur Weltwirtschaftskrise etwa dem, ob man aus dem Erdgeschoß oder aus dem 50. Stock 'runterfällt.

Und deswegen versuchen die internationalen Finanzin-

stitutionen und das Bankensystem mit allen Mitteln, diese Blase am Platzen zu hindern. Sie versuchen eine logische, und ich denke, letztlich praktische Unmöglichkeit, nämlich dieses fiktive Kapital entweder bis in alle Ewigkeit weiterwuchern zu lassen, sozusagen als unproduktive, aber gültige Geldschöpfung, oder eben diese Blase sanft platzen zu lassen. Ein sanftes Platzen kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen. Ich kann jetzt nicht auf die Manipulationsmechanismen eingehen, die es da gibt. In Japan sind sie am phantastischsten, da gibt es Auffanggesellschaften, die nichts weiter zu tun haben, als die faulen Kredite, die da mittlerweile angefallen sind, für die Zeit der Bilanzierung temporär zu übernehmen, damit die Unternehmen sauber bleiben. Man kann also mit Bilanzierungstricks arbeiten, ich frage mich einfach, wie lange das hält.

Jetzt kommt der Clou: Ein Teil dieses fiktiven Kapitals verbleibt nicht in diesem Spekulationsüberbau, wie es Marx genannt hätte, sondern wird wieder in den scheinbar realen Konjunkturzyklus eingespeist. Ein ganz simples Beispiel: Wenn ein Spekulant Gewinn gemacht hat, kauft er sich einen dicken Benz, und dann heißt das auch reale Produktion. Nur, wenn die Blase platzt, hat irgend jemand den Schwarzen Peter in der Hand, ein Entwertungsschock wird irgendwann stattfinden.

Für eine kritische Reflexion wichtig ist dabei, daß es sich um einen objektiven Systemwiderspruch handelt, daß es die objektive Schranke der realen Kapitalakkumulation ist, die das kommerzielle fiktive Kapital hervorgebracht hat. Man kann nicht die Gilde der Spekulanten subjektiv verantwortlich dafür machen, womöglich als Sündenböcke. Der marxistische »Produktivismus«, der manchmal in einen solchen Zungenschlag verfällt, zeigt hier seine eigene Fixiertheit auf eine fordistische Warenproduktion. Wenn das Ganze nicht als Systemwiderspruch hergeleitet wird, sondern als subjektive Bosheit und Gier der Spekulanten, dann ist übrigens auch der Antisemitismus nicht mehr weit, der die Krise auch

nur auf der Finanz- und Kreditebene sieht und irrational auf eine Weltverschwörung des angeblich »jüdischen« Finanzkapitals zurückführt. Es kommt also darauf an, die Krise als Krise der realen Kapitalakkumulation selbst zu erklären und die Kapitalismuskritik gegen die abstrakte Arbeit, gegen den Arbeitswahn des modernen »Produktivismus« selbst zu richten.

Das war jetzt der eine Sektor der Kreation von fiktivem Kapital, die kommerzielle Spekulation, welche diese scheinbare Unmöglichkeit zumindest zeitweilig möglich macht, daß das Kapital ohne Arbeit oder ohne einen entsprechenden Standard von Arbeitskraftvernutzung akkumulieren kann.

Der zweite Sektor ist der Staatskredit. Auch das hat Marx im dritten Band des »Kapitals« sehr ausführlich und klar gezeigt, nur konnte er sich natürlich nicht vorstellen, welche Dimension dies im 20. Jahrhundert annehmen würde. Der Staatskredit ist eigentlich eine Paradoxie vom marktwirtschaftlichen, kapitalistischen, realen »Standpunkt« aus. Denn die einzige reelle, systemisch gesehen reelle Einnahmequelle, die der Staat hat, sind die Steuern. Er muß also am Markt reell erzielte Gewinn- oder Arbeitseinkommen besteuern. Staatsaufgaben wie Infrastruktur, Sozialstaat oder auch Rüstung usw. haben aber längst eine Dimension erreicht, welche unmöglich nur mit den Steuereinnahmen gedeckt werden kann. Diese Entwicklung hat schon im Ersten Weltkrieg eingesetzt. Schon nach ein paar Kriegswochen merkte man, daß man mit den realen Einnahmen diesen erstmals industrialisierten Krieg überhaupt nicht führen kann. Dann kamen die großen Spendenkampagnen wie »Gold für Eisen«, bei der die Leute ihre Eheringe hergaben. Alle kriegführenden Länder merkten aber schnell, wie lächerlich sich das ausnahm – Peanuts, Tropfen auf den heißen Stein, so konnten sie den Krieg nicht durchhalten. Also ging man über zu massiven Staatskrediten in bis dahin ungekannten Größenordnungen. Das führte sogar dazu, daß sich der Staat Geld von seiner Notenbank drucken läßt oder

inzwischen per Elektronik überweisen läßt und auf seinen Konten Geld aufweist, hinter dem nichts mehr steht außer dem Ukas an die Nationalbank. Und schon steht die Hyperinflation vor der Tür, d.h. die Entwertung dieses Geldes.

Diese Hyperinflation, wie sie am Ende des Ersten Weltkrieges stand, ist inzwischen bereits Teil eines inflationären oder hyperinflationären Zyklus einer Vielzahl von Staaten der heutigen Welt. Das betrifft Lateinamerika, Afrika, in Asien vor allem die mittelasiatischen Republiken, Rußland und teilweise Osteuropa. Für die meisten Menschen ist heute die auf dem Geld beruhende Wirtschafts- und Lebensweise bereits am Ende, sie erfahren das täglich am hyperinflationären Zyklus.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges hat diese Entwicklung angefangen, hat sich über den Keynesianismus fortgesetzt und ist in den achtziger Jahren endgültig ausgeüfert. Es gibt zwar die monetaristische Gegenkampagne – es zeigt sich jedoch in Ländern wie Großbritannien und den USA, die versuchen, den Staatskredit wieder zurückzuführen, daß das nicht funktioniert. Man müßte nicht nur einen Großteil der Rüstungsindustrie, des Sozialstaats oder der Infrastruktur stilllegen, sondern noch viel mehr, denn vierzig bis fünfzig Prozent der Bevölkerung in allen modernen Staaten hängen direkt oder indirekt bereits von diesem Staatskredit ab. Und wenn der Staat seine Einnahmen nicht aus der hyperinflationären Kreation von Geld direkt durch Befehl an seine Notenbanken beziehen will, wie es in vielen Ländern als letzte Notmaßnahme schon üblich ist, kann er eben nur noch bei den Geldbesitzern, jenem Geld, das im Bankensystem konzentriert ist, Kredit aufnehmen. Der Staat ist dann plötzlich nicht mehr der forsche uniformierte Souverän, sondern ein ganz normaler Kreditnehmer, der sich an das Zinsgefüge halten und Zinsen zahlen muß.

Wofür ist der Kredit in einem kapitalistischen System da? Seine Aufgabe besteht vom kapitalistischen Standpunkt aus darin, brachliegende Gelder, Spargelder, Cash, alles was

momentan nicht als produktives Kapital verwendet werden kann, im Bankensystem zu konzentrieren und an fungierendes Kapital auszuleihen, um damit reale betriebswirtschaftliche, produktive Prozesse in Gang zu bringen. Darin liegt der Sinn des Kreditsystems im Modernisierungsprozeß.

Was aber macht der Staat, wenn er Kredit nimmt? Neutral formuliert, betreibt er vom Standpunkt des Systems aus Konsum, denn all seine Tätigkeiten sind vom marktwirtschaftlichen Standpunkt aus Konsum. Diese zinspflichtigen Gelder sind längst im Orkus des Staatskonsums verschwunden, werden aber so behandelt, als wären sie Teil eines fungierenden kapitalistischen Produktionsprozesses. Die Verzinsung der Staatskredite macht mittlerweile selbst in den entwickeltesten Ländern bereits zwischen zehn und zwanzig Prozent des Staatshaushalts aus, so kann das nicht in alle Ewigkeit weitergehen.

So weit Marx' dritter Band, in dem er diesen Vorgang als fiktives Kapital beschreibt. Ich rechne damit, daß die beiden Säulen des fiktiven Kapitals, inklusive des Staatskredits, früher oder später einstürzen werden.

Wenn ich das einem linken Publikum erzähle, sind die Leute meistens skeptisch. Ich habe inzwischen aber auch Gelegenheit gehabt, mit Bankern, Sparkassendirektoren und anderen Leuten zu sprechen, die sich da ein bißchen besser auskennen. Ihre Reaktion war: »Bloß nicht laut sagen.« Wenn das an die große Öffentlichkeit kommt, dann gibt es kein Halten mehr, dann bricht alles unkontrolliert zusammen. Bei sämtlichen Regierungen (vor allem der der USA, die mit dem Dollar immer noch eine Art »Weltgeld« kontrollieren) gibt es angeblich Blaupausen, wie man »kontrolliert« auf den irgendwann anstehenden Entwertungsschock reagieren will. Ein Banker, der sich wirklich gut auskennt, hat mir gesagt: Wenn das passiert, werden vom Sozialrentner bis zum Großspekulanten alle enteignet. Denn das, worauf unsere Reproduktion heute beruht, was sich bezeichnenderweise im Gleichklang mit Rationalisierung und

Globalisierung in den letzten fünfzehn Jahren systematisch aufgebaut hat, ist zu einem erheblichen Teil heiße Luft. Das muß man einfach sagen.

Dieses Krisenpanorama zielt auf etwas ab. Jetzt stellt sich nämlich die Frage: Wie soll man denn damit umgehen? Mit den alten Begriffen marxistischer Gesellschaftskritik kommt man offensichtlich nicht mehr weiter. Nicht nur, weil die nachholende Modernisierung gescheitert ist und das marxistische begriffliche Denken der letzten Jahrzehnte durch das Problem nachholender Modernisierung gefiltert und nicht durch eine Situation bestimmt wurde, in der dieser scheinbar endlose Modernisierungsprozeß an ein definitives Ende kommt. Zum ändern ist es so, daß gerade der Marxismus, das läßt sich bis zu Marx selber zurückführen, ganz stark im Paradigma der Arbeit verankert war, in einem Mythos des abstrakten »Produktivismus«. Der Begriff Arbeit wurde nur schemenhaft umrissen: einerseits überhistorisch als ontologische menschliche Grundtatsache, andererseits aber schon klammheimlich in der Form, die ihn als kapitalistisch ausweist, nämlich als eben dieser scheinbar kohärente Zusammenhang Arbeit-Geldeinkommen-Warenkonsum. Und wenn bei einer wirklichen Krise der Arbeitsgesellschaft dieser Vermittlungszusammenhang Arbeit-Geld-Konsum jetzt zerreißt, dann steht natürlich auch, und damit schließt sich jetzt der Kreis, die bisherige marxistische Gesellschaftskritik mit leeren Händen da. Denn die bisherigen Formen der Kritik, auch die bisherigen Vorstellungen der Emanzipation, die brechen sich insgesamt an dieser Schranke der Moderne. Und zurück in die Vormoderne können wir auch nicht. Es ist quasi eine paralytische Situation.

Ich denke, daß es möglich sein muß, ein Denken zu entwickeln, das eine Bewältigungskraft dieser Krise hervorbringt. Es muß möglich sein, sich Formen nicht nur vorzustellen, sondern auch praktisch zu entwickeln, welche an aktuelle Debatten anknüpfen wie Arbeitszeitverkürzung auch

ohne Lohnausgleich – so verläuft die Diskussion in Deutschland zumindest sehr stark. Das wirft natürlich sofort die Frage auf: Was machen wir dann mit der gewonnenen disponiblen Zeit, die nicht mehr in Arbeit und Geld im bisherigen Sinn aufgehen kann? Konsumierend in der bisherigen Weise, inklusive der destruktiven Seite dieser Massenkonsumtion des Kapitalismus, das geht nicht mehr, aber was dann? Kann man zum Beispiel jetzt in dieser neuen Situation, unter neuen, bisher nie dagewesenen Bedingungen, vielleicht doch zurückkommen auf Formen wie Genossenschaft, Kibbuz, auf altbekannte Formen wie selbstverwaltete, selbstversorgende gesellschaftliche Gruppierungen? Es gab schon sehr viele Ansätze – von der Alternativbewegung über verschiedene Formen von Selbstverwaltungsversuchen, von Selbstorganisation, von Selbsthilfegruppen, von Wohngemeinschaften, von Stadtteilgruppen, Bürgerinitiativen usw. Es gibt ja sehr viele Ansätze, nur waren alle bisher immer noch in irgendeiner Weise auf das Bezugssystem Arbeit-Geld-Ware bezogen, bis hin zum Einbezug von Staatsknete.

Soweit ich weiß, ist auch dieses Haus hier [das Kulturzentrum Rote Fabrik, Anm. d. Red.] von Staatsknete abhängig. Da spricht nichts dagegen, im Gegenteil, warum soll man die nicht nehmen. Ich meine nur, das stößt an Grenzen, wir sollten nicht mit Haut und Haar davon abhängig sein. Und zwar nicht nur an die Grenzen des subjektiven Bewußtseins oder der Politik irgendeiner Rechten, sondern an objektivierte Systemschranken. Also müßte man sich überlegen, was kann man, um das aufzufangen, selbstorganisiert machen, und neue Formen von Leben und Sichreproduzieren ausprobieren, ohne gleich ins Utopische oder in sektenhafte Positionen abzuriften. Wie kann man in diesem Kontext auch neue Forderungen, durchaus auch Kampflösungen, entwickeln, denn das geht natürlich nicht konfliktfrei ab. Das ist auch eine Frage von Ressourcen; es darf ja nicht um Armutsniveaus und Selbstausbeutung gehen. Wenn dieses marktwirtschaftliche System als Weltsystem gar nicht

mehr in der Lage ist, einen Großteil der Ressourcen überhaupt zu besetzen, wenn es mangels Rentabilität immer mehr Sektoren der Produktivkräfte stilllegen und die entsprechende Bevölkerung außer Kurs setzen muß, dann stellt sich doch ganz klar die Frage: Können diese Ressourcen in anderer Weise mobilisiert werden, oder müssen sie brach liegenbleiben? Das fängt mit Grund und Boden an, die Parolen für Landbesetzung, Hausbesetzung sind ja nicht unbekannt, sie haben schon in der Vergangenheit eine Rolle gespielt. Und wie gesagt, vielleicht könnten all diese Ansätze, diese Begriffe in diesem neuen, bisher nicht dagewesenen Kontext der absoluten Schranke des warenproduzierenden modernen Systems eine neue Bedeutung bekommen und nicht mehr so einfach von einem neuen Schub der Kapitalakkumulation aufgesaugt werden wie in der Vergangenheit. Und das ist etwas, das nicht mehr aus der Theorie heraus präjudiziert werden kann, das ist eine Frage an alle, die sich damit praktisch auseinandersetzen.

*(Mündliches Referat; schriftliche Überarbeitung: Kari-Anne Mey)*

Maria Mies

## **Die Krise als Chance:**

Zum Ausstieg aus der Akkumulationslogik

Der Titel meiner Veranstaltung suggeriert, daß ich zu denen gehöre, die auf den Zusammenbruch des derzeitigen Systems warten, damit sich dann aus dem Chaos etwas Neues entwickeln kann. Angesichts der Opfer, die diese Krise bereits gefordert hat, wäre eine solche Haltung jedoch zynisch. Andererseits können wir aber auch jetzt schon feststellen, daß das Umdenken gerade denen am schwersten fällt, die sich noch relativ gesichert wähnen in den Zentren der kapitalistischen Industriegesellschaft, und daß kreatives, neues Denken bei manchen von der Krise am stärksten Betroffenen zu finden ist. Diese sind nach meiner Beobachtung vor allem die Armen aus der »Dritten Welt«, vor allem die armen Frauen. Meine Formulierung, daß die Krise eine Chance sein kann, aus der Kapitallogik auszusteigen, macht sich an den Erfahrungen der Überlebenskämpfe solcher Gruppen fest. Da die Krise eine globale ist, finden solche Überlebenskämpfe inzwischen aber auch schon in den Zentren des reichen Nordens statt. Ich denke, daß es höchste Zeit ist, hier von den Beispielen aus den sogenannten Drittweltländern zu lernen.

### **Was ist das für eine Krise?**

Ehe ich mich den – hoffnungsvollen – Alternativen zuwende, ist es notwendig, über den Charakter der derzeitigen Krise nachzudenken. Worin besteht sie, welche Dimensionen unseres Lebens betrifft sie, wie weit reicht sie?

Zunächst ist festzustellen, daß es sich bei dem, was hier und heute Krise genannt wird, um eine ökonomische Krise handelt, allerdings nicht nur um eine jener zyklischen wirtschaftlichen Talfahrten, die nach der Lehre der neoklassischen Wirtschaftstheorie wieder durch einen Aufschwung abgelöst wird. So wie uns die Ökonomen – rechtzeitig vor der Bundestagswahl – versicherten, es ginge wieder aufwärts mit der Weltwirtschaft. Die Krise, von der hier die Rede ist, geht tiefer und reicht weiter.

Sie ist auch nicht erst jetzt hier aufgetaucht, sondern ist im Grunde genommen schon eine Dauerkrise, seit es den Kapitalismus gibt. Sie ist natürlich zunächst eine ökonomische Krise, die sich trotz wieder steigenden Bruttosozialprodukts im Zusammenbruch von Firmen manifestiert, in der wachsenden oder stagnierenden Erwerbslosigkeit, schrumpfenden Märkten für langlebige Wirtschaftsgüter und einer wahnsinnig gestiegenen Konkurrenz auf allen Märkten. Obwohl die Politiker und Ökonomen das Volk zu beruhigen versuchen, die Krise sei eine vorübergehende und werde durch Investitionen in »Zukunftstechnologien« wie die Biotechnologie überwunden, glauben die Menschen das nicht mehr. Es wird immer deutlicher, daß das Paradigma des unbegrenzten Wachstums nicht nur ökologisch eine Katastrophe ist, sondern auch ökonomisch nicht »nachhaltig« ist, weder im Süden noch im Norden.

Die Armut ist allzu sichtbar in die Zentren des reichen Nordens zurückgekehrt. In Deutschland beispielsweise ist die Zahl der Obdachlosen auf eine Million Menschen gestiegen. Im Winter 1992/93 sind in Deutschland 30 Menschen erfroren, und es gibt immer mehr Bettler. In London übernachten Menschen in Pappkartons. Die Zahl der Erwerbslosen ist in den letzten Jahren – besonders in Ostdeutschland – enorm angestiegen und stagniert mehr oder weniger trotz angeblichen Konjunkturanstiegs. Das neue Phänomen dieser Krise ist das Andauern des wirtschaftlichen Wachstums in den Industrieländern; gleichzeitig ist die Verschuldung

der »Dritten Welt« ins Unermeßliche gestiegen: 1992 wurde sie auf 134,3 Milliarden US-Dollar beziffert. In der Sub-Sahara war die Verschuldung viermal so hoch wie das Bruttosozialprodukt aller Drittweltländer zusammen.

Natürlich sind Frauen von Erwerbslosigkeit und dieser »neuen« Armut in den Industrieländern stärker betroffen als Männer, und ältere stärker als junge. Vor allem viele alleinlebende Mütter leben bereits unter der Armutsgrenze, d.h. sind Sozialhilfeempfängerinnen – und wir werden daran gewöhnt, daß dies »normal« sei. Die Prognosen für die Zukunft, wie sie beispielsweise das Prognos-Institut bis zum Jahr 2000 errechnet hat, sehen zwar ein Wirtschaftswachstum vor, aber auch die Fortdauer der Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung. Es entsteht das, was die Ökonomen »jobless growth« nennen. Doch selbst diese Erwartungen bezeichnen Hickel und Prieue noch als zu optimistisch, da sie von einer erfolgreichen Reindustrialisierung Ostdeutschlands ausgehen, die ihrer Meinung nach nicht stattfinden wird.<sup>1</sup> Sie erwarten vielmehr eine weitere Spaltung der Gesellschaft nach dem Muster der Zweidrittelgesellschaft mit etwa 6 Millionen Erwerbslosen.<sup>2</sup> Die Rückkehr der Armut in die Industrieländer hat noch drastischere Formen im reichsten Land der Welt angenommen, nämlich in den USA. Hier spricht man schon von einer »Drittweltisierung« des Landes.

Erstaunlicher als diese Tatsache ist jedoch, daß den »Verantwortlichen« in Wirtschaft und Politik auch keine anderen Strategien einfallen als die, die sie bisher – auch ohne Erfolg – der »Dritten Welt« vorgeschlagen haben. Da nämlich der Keynesianismus und die Vollbeschäftigung endgültig am Ende zu sein scheinen, soll die »informelle Ökonomie« ausgeweitet werden. Der deutsche Wirtschaftsminister Rexrodt hat vor einiger Zeit die Bildung eines Billiglohnssektors innerhalb Deutschlands vorgeschlagen, wo die Löhne niedriger, die Arbeitszeiten länger, der Arbeitsschutz geringer sei als das, was die Gewerkschaften für den

formellen Sektor durchgesetzt haben. Dies entspricht dem sogenannten Deregulierungsmodell, das wir seit langem schon in der »Dritten Welt« beobachten können. Wie dort empfiehlt der Minister, daß vor allem Frauen in diesem Billiglohnsektor arbeiten sollen. Denn gleichzeitig erfolgen die Kürzungen der staatlichen Ausgaben vor allem im Sozialbereich, in dem nicht nur viele Frauen tätig sind, sondern von dem sie auch abhängig sind: Gestrichen werden Gelder für Kindergärten, Frauenhäuser, Wohngeld u.a. Wie in den verschuldeten Ländern des Südens, die unter dem Regime der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds leiden, sind die Betroffenen dieser Strategie hauptsächlich ärmere Frauen.

Rexrodt schlägt nicht nur einen Billiglohnsektor in Deutschland vor, um so der Konkurrenz aus den Billiglohnländern des Südens – und jetzt des Ostens – und der Abwanderung des deutschen Kapitals in andere Billiglohnländer entgegenzuwirken, er progagiert nicht nur eine duale Ökonomie mit einem formellen und einem informellen Sektor, sondern er schlägt – wie in der »Dritten Welt« auch – den privaten Haushalt als Standort für die neuen Jobs vor, die vor allem im Dienstleistungsbereich angesiedelt werden sollen. Natürlich denkt er auch nicht an Männer als Arbeiter in diesem Bereich, sondern an Frauen, Hausfrauen. Der private Haushalt sei, so Rexrodt, »ein attraktiver Arbeitsplatz, besonders für Frauen mit kleinen Kindern, wo sie ihre Erfahrung voll nutzen können«.<sup>3</sup>

Dieses Statement zeigt, daß Politik und Wirtschaft heute in den reichen Ländern keine andere Strategie verfolgen als die, die wir (Veronika Bennhold-Thomsen, Claudia von Werlhof und ich) bereits 1982 in unserer Analyse der Kapitalakkumulation, vor allem in der »Dritten Welt«, die »Hausfrauisierung der Frauen« genannt haben.<sup>4</sup>

Frauen werden durch diese Strategie nicht nur aus dem formellen Sektor verdrängt, es wird auch sichergestellt, daß die notwendigen Sozialen Dienste für Kinder, Kranke, Alte

usw. den Wohlfahrtsstaat nicht zu viel kosten. Allerdings ist zu erwarten, daß mit dem Andauern der Krise in Zukunft auch mehr Männer hausfrauisiert werden.

Claudia von Werlhof schrieb schon Anfang der achtziger Jahre in ihrem Aufsatz »Der Proletarier ist tot, es lebe die Hausfrau«, daß »nicht die Verallgemeinerung der Hausarbeit der Traum aller Kapitalisten« sei. »Es gibt keine billigere, produktivere, fruchtbarere menschliche Arbeit, und man kann sie auch ohne Peitsche erzwingen. Die Umstrukturierung der Ökonomie wird ein Versuch sein, das weibliche Arbeitsvermögen auch den Männern anzuerziehen ... Denn der Lohnarbeiter macht zu wenig und kann zu wenig. Er kann nur tun, was bezahlt wird und was vertraglich vereinbart wurde. Er tut nichts darüber hinaus, und er hat keine Ahnung von Menschenproduktion. Er funktioniert als Roboter, als Anhängsel der Maschine, entemotionalisiert ... Er arbeitet zu kurz und ist zu schnell erschöpft. Er hat keinen Grund, innovativ zu werden, und kein Motiv für die Arbeit, er ist nicht rundherum, als ganze Person, als ganzer Mensch mobilisierbar. Das männliche Arbeitsvermögen ist viel zu unflexibel und »unfruchtbar«.<sup>5</sup>

Was uns auf der Grundlage der Nicht-Lohnarbeit der Hausfrau und damals der SubsistenzproduzentInnen der »Dritten Welt« klar wurde, trifft heute voll auch für die reichen Länder des Nordens zu: die Hausfrauisierung der Arbeit.

Die heutige Krise ist jedoch nicht nur eine ökonomische. Sie ist vielmehr verknüpft mit einer Reihe weiterer Krisen; oder anders ausgedrückt, die derzeitige Krise hat verschiedene, miteinander verbundene Dimensionen: neben der ökonomischen die ökologische, die soziale, die politische, die ethische und die psychologische Dimension. Nicht zuletzt sind wir mit einer enormen Krise des Denkens, einer Erosion des gesunden Menschenverstandes, einer Konfusion des Erkennens und mit einem Mangel an Orientierung und Perspektiven konfrontiert.

Die ökologische Krise wurde in den letzten Jahren in den Vordergrund gerückt, und es wurde genug über ihre Ursachen geschrieben. Inzwischen wird weltweit auch zugegeben, daß diese Krise durch das wachstums- und fortschrittsorientierte Industriesystem, verbunden mit Ressourcenverbrauch, der Ausbeutung der »Dritten Welt« und einem verschwenderischen Lebensstil im Norden, verursacht wird. Doch anstatt das Dogma des permanenten Wachstums abzuschaffen und den Konsumstil drastisch zu ändern, setzen Wirtschaft und Politik unter dem Schlagwort »sustainable growth« auf weiteres Wachstum, auf mehr »quantitatives« Wachstum im Süden und mehr »qualitatives« Wachstum im Norden. Das ist natürlich die Quadratur des Kreises innerhalb eines begrenzten Planeten. Auch der Club of Rome vertritt dieses Wachstumsmodell in seinen aktuellen Positionen. Der Begriff »sustainable growth« wurde zudem von den multinationalen Konzernen sofort vereinnahmt, um den Anschein einer Lösung der ökologischen Krise zu vermitteln. Der deutsche Multi Hoechst hat beispielsweise kürzlich in der »Frankfurter Rundschau« ein ganzseitiges Inserat publizieren lassen mit dem Titel: »Sustainable growth – damit unsere Kinder noch eine Zukunft haben.«

Dieser »grüne Kapitalismus«, der auf umweltfreundliche Technologie setzt, soll der Wirtschaft neues Wachstum und den Erwerbslosen neue Arbeitsplätze beschern. An den ausbeuterischen Verhältnissen zwischen Männern und Frauen, Klassen, reichen und armen Ländern soll nichts geändert werden: eine typische Strategie des weißen Mannes zur Lösung der Krise. Die ökonomische Krise verführt zudem dazu, die bescheidenen Anfänge einer ökologischen Umkehr vom traditionellen Wachstumsmodell wieder zu blockieren oder sogar rückgängig zu machen.

Die soziale und psychologische Dimension der Krise kann vor allem im Zusammenbruch des sozialen Friedens in den Metropolen der Industrieländer beobachtet werden. Dies wird meist mit Stichworten wie Zunahme der Krimina-

lität, der Gewalt, der Selbstmordraten, des Drogenkonsums u.a. belegt. Die sogenannte »civil society« ist heute der Ort einer enormen Brutalisierung des Alltagslebens, einer zunehmenden »Ramboisierung« der Männer, die vor allem Frauen und Mädchen betrifft, und einer Abstumpfung gegenüber grundlegenden menschlichen Werten und Empfindungen. Die zwei Jungen, die in Liverpool ein zweijähriges Kind töteten, ahmten nach, was sie in Gewalt- und Horrorvideos gesehen hatten. Die Unterhaltungselektronikindustrie hat in ihrer Konkurrenz um Märkte keine Bedenken, die Phantasie der Erwachsenen und Kinder zu vergiften und so ein Klima des Sozialdarwinismus zu schaffen, in welchem nur die Brutalsten überleben. Die Philosophie von Hobbes, Darwin und Adam Smith wird am Ende dieses Jahrhunderts nicht nur »draußen« in den Kolonien, sondern mitten in der »Zivilgesellschaft« praktiziert. Werte wie Solidarität, Achtung, Verantwortung, Mitgefühl oder Sorge um andere verschwinden aus dem Alltagsleben. Übrig bleibt der Kampf aller gegen alle – die Hobbessche Grundannahme.

Dieser Kampf muß nun zunehmend von atomisierten Einzelnen geführt werden, denn die bisher noch funktionierenden Gemeinschaften – Familie, Nachbarschaft, Verwandtschaft, Gemeinde – sind zum großen Teil zerfallen. Das heißt, dem harten Konkurrenzkampf im Arbeitsleben steht nicht einmal mehr ein mehr oder weniger intaktes Rückzugsgebiet zur psychischen Reproduktion der Menschen zur Verfügung, wie es z.B. die traditionelle Familie mit der Hausfrau für die Reproduktion der männlichen Arbeitskraft darstellte.

Die politische Dimension der Krise ist engstens verknüpft mit der ökonomischen und ökologischen. Sie ist vielfältig und vielschichtig. Besonders in den Industrieländern wird mehr und mehr deutlich, daß das »Volk«, die Wählerschaft, immer weniger Macht hat, das politische Geschehen mitzugestalten. Nicht nur wegen einer immer undurchschaubareren Bürokratie, sondern auch wegen der neuen

ökonomisch-politischen Blockbildungen wie EU, NAFTA, APEC, welche die nationalen Demokratien quasi außer Kraft setzen. Hinzu kommen die neue mafiaartige Politik und die Korruption in den Parteiendemokratien, wie es vor allem in Italien der Fall ist. Die Machtspiele derer »da oben« werden für viele immer undurchschaubarer, und sie wenden sich angeekelt gänzlich von der Politik ab mit der Haltung: »Da kann man sowieso nichts ändern.«

Diese Ohnmachtsgefühle werden noch deutlicher im Zusammenhang mit den sogenannten neuen Zukunftstechnologien wie z.B. der Gentechnologie.

### Die Krise und die Globalisierung der Wirtschaft

Wenn von der Krise die Rede ist, dann denken die Leute meist nur an eine temporär begrenzte ökonomische Flaute in den Industrieländern des Nordens. Es ist nicht in ihrem Bewußtsein, daß die kapitalistische Wirtschaft seit ihren Anfängen dauernd irgendwelche Gebiete der Welt in solche Krisen stürzte, daß die Krise und die damit verbundenen Prozesse der Verarmung den »Untergrund« des kapitalistischen Akkumulationsmodells darstellen.

Unser System benötigt dauernd Kolonien, um zu funktionieren: die fremden Völker, die Frauen und die Natur – das, was nicht offiziell zur Wirtschaft zählt, bildet den »Untergrund« des gesellschaftlichen Systems, in dem Gewalt und nicht ein Vertragsverhältnis herrscht.

Die Krisen sind lediglich exportiert und externalisiert worden, und zwar in die Kolonien. Diese gehören genauso zum Kapitalismus wie die Lohnarbeit in den reichen Zentren, in denen akkumuliert wird. Das bedeutet auch, daß dieses Wirtschaftssystem, das heute beschönigend Marktwirtschaft genannt wird, immer schon ein Weltsystem war und ist.<sup>6</sup> Ohne die Ausbeutung der Kolonien wäre der Kapitalismus nicht entstanden und hätte sich nicht erhalten. Daran hat auch die sogenannte Entkolonisierung, die Erreichung der politischen Unabhängigkeit der meisten Länder

des Südens, nichts geändert. Unsere These ist, daß dieses Wirtschaftssystem nicht ohne fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation existieren könnte, d.h. praktisch nicht ohne Kolonien, interne und externe, wo nicht vor allem die freie Lohnarbeit ausgebeutet wird, sondern die Nicht-Lohnarbeit, und wo nicht nur Vertrags- sondern auch Gewaltverhältnisse den Mehrwert erpressen, abgesehen von den billigen Rohstoffen, die diesen Ländern häufig geraubt werden. Diese Gebiete befinden sich also schon seit langem in einem Zustand der Krise.

Dennoch: Wenn wir jetzt von der Krise im Zusammenhang mit der Globalisierung der Wirtschaft reden, dann ist damit eine weitere Phase in diesem historischen Prozeß der Kapitalakkumulation gemeint, nämlich die Verlagerung ganzer arbeitsintensiver Produktionsbereiche wie z.B. die Herstellung von Textilien und Kleidung, Elektronik, Spielwaren, Schuhe u.a. in Billiglohnländer des Südens, vor allem nach Südostasien und nach Mexiko. Dort wurden sogenannte freie Produktionszonen oder Weltmarktfabriken errichtet, in welchen meist junge, unverheiratete Frauen oft unter Zwangsverhältnissen Waren für den Weltmarkt herstellen. Diese Phase begann Anfang der siebziger Jahre und wurde auch als Neue Internationale Arbeitsteilung (NIAT) bezeichnet.<sup>7</sup>

Diese NIAT war eine Strategie der Multinationalen Konzerne (MNKs) zur Senkung der Lohnkosten und der Bekämpfung der Krise in der Wirtschaft, die teils durch den Ölschock, teils durch hohe Lohnforderungen der Gewerkschaften verursacht wurde.

Die Lösung war eine Restrukturierung der Weltwirtschaft durch die Schaffung von exportorientierten Industrieklaven in den Billiglohnländern, in denen westliche und japanische Firmen produzieren und die Löhne um ein Vielfaches niedriger waren als in den Industrieländern. Das Kapital entdeckte die Frauen in Südkorea, auf den Philippinen, in Mexiko, Tunesien – später in Sri Lanka, Bangladesh, Indi-

en und Malaysia als optimale Arbeitskräfte. Vor allem junge, unverheiratete Frauen wurden rekrutiert. Bis zu 80 Prozent der Arbeitskräfte in diesen Weltmarktfabriken waren und sind Frauen. Sie brachten alle Hausfrauenfähigkeiten mit, die für die Textil- und Elektronikindustrie gebraucht wurden, waren »docile« (gefügig), hatten »nimble fingers« (geschickte Finger)<sup>8</sup> und konnten gefeuert werden, wenn sie heirateten. Sie sahen als Hausfrauen ihre Lohnarbeit nur als eine temporäre an. Außerdem verlangen die MNKS von den Regierungen dieser Länder bestimmte Konzessionen wie die Lockerung von Arbeitsgesetzen, in vielen Fällen das Verbot von Gewerkschaften, Steuererlaß bis zu 15 Jahren, eine Lockerung der Umweltauflagen, kostenlose Lieferung der nötigen Infrastruktur, Verbot von Streiks usw.

Das war das Erfolgsrezept solcher Länder wie beispielsweise Südkorea. Heute hat sich dieses Produktionsmodell auf den ganzen Raum der eingangs aufgeführten Billiglohnländer ausgedehnt.

Die Konzerne waren vor allem an einer Senkung ihrer Lohnkosten interessiert. 1987 waren die durchschnittlichen Lohnkosten pro Stunde im herstellenden Gewerbe in verschiedenen Ländern wie folgt:<sup>9</sup>

• Mexiko	\$ 0,97
• Brasilien	\$ 1,10
• Südkorea	\$ 1,43
• Japan	\$ 9,92
• Schweden	\$ 10,57
• USA	\$ 10,82
• Deutschland	\$ 13,16

Die deutschen Arbeiter waren bisher die teuersten der Welt. Das hat sich auch bis heute nicht geändert. Nach einer Studie von Woodall waren 1994 die durchschnittlichen Lohnkosten pro Stunde in:<sup>10</sup>

• Deutschland	\$ 25,00
• USA	\$ 16,00

• Polen	\$ 1,40
• Mexiko	\$ 2,40
• Indien	\$ 0,50
• China	\$ 0,50
• Indonesien	\$ 0,50

Kein Wunder, daß Minister Rexrodt einen Billiglohnssektor nach dem Muster der »Dritten Welt« in Deutschland errichten will.

Die Integration der Drittweltländer in den Weltmarkt beschränkte sich jedoch in dieser Phase der Restrukturierung nicht nur auf die Industrie, sondern erfaßte auch die Landwirtschaft. Es war die Hochkonjunktur der »Grünen Revolution«, die vor allem durch die Chemie-, Saatgut- und Lebensmittelmultis gefördert wurde.

Millionen von Menschen wurden von ihrem Land vertrieben, der Boden ausgelaugt und versalzen, die Wasservorräte aufgebraucht und die Artenvielfalt vernichtet. Viele Kleinbauern verloren ihre Existenzgrundlage und fanden auch keine Arbeit in den Städten. Die »Grüne Revolution«, die mit der Versprechung propagiert wurde, den Hunger zu beseitigen, entpuppte sich als permanente Krise, als Gewalt gegen die Natur und die Menschen.<sup>11</sup>

Den verarmten und verelendeten Menschen, die in die Städte flohen, blieb nichts als die Arbeit im informellen Sektor, in dem wiederum vor allem Frauen, in Heimarbeit oder sogenannten Sweatshops, für einen Hungerlohn Waren für den internationalen Markt herstellten: Handarbeiten, Krimskrams, Lebensmittelkonserven, Kleidung. Viele Frauen waren gezwungen, sich zu prostituieren, um zu überleben.<sup>12</sup>

Für die meisten Länder der »Dritten Welt«, die sich auf die Strategie der exportorientierten und kreditgesteuerten Industrialisierung/Modernisierung eingelassen hatten, endete dies mit einer Dauerkrise, mit Verschuldung und dem Diktat des Internationalen Währungsfonds (IWF) und seinen Strukturanpassungsprogrammen.

### Globalisierung ohne »menschliches Gesicht«

Die heutige Phase der globalen Umstrukturierung begann mit der Rezession um 1990. Sie ist einerseits gekennzeichnet durch die Fortsetzung und Expansion der schon vorher praktizierten Politik der exportorientierten Produktion in Industrie, Landwirtschaft und informellem Sektor, andererseits gibt es aber auch quantitative und qualitative Unterschiede zu den vorangegangenen Restrukturierungsphasen. Die Verlagerung der Produktionsstätten in Billiglohnländer bezieht sich heute nicht nur auf die »Dritte Welt«, sondern auch auf die deindustrialisierten Länder des Ostens und auf China. Während die erste Phase der Verlagerung sich vor allem in den arbeitsintensiven Bereichen der Leichtindustrie vollzog, wird heute auch die Schwerindustrie in den Bereichen Kohle-, Stahl-, Autoindustrie und Schiffsbau ausgelagert.

Heute sind vor allem Männer in Europa und in den USA von Firmenschließungen betroffen. Es sind außerdem nicht nur die hohen Lohnkosten, die die MNKs in die Billiglohnländer treiben, sondern vor allem auch deren laxe Umweltgesetze. Darum sprechen die Gewerkschaften in den nördlichen Industrieländern von einem »social and environmental dumping«. Wie schon in der ersten Phase wird der heutige Prozeß der Umstrukturierung der Weltwirtschaft zu immer mehr exportorientierter Warenproduktion, auch im sogenannten Süden und Osten, von den großen MNKs vorangetrieben. Immer mehr Kapital konzentriert sich in ihren Händen. Die 15 großen MNKs, einschließlich General Motors, Exxon, IBM, Royal Dutch Shell, haben ein Bruttoeinkommen, das größer ist als das BSP von über 120 Ländern zusammen, einschließlich aller Drittweltländer.<sup>13</sup> Die MNKs kontrollieren den Weltmarkt für Konsumgüter wie Computer, Autos, Haushaltgeräte, Textilien usw., aber auch denjenigen für Nahrungsmittel. Cargill, einer der größten MNKs, besitzt 60 Prozent des Welthandels von Getreide. Eine ähnliche Kapitalkonzentration gibt es auch im Bereich

der Telekommunikation. Die Hälfte der MNKs befindet sich in den USA, die andere Hälfte in Europa und Japan. Die »Dritte Welt« ist von dieser Konzentration von Geld und Macht ausgeschlossen und wird von diesem Machtblock ausgebeutet.

Diese neokoloniale Struktur der globalen Ökonomie wird ideologisch und politisch von einigen globalen Institutionen wie der Weltbank, dem IWF und seit 1993 vom General Agreement on Trade and Tariffs (GATT) – heute der WTO (World Trade Organisation) – aufrechterhalten. Die jetzige Phase der Umstrukturierung der Weltwirtschaft wird vor allem von diesen Institutionen bestimmt. Darüber hinaus sind es die großen neuen Wirtschaftsblöcke wie EU, NAFTA und APEC, die die günstigen Rahmenbedingungen für die MNKs herstellen. Diese Blöcke werden mit dem Schlagwort der Beseitigung der Arbeitslosigkeit propagiert, und viele Menschen fallen auf diese Propaganda herein, wie z.B. Schweden und Österreich.

Vor allem das GATT ist erfunden worden, um die Freihandelsphilosophie des 19. Jahrhunderts noch einmal aufleben zu lassen. Das heißt zunächst, daß alle Handelsschranken, die die Staaten errichtet hatten (Zölle, Einfuhrbeschränkungen etc.), um bestimmte Sektoren ihrer Wirtschaft zu schützen, beseitigt werden, daß sie ihre Märkte für den Import der Güter aus der ganzen Welt öffnen müssen und daß die Multis überall ihre Standorte einnehmen können. Während sie sich in der ersten Phase noch auf Enklaven beschränken mußten, gehört ihnen praktisch nun die ganze Welt. Der letzte Überrest von nationaler Souveränität der einzelnen Staaten ist ans Ende gekommen.

Die Freihandelspolitik geht davon aus, daß

1. der Handel die Grundlage des Lebens ist,
2. alle Handelspartner gleich sind,
3. durch das Prinzip der sog. »comparative advantages« alle am meisten von diesem »freien« Handel profitieren würden.

In der Praxis werden jedoch die schwächeren Partner, z.B. die Länder der »Dritten Welt«, gezwungen, Bestimmungen zu akzeptieren, die nicht nur ihre Souveränität erodieren, sondern auch ihre Landwirtschaft den Multis öffnen und ihre Politik der Selbstversorgung, vor allem im Nahrungsmittelsektor, aufzugeben und zuzulassen, daß toxischer Industrieabfall aus dem Norden in ihrem Territorium »entsorgt« wird und daß »schmutzige« Industrien aus dem Norden in ihre Länder verlagert werden. Außerdem müssen sie zulassen, daß Banken und Versicherungen des Nordens sich in ihrem Territorium breitmachen. Am gefährlichsten am Paket des Freihandels sind jedoch die »Trade Related Intellectual Property Rights« (TRIPs), die ausländischen Firmen und Wissenschaftlern erlauben, die biologische Vielfalt und das kulturelle Erbe der Länder der »Dritten Welt« zu patentieren, zu monopolisieren und zu kommerzialisieren.

Das GATT und die TRIPs sind natürlich auch tödlich für die Kleinbauern und die KonsumentInnen im Norden, aber hier scheinen sich die Menschen dieser Gefahren, die die Liberalisierung vor allem des Agrarmarktes bedeutet, kaum bewußt zu sein. Wen kümmert z.B. schon das Bauernsterben, daß schließlich nur noch drei Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiten und unsere Nahrung von den Multis gentechnisch zusammengebraut wird. Das ist jedoch anders in der »Dritten Welt«, wo GATT, TRIPs und SAPs (Structural Adjustment Programms) die unmittelbaren Lebensgrundlagen der Menschen zerstören. Vandana Shiva hat die Konsequenzen von GATT und TRIPs für die indische Landwirtschaft, vor allem im Zusammenhang mit der Biotechnik, aufgezeigt. Chemie- und Nahrungsmittelmultis wie Cargill, Monsanto, W. R. Grace u.a. sind in großem Stil in die Biotechnologie eingestiegen und versuchen mit Hilfe von TRIPs und dem Patentrecht die Kontrolle über alle Lebensformen, Pflanzen, Tiere und schließlich die Menschen und ihre Gene zu erreichen, besonders im tropischen Süden, wo die Artenvielfalt noch nicht so zer-

stört ist wie im entwickelten Norden. Das heißt, daß z.B. die Bauern in Indien ihres traditionellen Wissens über die Pflanzenzucht durch die Patentinhaber beraubt und von multinationalen Saatgutfirmen abhängig gemacht werden. Jeder Bauer, der so patentiertes Saatgut benutzt und weiterverwendet, muß dann Lizenzgebühren an die Patentinhaber zahlen. Was also für Tausende von Jahren kollektives kulturelles Eigentum des Volkes war, vor allem von Frauen, nämlich das Wissen um die Regenerierung und Züchtung von Pflanzen, wird nun wie zur Zeit des Frühkolonialismus geraubt, patentiert, privatisiert, kommerzialisiert. Die Multis drängen darauf, daß alle Patentgesetze »harmonisiert«, d.h. dem amerikanischen Patentrecht angeglichen werden.<sup>14</sup>

Auch im Norden hat die Biotechnologie, die von den Politikern und vor allem von den Chemiemultis (wie Hoechst) als die Zukunftstechnologie progagiert wird – z.B. als Arbeitsplatzbeschaffer –, verheerende Konsequenzen, die allerdings erst von wenigen wahrgenommen werden. In Kombination mit der EU, wo jetzt eine »Novel Food«-Bestimmung verhandelt wird, wird jetzt zentral von der Brüsseler EU-Kommission die Tür geöffnet für alle möglichen biotechnisch oder gentechnisch manipulierten Nahrungsmittel. Da die meisten Menschen in den Industrieländern bereits total vom Kauf der Waren aus dem Supermarkt abhängen, werden sie praktisch zu ZwangskonsumentInnen von Gen-Tech-Food gemacht. Sie verlieren die Freiheit zu wählen, was sie essen wollen.

Was für den Nahrungsmittel- und Gesundheitssektor gilt, trifft im selben Maß für den Bereich der Reproduktion zu. Die neuen Reproduktionstechnologien – propagiert als Hilfsmittel für einzelne Frauen, ein Kind zu bekommen oder nicht zu bekommen und durch pränatale Diagnostik, Gentherapie an Föten, Sex-Selektion auch ein behindertes Kind zu verhindern.

Diese Technologien eröffnen nicht nur Tür und Tor für rassistische, eugenische, sexistische Selektion, sondern ver-

hindern auch das Verhalten aller Frauen zu etwas Normalem wie Schwangerschaft und Geburt. Alle diese Lebensprozesse werden medikalisiert und damit industrialisiert<sup>15</sup>. Darüber hinaus werden Frauen weltweit zunehmend nur noch als Produzentinnen von biologischem Rohmaterial instrumentalisiert, z.B. von »fötalem Material« für Forschungszwecke und Organtransplantationen.<sup>16</sup>

Dem Zugriff der Multis auf die ganze Welt zum Zweck der Kapitalakkumulation steht der Zugriff auf alles Lebendige gegenüber. Beides entspricht dem totalitären Anspruch dieser kapitalistischen Wirtschaftsweise, die alles, was da ist, in Ware verwandeln will.

Eines der größten Probleme dieser Wirtschaftsweise ist das Dilemma, daß diejenigen, die entsprechend dem Gesetz der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation ausgebeutet, hausfrauisiert, marginalisiert und pauperisiert werden, eben keine potenten KäuferInnen für all diese Waren sind, die global produziert werden. Die Märkte in den reichen Ländern expandieren nicht so sehr, wenigstens nicht mehr für die konventionellen Waren. Der IWF hat für diese ausgelagerten, verschuldeten Gebiete das Disziplinierungsprogramm der Structural Adjustment Programmes (SAPs) geschaffen. Diese SAPs sollen die verschuldeten Länder wieder unter das Regime des »freien Marktes« bringen, und zwar durch den Abbau aller Maßnahmen, die noch an Verteilungsgerechtigkeit und Keynesianismus erinnern. Alle staatlichen Subventionen für die Bauern, Frauen, für Gesundheit, Bildung, Soziales, Nahrung für Arme werden gestrichen. Herrschen soll der Sozialdarwinismus, »the survival of the most brutal«. Während der zweiten Periode der Globalisierung konnten die Armen sich noch an der Illusion wärmen, daß ihr Staat sich in Richtung Schwedens, Deutschlands oder anderer Wohlfahrtsstaaten entwickeln würde. Diese Illusion ist nach den SAPs, kombiniert mit GATT, TRIPs und den neuen Wirtschaftsblöcken endgültig vorbei. Eines der Probleme der Umstrukturierung der

Weltwirtschaft ist die Tatsache, daß diejenigen, die für niedrige Löhne in den Billiglohnländern produzieren sollen, nicht gleichzeitig die Käuferschaft für diese Produkte sein können. Vor allem Frauen sind von dieser Entwicklung betroffen. Wenn sie überleben wollen, müssen sie neue/alte Wege der Subsistenz finden. Für das Kapital sind sie überflüssig, sowohl als ProduzentInnen wie als KonsumentInnen. Das ist der Grund dafür, daß sie zur Zielscheibe für die Bevölkerungskontrolleure geworden sind. Das ist z.B. in großem Ausmaß in Afrika der Fall; von diesem Kontinent ist kaum noch die Rede.

Die Kairoer Bevölkerungskonferenz im September 1994 hat die notwendige ideologische Akzeptanz geschaffen, diese Armen, speziell die Frauen, als Hauptschuldige für Armut und Umweltzerstörung hinzustellen. Die »überflüssigen Menschen« sollen zum Verschwinden gebracht und dezimiert werden.

Die jetzige Globalisierung führt aber nicht nur zur bedenkenlosen Eliminierung derer, die für den Markt uninteressant geworden sind, und trotz der Rhetorik über »eine Welt« oder »one global village« zu einer weiteren Polarisierung zwischen reichen und armen Ländern, sondern auch zu einer größeren Kluft zwischen Reich und Arm innerhalb dieser Länder, sowohl im Norden wie auch im Süden. Der Lebensstil der Eliten im Süden hat sich mehr und mehr dem der Eliten im Norden angeglichen.<sup>17</sup> Diese stellen zusammen genommen einen riesigen Markt für Konsumgüter dar. In der Tat: Die Ökonomen erwarten von diesen Eliten oder Mittelklassen in Südkorea, Thailand, Indonesien und vor allem in China und Indien die notwendigen Wachstumsimpulse für eine weitere Runde der Kapitalakkumulation. Sie sollen, wie Pam Woods im »Economist« schreibt, »die reiche Welt aus der Rezession der frühen neunziger Jahre ziehen«. Nach einer Schätzung der OECD wird es in Indien, China und Indonesien im Jahre 2010 700 Millionen KonsumentInnen für moderne Konsumgüter geben. Dieser

»nachholende Konsum« wird allerdings nicht für die Mehrheit der Bevölkerung dieser Länder gelten. Diese wird weiter verarmen und lediglich im informellen Sektor als »hausfrauisierte« ArbeiterInnen und BäuerInnen dafür sorgen, daß die Waren für den täglichen Bedarf wie Nahrung und Kleidung nicht zu teuer werden.

Diese Polarisierung zwischen Reich und Arm wird aber auch im Norden zunehmen. Nicht nur, weil die Verlagerung ganzer Industriebereiche in die Billiglohnländer die Arbeitslosigkeit weiter steigern und die Reallöhne senken wird, sondern auch, weil, wie anfangs ausgeführt wurde, die Strategien der Krisenbekämpfung dieselben sind wie die in der »Dritten Welt«, nämlich Deregulierung, Hausfrauisierung, Informalisierung von Arbeitsverhältnissen, die Schaffung von Billiglohnsektoren à la Rexrodt inmitten der reichen Länder, in welchen hauptsächlich Frauen arbeiten, ein gradueller Abbau des Sozialstaates, die Eliminierung der Bauern und die Industrialisierung der Landwirtschaft und des Lebens.

Die »Dritteltisierung« der »Ersten Welt« zeigt, daß die Globalisierung der Wirtschaft die Krise für das Kapital zeitweilig zu lösen scheint, aber daß sie keineswegs Wohlstand für alle bringt. Denn die fortgesetzte Kapitalakkumulation ist nur möglich, solange es externe und interne Kolonien gibt, Gebiete und Menschen, die als Nichtgleiche behandelt und ausgeraubt werden können. Pam Woodall hat dies unmißverständlich ausgedrückt, daß der komparative Kostenvorteil der armen Länder eben ihre billigen Arbeitskräfte und ihre laxen Umweltgesetzgebung sind und daß die Wirtschaft kein Interesse an Gleichheit hat:

»Die Vorteile des internationalen Handels bestehen darin, daß man den Ländern (des Südens, M.M.) erlaubt, ihre komparativen Kostenvorteile auszubeuten, nicht aber darin, daß man verlangt, daß sie (den reichen Ländern, M.M.) gleich werden. Und vieles der komparativen Vorteile der Dritten Welt liegt, in der einen oder anderen Weise, in der

Tatsache ihrer Armut: vor allem in ihrer billigen Arbeitskraft und ihrer größeren Toleranz gegenüber Umweltverschmutzung.«<sup>18</sup>

### Was bedeutet diese Analyse für die von der Krise Betroffenen?

1. Das Ende der Illusion der Vollbeschäftigung im Norden – im Süden gab es sie sowieso nie.

2. Den Abbau des Sozialstaates im Norden. Im Süden wurde er nie geschaffen.

3. Der »Traum« von der Entwicklung für alle in der »Dritten Welt« ist zu Ende.

4. Der »freie Lohnarbeiter«, die »freie Lohnarbeiterin« werden zu einer Randerscheinung, die weltweit in Konkurrenz zu den nichtfreien NichtlohnarbeiterInnen stehen (These Claudia von Werlhof).

5. Das bedeutet auch das Ende einer an bloßem Selbstinteresse festgemachten internationalen Solidarität des Proletariats. Die ArbeiterInnen des Nordens stehen faktisch in einem antagonistischen Verhältnis zu den ArbeiterInnen des Südens – auch des »Südens« in ihrem eigenen Land.

6. Die Hoffnung auf »nachholende Entwicklung« erweist sich für die Mehrzahl der Menschen im Süden als Illusion. Gleichheit für alle ist im Rahmen des kapitalistischen Patriarchats nicht möglich.

7. Ökologisch gesehen wäre eine »Gleichheit« der Konsummuster von Nord und Süd außerdem eine Katastrophe. Das Industriemodell ist nicht verallgemeinerbar für alle.

8. Die weitere kapitalistische Industrialisierung ist auch nicht wünschenswert für den Norden (siehe die verschiedenen Dimensionen der Krise). Dieses Modell zerstört nicht nur die Grundlagen des Lebens auf diesem Planeten, sondern auch die Grundlage der Demokratie und ihrer Werte: Selbstbestimmung, Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Das betrifft auch die sogenannten Gewinner dieses Systems.

9. Es geht ums Überleben. Das Kapital kann kein Leben

schaffen, es kann nur Leben in Geld und Kapital verwandeln. Es ist heute notwendigerweise totalitär. Die von der Krise am meisten Betroffenen müssen ihr Überleben selbst organisieren, es gibt für sie kein »soziales Netz« (mehr). Dabei sind sie quasi gezwungen, sich wieder auf die eigentlichen Grundlagen des Lebens zu beziehen: auf die unmittelbare Subsistenzproduktion.

### Warum sind diese Erkenntnisse »Chancen«?

1. Sie zerstören Illusionen und falsche Analysen über das, was Kapitalismus oder Marktwirtschaft genannt wird, einschließlich des Glaubens an die »Produktivitätsfortschritte«, die angeblich alle Probleme lösen sollen.

2. Sie führen zurück zu der Erkenntnis, daß wir die Definition des »guten Lebens« nicht den Multis, dem Kapital und der Warenproduktion überlassen dürfen, daß das »gute Leben« vielmehr in der Interaktion miteinander und mit der Natur besteht. Kein Glück, keine Freiheit wird durch die Überwindung des »Reiches der Notwendigkeit« erreicht, wie die Aufklärer und auch Marx glaubten, sondern nur innerhalb dieses Reiches. Das nennen wir die Subsistenzperspektive.

3. Diese Perspektive, die die Akkumulationslogik überschreitet, wurde zuerst von denen entdeckt und praktiziert, die bisher immer nur die Kosten für das Fortschritts- und Akkumulationsmodell tragen mußten, vor allem Frauen und anderen Menschen in der »Dritten Welt«. Sie wissen, daß sie nie zur Gewinnerseite gehören werden, und sie wollen das auch nicht. Sie wollen die Kontrolle über ihre Subsistenzbasis behalten.

4. Auch in den reichen Ländern wächst die Erkenntnis, daß der real existierende Kapitalismus nicht die beste aller Welten ist, nicht nur, weil die Herrschenden nicht mehr weiterwissen, sondern weil sich die Lebensqualität von Tag zu Tag verschlechtert. Innerhalb der Warenfülle des globalen Supermarkts leiden wir Mangel am Lebensnotwendigen.

»Das kann doch nicht alles gewesen sein – das bißchen Auto und Führerschein, da muß doch noch Leben ins Leben« (Biermann).

5. Die Erfahrung und die Erkenntnis des gigantischen Betrugs und der Beraubung (der Natur, der Menschen, des Lebens, der Zukunft), die mit der Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft einhergehen, ist eine Chance, wieder lokale und regionale Wirtschaftsräume und -strukturen aufzubauen. Denn nur innerhalb solcher »Wirtschaften von unten« kann sichergestellt werden, daß die Natur nicht vernutzt, die Versorgung von allen mit dem Lebensnotwendigen gewährleistet, die Menschen nicht ausgebeutet und der Militarismus eingedämmt wird. Erst innerhalb solcher überschaubarer Öko-Regionen ist auch Gleichheit wieder möglich, allerdings nicht auf dem Niveau des Luxus- und Verschwendungskonsums, sondern auf dem der wirklichen Grundbedürfnisbefriedigung. Innerhalb solcher begrenzter Lokal- und Regionalökonomien werden die Menschen nicht nur sorgfältig und respektvoll mit der Natur, sondern auch miteinander umgehen müssen, wenn sie überleben wollen.

6. Das heißt auch, daß diese Situation die Chance in sich birgt, daß die uralten Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse – die zwischen Männern und Frauen, zwischen Stadt und Land, zwischen den Klassen, zwischen Kopf- und Handarbeit – aufgehoben werden, zumindest, daß um ihre Aufhebung gerungen werden muß.

Keine solche »Wirtschaft von unten« kann sich auf Dauer patriarchale, feudale oder kapitalistische Verhältnisse erlauben, denn – und das ist neu – inzwischen ist das Bewußtsein über diese Ausbeutungsformen ein anderes als vor dem Kapitalismus.

Allerdings sind dies nur CHANCEN. Ob sie genutzt werden, wird von uns allen abhängen, die diese Epoche durchleben. Es gibt keine Garantie, daß sie genutzt werden, denn es gibt keinen Automatismus der Geschichte, der die Dinge notwendigerweise in eine bestimmte Richtung bewegt. Wir

selbst bewegen uns und damit die Dinge, oder wir bewegen uns nicht. Alles ist offen.

### ... und sie hat schon angefangen

nämlich die Besinnung auf die Subsistenzperspektive und die Selbstorganisation. Die folgenden Beispiele sollen zeigen, daß die Kritik am globalen Supermarkt und die Suche nach Alternativen keineswegs nur eine Sache von linken und/oder feministischen AkademikerInnen ist, sondern von verschiedenen Gruppen, Initiativen, Massenbewegungen geteilt wird.

#### 1. Die Frauen von Rio<sup>19</sup>

1992 organisierten Frauen in Rio einen Workshop im Zusammenhang der UNCED, auf dem sie das kapitalistisch-patriarchale Weltwirtschaftssystem und sein Entwicklungsmodell zurückwiesen. Die Früchte dieser Entwicklung seien Armut, Hunger, Entwicklungsflüchtlinge, Gewalt, Müllberge, zerstörte Natur. Sie forderten: »Ein Basta dem Wirtschaftsmodell!«

Statt weiterer »Entwicklung« verlangten sie eine echte Landreform, ein Durchbrechen der Isolation von verschiedenen Frauen zum Beispiel in der Stadt und auf dem Land und den Aufbau direkter Tauschbeziehungen zwischen verschiedenen ProduzentInnen statt der Produktion für einen anonymen Weltmarkt. Sie stellten fest, daß sie das meiste, was sie brauchten, bereits selbst herstellten. Warum diese Dinge exportieren?

»Es lebe die Fülle« war einer ihrer Slogans, und sie schlugen vor, daß die Gewerkschaften dabei mitmachten, Verbindungen zwischen den Kleinbäuerinnen, Gummizapferinnen, Fischerinnen, Kokosnuß-Sammlerinnen, Kleinproduzentinnen in den Städten – die alle auf diesem Workshop zusammen waren – herzustellen und so eine wirkliche »sustainable economy« zu schaffen.

#### 2. Die Neem-Kampagne und der Saatgut-Krieg in Indien

In Südindien entstand 1992 eine breite Bauernopposition, die etwa eine Million Menschen umfaßt, die gegen die Freihandelspolitik des GATT, die Durchsetzung der Exportorientierung und vor allem der »Trade Related Intellectual Property Rights« (TRIPs) kämpft. Durch die GATT und TRIPs wird nicht nur der indische Agrarmarkt – und vor allem der Saatgutsektor – für die großen Agrar- und Saatgut-Multis geöffnet, sondern mehr noch: Im Zuge der Expansion der Biotechnologie wird es nun möglich, Patente auf Pflanzen, Pflanzen- und Tiergene, Pflanzeigenschaften und auf Saatgut zu erteilen und so das Wissen der Bauern, das seit Jahrtausenden existiert, zu privatisieren, zu monopolisieren und zu kommerzialisieren. Bekanntestes Beispiel dieser neuen Bio-Piraterie ist das Patent, das dem Amerikaner Larson und der Firma W. R. Grace auf Neem erteilt wurde. Dieser Baum ist seit uralter Zeit wegen seiner schädlingsbekämpfenden Eigenschaften – in Blättern, Zweigen, Samen usw. – genutzt worden. Nun wird er industriell verwertet, und das Wissen um seine Wirkung gehört nun den Patentinhabern. Gegen diesen Raub indigenen Wissens, das Allgemeingut war, und gegen einen ähnlichen Versuch, alles Saatgut in die Hand multinationaler Konzerne, z.B. von Cargill, zu überführen, wehrt sich die Karnataka Rajya Ryota Sangha (KRRS) und vergleicht Cargill Seeds (India) mit der alten kolonialen East India Company. Die Bewegung fordert, daß Cargill und andere Multis das Land verlassen, das Recht, ihr Saatgut selbst herzustellen und zu verkaufen, das Recht auf Selbstversorgung des Landes, bessere Preise für Agrarprodukte und eine wirksame Landreform.

Die Bauern haben sich verpflichtet, hauptsächlich für den indischen Markt und nicht für den Weltmarkt zu produzieren.

#### 3. Der Seikatsu-Club in Japan<sup>20</sup>

Die indische Bauernbewegung gegen GATT, TRIPs und

Freihandel wurde u.a. unterstützt von dem Seikatsu-Club in Japan, der ebenfalls für Selbstversorgung, Self-Reliance und Nahrungssicherheit kämpft. Dieser Seikatsu-Club stellt eine Erzeuger-Verbraucher-Kooperative dar, die u.a. nach der Minamata-Katastrophe – der Verseuchung von Fischen durch Quecksilber – und durch eine Milchgenossenschaft entstand. Sie war vor allem von Hausfrauen gegründet worden, die sicher sein wollten, daß sie wußten, was sie ihren Familien als Nahrung auftischten. Je acht Haushalte taten sich zu einem Han zusammen, der den Kontakt zu den Bauern direkt organisierte. Dem Seikatsu-Club geht es nicht nur um angemessene Preise, sondern vor allem um Nahrungssicherheit, die Veränderung des Konsumverhaltens, um eine andere Beziehung zwischen Produzenten und Konsumenten und nicht zuletzt um ein Aufbrechen der Kapitallogik dadurch, daß die Bauern und andere Produzenten nur das und nur so viel produzieren, wie gebraucht wird. Es gibt also keine Überproduktion für einen anonymen Markt.

Weil der Seikatsu-Club ursprünglich von Hausfrauen gegründet wurde, ist es logisch, daß die Frage der Hausarbeit thematisiert wurde. Diese Diskussion führte dazu, daß ein anderer Arbeitsbegriff durchgesetzt wurde als der im Kapitalismus übliche, der sich nur auf Lohnarbeit bezieht. Neben den Hans wurden »Workers' collectives« gegründet, in denen alle notwendigen anfallenden bezahlten und unbezahlten Arbeiten gleichmäßig verteilt wurden. Zu diesen Arbeiten gehörten neben der eigentlichen Hausarbeit auch die Pflege von Alten, Kranken und die Betreuung von Kindern.

Inzwischen sind die Hans und »Workers' collectives« zu größeren Einheiten zusammengeschlossen, die in Gemeinderäten, in Provinz- und Landesparlamenten vertreten sind. Der Seikatsu-Club, der seine Strategie als antikapitalistisch versteht, hat eine Politisierung der Konsumsphäre erreicht, die u.a. dazu geführt hat, daß sich Japan bis heute nur halbherzig dem Druck der USA gebeugt hat, amerikanischen und thailändischen Reis zu importieren.

Die Konsumenten weigern sich einfach, ausländischen Reis zu kaufen. Sie bestehen auf Nahrungssicherheit. 1989 hatten diese Kollektive ungefähr eine Viertelmillion Mitglieder.

#### 4. Deutschland: Die SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln)<sup>1</sup>

Diese Bewegung entstand während der Studentenbewegung. Sie hatte ursprünglich Kommunen für entlaufene Jugendliche und Psychatriepatienten aufgebaut. Zu ihrem Konzept gehörte es, kein Geld vom Staat zu nehmen, sondern von eigener Gelegenheitsarbeit zu leben.

Nach Tschernobyl konzentrierten sich die Gruppen stärker auf die Ökologiefrage und entwickelten ein neues Behälterkompostierungsverfahren. Es gelang einigen der Gruppen, Verträge für die Kompostierung von Hausmüll mit Kommunen im Bergischen Land abzuschließen. Danach erwarben sie Land und begannen eine neue Subsistenzlandwirtschaft mit dem Ziel der Selbstversorgung. Dieses Ziel hat die Gruppe weitgehend erreicht. Sie hat aber diesen Kampf um die Subsistenz und den Müll stets als politischen Kampf verstanden und verlangt heute beispielsweise, daß die Verträge mit dem größten Müllkonzern der Region aufgekündigt werden und aller Haushaltsabfall nach ihrer Methode kompostiert wird. Eine Frau aus der SSK ist inzwischen im Stadtrat Berg-Neustadt.

Ähnlich wie die SSK gibt es zahlreiche Kommunen, die sich in der einen oder anderen Weise an einer Subsistenzperspektive als Strategie der Überwindung der Akkumulationslogik orientieren und dabei sowohl ökologische, kommunitäre und feministische Ziele verfolgen.

## Diskussion

1. Wenn ich dich richtig verstanden habe, sind es also kleine Konsumenten – respektive Basisorganisationen, welche solche Produzentinnen-Konsumentinnen-Kooperativen aufgebaut haben, wie sie von dir beschrieben wurden?

*M.M.:* In Indien sind es immerhin mindestens eine Million Menschen, welche die Produktionsweise der Subsistenzwirtschaft verteidigen. Das würde ich nicht als kleine Gruppe bezeichnen.

In Europa ist eine Mehrheit der Leute an ökologisch sauberen Nahrungsmitteln interessiert; wie diese aber produziert werden, interessiert nicht viele. Eine Beteiligung am Produktionsprozeß wie beispielsweise bei Ernten – wie es die Seikatsu-Clubs in Japan tun – wäre bei uns zur Zeit undenkbar. In Japan haben sich die Leute auch mit Erfolg gegen einen verstärkten Nahrungsmittelimport, vor allem aus den USA, gewehrt und z.B. darauf gepocht, daß der Export der Computer und Autos zugunsten der Nahrungsmittelsicherheit für das eigene Land gedrosselt wird.

Das sollte man einmal im »Industriestandort Deutschland« fordern – das wäre die reinste Blasphemie! Außerdem ist es zunächst nicht eine Frage der Zahl, ob in der Krise, die das Kapital schafft, eine Chance gesehen wird. Es kommt vielmehr darauf an, ob in diesen Bewegungen und Initiativen die Grundstruktur des Kapitalismus ansatzweise überschritten wird.

2. Fortschrittliche Kreise wie das »Third-World-Network« meinen, daß der Anteil der in Billiglohnländern ausgelagerten Arbeitsplätze nur etwa ein Prozent aller Arbeitsplätze ausmacht. Zudem fordern die USA und Frankreich als Mitgliedländer der World Trade Organisation eine Sozialklausel, welche spezielle Schutzbestimmungen für solche ausgelagerten Arbeitsplätze enthalten soll. Nun die provokative Frage: Was ist daran eigentlich so schlimm, wenn z. B.

Swissair ihre Abrechnung in Indien machen läßt und dadurch gute Arbeitsplätze schafft?

*M.M.:* Die Auslagerung von Arbeitsplätzen folgt der Logik der Kapitalakkumulation. Darum wird auch eine Sozial- und Umweltklausel der WTO nicht durchgesetzt werden, sollte sie überhaupt kommen. Aber die Solidarität der Arbeiter wird dabei zerstört; Arbeiter werden gegen Arbeiter gesetzt, die dadurch in zwei antagonistische Lager gespalten werden.

Wenn die einen Arbeitsplätze haben, haben die anderen keine – mal so platt ausgedrückt. Am meisten Sturm gelaufen sind die französischen Gewerkschaften gegen diese neue internationale Arbeitsteilung. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß die traditionelle Gewerkschaftspolitik, die sich nur auf die Lohnarbeiter im eigenen Land bezog, nicht mehr adäquat ist, um dieser Globalisierungsstrategie zu begegnen.

3. Dieser Antagonismus zwischen Arbeiterschaft in der »Dritten Welt« und der in den Industrieländern besteht aber schon seit langem.

*M.M.:* Bisher wurden die Ereignisse in den Kolonien jedoch aus der gewerkschaftlichen Diskussion völlig ausgeblendet. Die Gewerkschaften in England und Japan waren sogar gegen die Entkolonialisierung. Sie fürchteten, daß die Unabhängigkeit Indiens oder Koreas ihre Situation verschlechtern würde. Die Frage einer materiellen Basis für die internationale Solidarität ist bis dahin in der Linken generell vernachlässigt worden und sollte endlich in die politische Auseinandersetzung miteinbezogen werden.

4. Welche Chancen haben solche Formen der Selbstorganisation wie die der brasilianischen Frauen oder der Bauern und Bäuerinnen in Südindien? Werden sie nicht nur so lange geduldet, wie sie keinen ernsthaften Störfaktor für die Interessen der Multis darstellen, um sie andernfalls problemlos

zu eliminieren? Ich sehe keinen Ausweg aus diesem Wirtschaftssystem.

*M.M.:* Ich erzähle diese »Erfolgsgeschichten«, weil ich an die Möglichkeit einer Veränderung glaube. Die Frauenbewegung hat einiges erkämpft, wie spezifische Frauenräume, um nur ein Beispiel zu nennen. Innerhalb der Kooperativen in Japan wurde die Hausarbeit in die öffentliche Diskussion der Arbeitsverteilung miteinbezogen. Die Bauernbewegung in Südindien stellt durchaus einen ernst zu nehmenden Störfaktor für die Multis dar. Die Karnataka Rajya Ryota Sangha (KRRS) hat das Büro des Saatgut- und Lebensmittelmultis Cargill in Bangalore gestürmt, die Papiere auf die Straße geworfen und verbrannt. Sie fordert, daß Cargill und andere Multis Indien verlassen, weil sie, wie die alte East India Company der Engländer, Indien wie eine Neo-Kolonie behandeln. Die indische Regierung kann nichts gegen eine so große Bauernbewegung unternehmen, selbst, nachdem sie den GATT-Vertrag unterschrieben hat und die Freihandelspolitik unterstützt. Immerhin hat u.a. diese Bewegung gegen die GATT und die Wirtschaftsliberalisierung in Indien im letzten Dezember zu einer Niederlage der Kongreßpartei in den zwei indischen Staaten Karnataka und Andhra Pradesh beigetragen, und die Regierung von Narasimha Rao muß heute um ihr Überleben fürchten.

Ich habe noch keine weiteren Rückmeldungen über die Selbstorganisation der armen Frauen in Brasilien bekommen. Aber ich finde es bemerkenswert, daß die von der Krise am meisten Betroffenen eben keine Hoffnungen mehr in die Fortsetzung dieses Weltwirtschaftssystems investieren, sondern wieder unmittelbar nach den tatsächlichen Grundlagen ihrer und unserer Existenz fragen und anfangen, diese selbst zu organisieren.

Bei uns sind die von der Krise Betroffenen, z. B. die Erwerbslosen, noch meilenweit von einer solchen Erkenntnis entfernt. Sie fordern immer noch von Kapital und Staat, daß

diese – per Geld – ihre Existenzgrundlage sichern, die sie andererseits doch selbst schaffen.

5. Ist die Forderung nach einer Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit nicht nur eine seltsame Illusion von einer Existenzgrundlage?

*M.M.:* So wie ich es sehe, wird das Geld auch hier sicher nicht Existenzgrundlage bleiben. Alles kann nicht bezahlt werden, auch vom Staat nicht. Außerdem wäre zu klären, was wir unter Existenzgrundlage verstehen. Das ist, darüber ist man sich einig, die Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung, Wohnung, Schutz, Wissen, Anerkennung, Liebe usw. (vgl. Mies/Shiva 1993). Diese sind bei allen Gesellschaften und zu allen Zeiten gleich. Sie werden durch menschliche Arbeit in Kooperation mit der Natur und den anderen Menschen befriedigt. Im Kapitalismus werden sie aber zunehmend, jedenfalls in den Metropolen, durch die Produktion und den Konsum von Waren befriedigt. Und dazu brauchen die Menschen Geld. Das Geld ist daher hier – nicht überall in der Welt – zur Existenzgrundlage geworden – wie bekannt, auf der Basis von Ausbeutung und Raub.

Darum wird auch die Forderung »Lohn für Hausarbeit« nicht erfüllt werden. Als Alternative bleibt dann meines Erachtens nur eine andere geschlechtliche Arbeitsverteilung, nämlich die, daß die unbezahlte und unbezahlbare, aber gesellschaftlich notwendige Arbeit (wie z.B. Kinder versorgen, Alte und Kranke pflegen, ökologische Aufräumarbeit tun usw.) von Männern genauso getan wird wie von Frauen.

Wenn eine solche Umverteilung nicht erfolgt, die Frauen hier aber die Bezahlung aller ihrer Arbeit fordern, einschließlich der Hausarbeit, und auf dem gleichen Wohlstandsniveau bleiben wollen, dann geht das nur, wenn die Natur und die »Dritte Welt« weiter ausgebeutet und kolonisiert werden.

6. Als Frauen werden wir, auch hier in Mitteleuropa, am stärksten durch das Weltwirtschaftssystem ausgebeutet. Ich finde es problematisch, wenn wiederum wir es sein sollen, welche die Arbeit leisten müssen, »aus dem Kapital aussteigen«. Zudem kommt das dem Interesse der Unternehmer entgegen, wenn sich Leute selber von der bezahlten Arbeit ausschließen.

*M.M.:* Frauen sind bereits jetzt mehrheitlich – typischerweise – in ungeschützten Lohnverhältnissen und werden es weiterhin auch bleiben. Honorarverträge, ein bißchen Tippen hier, ein bißchen Heimarbeit da: Das ist bereits der Billiglohnsektor. Die duale Wirtschaftsform, formeller und informeller Sektor, mit vielen Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen wird bestehen bleiben.

Und es ist richtig, daß das im Interesse der Unternehmer ist. Wenn wir »aus dem Kapital aussteigen« – und zwar Frauen und Männer (s.o.) –, dann bedeutet das allerdings mehr als nur in der Dualwirtschaft zu funktionieren. Es bedeutet z.B. nicht nur, wieder mehr Selbstversorgung und Selbstorganisation (Subsistenz) zu praktizieren, sondern auch dadurch dem Kapital einen Markt zu entziehen. Es geht auch nicht um einen moralischen Aufruf an Frauen, wieder einmal die Drecksarbeit bei der gesellschaftlichen Umgestaltung zu tun, sondern es geht darum zu erkennen, daß das, was wir ja sowieso schon tun, nämlich das Leben produzieren und erhalten, einen höheren Wert als die Produktion von Mehrwert hat.

7. Es heißt, die Erwerbsbiographien der Geschlechter sollen einander »angeglichen« werden, d.h. auch Männer weisen zunehmend unterbrochene Erwerbsbiographien – vor allem wegen Weiterbildung und nicht wegen Familienarbeit – auf. Liegt hier eine Chance für Frauen auf dem Erwerbsmarkt?

*M.M.:* In Deutschland, vor allem in Ostdeutschland, sind die Frauen nach einer familienbedingten Unterbrechung der

Erwerbsarbeit zum Großteil nicht mehr zu einem bezahlten Job gekommen, trotz Weiterbildungsangeboten. Das alles ist ein Bluff, klingt ganz schön, funktioniert aber nicht.

Es kann auch nicht das Ziel sein, dem Kapital und neuesten technologischen Entwicklungen dauernd hinterherzuerennen und uns permanent an die neuesten Erfindungen anzupassen. Wir kommen gar nicht dazu, die Produktion von dem, was wir brauchen, selber zu bestimmen. In einem Weltmarkt, in dem die Produkte von dort geholt werden, wo sie am billigsten hergestellt werden, und dort verkauft werden, wo am meisten Geld ist, entsteht eben der universale Supermarkt mit den totalen KonsumentInnen. Dies erzeugt unter anderem die Perspektivlosigkeit bei den Jugendlichen – es ist ja alles schon vorhanden, sie brauchen nur Geld zu haben. Aber es wird nie genug Geld für alle da sein, um das zu kaufen, was weltweit für den globalen Supermarkt produziert wird. Da werden auch die Umgeschulten, die sich jedem neuen Technologietrend anpassen müssen, zu wenig Geld haben. Außerdem sind Kapital und Technik dann die einzigen Subjekte der Geschichte, und wir Menschen, auch wir Frauen, reagieren nur auf sie.

Es ist unser Recht, etwas Vernünftiges und Sinnvolles mit unseren Körpern und unserem Intellekt anzufangen und nicht nur auf diese Verwertungszwänge des Kapitals zu reagieren. Aber dazu müßten wir eben das ganze System umkrempeln.

#### Fußnoten:

- 1 Hickel, Rudolf, Priewe, Jan: »Der gespaltene Arbeitsmarkt der Zweidrittelgesellschaft«, in: *Frankfurter Rundschau*, 18. August 1994.
- 2 ibidem
- 3 Wirtschaftsminister Rexrodt in: *Frankfurter Rundschau*, vom 29. November 1993.
- 4 Bennhold-Thomsen, Veronika, Mies, Maria, v. Werlhof, Claudia: »Frauen, die letzte Kolonie«, heute bei: Rotpunkt, Zürich.
- 5 v. Werlhof, Claudia 1983/1988: 129.

- 6 Wallerstein, Immanuel: »The Modern World System: Capitalist Agriculture and the Origin of the European World Economy in the Sixteenth Century«, Academic Press, New York 1974.
- 7 Fröbel, F., Kreye, J. & O. Heinrichs: »The New International Division of Labour«, Cambridge University Press, Cambridge 1980.
- 8 Grossmann, Rachael: »Women's Place in the Integrated Circuit«, in: South East Asian Chronicle no. 66, 1979.
- 9 Labour Research Review, zit. in Kamel, Rachael: »The Global Factory«, published by the American Friends Service Committee, 1990.
- 10 Woodall, Pam: »The Global Economy«, *The Economist*, 1. Oktober 1994.
- 11 Shiva, Vandana: »The Violence of the Green Revolution«, Zed Books, London 1991.
- 12 Mies, Maria: »Patriarchat und Kapital. Frauen in der Internationalen Arbeitsteilung«, Rotpunktverlag, Zürich 1992.
- v. Werlhof, Claudia: »Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun?«, Frauenoffensive, München 1993.
- 13 Lang, Tim & Colin Hines: »The New Protectionism: Protecting the future against free trade«, Earthscan, London 1994.
- 14 Shiva, Vandana: »Monocultures of the Mind: Biodiversity, Biotechnology and the Third World«, Third World Network, Penang, 1993.
- 15 Mies, Maria: »Wider die Industrialisierung des Lebens«, Centaurus Verlag, Pfaffenweiler 1990.
- 16 Vgl. das Symposium über Neurotransplantation zur Therapie der Parkinsonschen Krankheit, 28./29. Januar 1995 in Hannover. Bei der Neurotransplantation wird Patienten fötales Material von bis zu zehn Embryonen ins Gehirn gespritzt.
- 17 Mies, Maria & Vandana Shiva: »Ecofeminism«, ZED Books, London. Kali for Women, Delhi. Spinifax, Melbourne. 1993. (Erscheint 1995 im Rotpunktverlag)
- Sklair, Leslie: »Capitalism and Development in Global Capitalism«, in: Sklair, L. (ed): »Capitalism and Development«. Routledge, London 1994.
- 18 Fernandez-Kelly, Maria Patricia: »For we are Sold, I and my People: Women and Industry on Mexico's Frontier«, State University of New York Press, Albany, NY 1983.
- 19 Vgl. Viezzer, Moema u.a. (Hg.): »Com Garra e Qualidade: Mulheres em Economias Sustentáveis: agricultura e extrativismo«, Rede Mulher, Rio de Janeiro 1992.
- 20 Mies & Shiva: »Ecofeminism«, a.a.O.
- 21 ibidem

Karl Heinz Roth

## Auf dem Glatteis des neuen Zeitalters

Die Krise, das Proletariat und die Linke

### 1. Zur Theorie des gegenwärtigen Zeitalters

Eine Gegenwart muß immer von der Vergangenheit abgetrennt werden. Die vergangene Epoche war die Epoche von Ford und Keynes. Eine Epoche, in der die Beziehung zwischen Massenproduktion, Massenarbeit und Einkommensgarantie mit dem Anspruch auf Vollbeschäftigung gekoppelt war. Eine Epoche, in der es einen konstanten Ausgleich der inneren Instabilität der Kapitalakkumulation durch staatliche Nachfragemobilisierung gegeben hat. Diese Epoche wurde Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre in die Krise gestürzt. Einmal von unten, durch die Sozialrevolte, die damals internationale Dimensionen angenommen hatte. Und danach, 1971–73 – ausgehend von den USA und den internationalen Wirtschafts- und Finanzeliten –, wurde diese Krise von oben vertieft. Die ökonomischen Folgen sind bekannt. Wichtig scheint mir der Hinweis, daß diese Krise – wie meiner Meinung nach alle Krisen – gemacht wurde, und zwar von unten, und danach – im Gegenzug – von oben.

Seit den siebziger Jahren konturiert sich nun allmählich das Ufer des gegenwärtigen Zeitalters. Es ist einmal geprägt durch die Internationalisierung des Krisenangriffs durch das Finanzkapital, das über neue Geld- und Bondmärkte die Emanzipation der Zinssätze von den fallenden Profitraten erzwungen hat. Und es ist zweitens charakterisiert durch eine »monetaristische Konterrevolution« (Milton Fried-

man), die zuerst in den Volkswirtschaften der damaligen Schwellenländer begann, dann in die Metropolen USA und England übertragen wurde und zuletzt im Implosionsprozeß des osteuropäischen Staatskapitalismus geendet hat. Die Hauptcharakteristika dieser Konterrevolution sind bekannt: Budgetrestriktionen, Sozialabbau, Kreditsperren gegen überakkumulierte Schlüsselsektoren, Liberalisierung des Außenhandels, Kapitalexporte in Niedriglohnggebiete, Privatisierung des staatlichen Kapitalbudgets (Transportsektor, Telekommunikation usw.) und nicht zuletzt Zerschlagung der tarifpolitisch regulierten Arbeitsmärkte, das heißt der integrierten Arbeiterbewegung zusammen mit und nach den aufbegehrenden Fraktionen der neuen Linken.

Die Folgen sind seit den achtziger Jahren absehbar. Die sozialstaatliche Regulation, der Klassenkompromiß, wurde von der kapitalistischen Investitionspolitik entkoppelt. Kostenfaktoren der Einzelunternehmen werden seither immer mehr auf gesamtwirtschaftliche Strukturen abgewälzt. Es kam in der Folge zur Umwandlung der Sozialstaaten. Nach dem Verlust ihrer Währungs-, Zins- und zunehmend auch ihrer Steuersouveränität erlebten wir ihre Umwandlung in konkurrierende Staubecken totalisierter Kapitalmärkte. Der Transportsektor und damit – in keynesscher Terminologie – das gesamte Kapitalbudget des Staatssektors wurde Teil der inneren Kapitalakkumulation. Das Ergebnis war weltweit die Herausbildung einer neuen industriellen Reservearmee, ein Trend zur Massenverelendung bei allgemeiner Polarisierung der Gesellschaften in Arm und Reich auf der Verteilungsebene. Wir haben also die Wiederkehr von Proletarität im Rahmen eines normalisierten, quasi vorkeynesianischen Krisen- und Akkumulationszyklus zu konstatieren. Trotz aller Phasenverschiebung handelt es sich dabei um eine Wiederkehr im Weltmaßstab. Nach der Niederlage der Sozialrevolten und dem Untergang des Realsozialismus ist dieser vorkeynesianische und zugleich neue Kapitalismus zur Tagesordnung übergegangen.

Wie sieht dieses neue Zeitalter aus der Sicht von unten aus? Aus der Sicht von unten dominiert die endgültige Zerstörung der agrarischen Subsistenzproduktion [Produktion zum Lebensunterhalt] in der Peripherie und Semiperipherie des Kapitalismus. Die Exproprierten werden zu Millionen in latente Bestandteile der industriellen Reservearmee umgewandelt. Nur ein Bruchteil von ihnen wird im internationalen Agrobusiness absorbiert. Der größere Teil ist zur Abwanderung in städtische Agglomerationen gezwungen worden. Wir haben seit Mitte der Siebziger und vor allem in den achtziger Jahren in diesen Agglomerationen die Entstehung neuer Schwitzbudensektoren erlebt, die höflich als informeller Sektor bezeichnet werden. Der zunehmende Stadt-Land-Gegensatz in der Pauperisierung [Verarmung] wurde teilweise gegenläufig aufgehoben durch zirkulierende Migrationsbewegungen. Sie stellten gleichzeitig eine Verbindung zum schrumpfenden formellen Sektor der Krisenbranchen her. Dieser allgemeine Mobilisierungsprozeß des neuen Proletariats wurde in den Metropolen ergänzt durch die Einschränkung der Sozialbudgets zur Absicherung proletarischer Existenzrisiken (Alter, Krankheit, Invalidität und vor allem Arbeitslosigkeit). Die mehr und mehr dem Hire-and-Fire-Prinzip ausgelieferte aktive Arbeiterarmee wird parzelliert, segmentiert, verkleinert und immer häufiger flexibel ausgewechselt. Hinzu kommen besondere Ausgrenzungsformen, beispielsweise gegenüber Ausländern, denen in den Metropolen zunehmend eine Sündenbockfunktion zugewiesen wird. Damit soll von den eigenen Ängsten und Erfahrungen im permanenten Entsolidarisierungsprozeß abgelenkt werden.

Die Quantitäten dieser neuen, angebotsorientierten Arbeitsmarktstrukturen sind bekannt. 150 Millionen Menschen befinden sich heute auf Wanderschaft innerhalb und außerhalb ihrer Länder und Kontinente. 120 Millionen sind offiziell arbeitslos, davon 38 Millionen in den OECD-Ländern. 500 Millionen – etwa 100 Millionen Familien – vegetieren als enteignete kleinstbäuerliche und Squatterfamilien

im neuen pauperistischen Sektor als Bondlabour [Leiharbeit], als selbständige Arbeiter, als Saisonarbeiter und Jobber. In den Metropolen erleben wir den Übergang von Welfare zu Workfare [Welfare: Wohlfahrt]. Gleichzeitig werden bis zu 30 Prozent der Arbeitsverhältnisse – in einigen Ländern sind es noch mehr – entgarantiert. Es entstehen Niedriglohnsektoren. Prekäre Arbeitsverhältnisse setzen sich durch. Weltweit sehen sich die Proletarierinnen und Proletarier mit einer neuen Qualität des Verwertungsanspruchs konfrontiert, mit – überspitzt formuliert – einer Vollbeschäftigungsstrategie auf pauperistischer Basis. Denn weltweit geht nicht die Arbeit aus, sondern die Einkommen sinken. In den Beziehungen zwischen deregulierten Arbeitsmärkten und Mehrwertketten kann deshalb nicht mehr zwischen Ausbeutung für normale und parallele Kapitalakkumulation unterschieden werden, wie dies Rosa Luxemburg noch für die Verhältnisse zu Beginn des Jahrhunderts wahrnahm. In gewisser Weise wird heute die Eroberung der nichtkapitalistischen Sphären und ihre Umwandlung in Bestandteile des Akkumulations- und Krisenzyklus abgeschlossen, und zwar als Massenerfahrung.

Mir scheint es wichtig, diese Fakten, die auf den ersten Blick sehr banal wirken, doch einmal zu resümieren, weil ich glaube, daß wir die internationalen Dimensionen der heutigen Gesellschaftsprozesse ins Auge fassen müssen.

Wie sieht das neue Zeitalter aus der Sicht von oben aus? Es ist charakterisiert durch eine wiederhergestellte internationale Despotie des Kasino-Finanzkapitals. Die Einkünfte aus Geldvermögen überflügeln weltweit die produktiven Unternehmengewinne. Die Rentierschichten haben sich in den letzten zwei Jahren weltweit verdoppelt bis verdreifacht. Diese Rentierschichten mobilisieren die Bodenmärkte und die entnationalisierten Transportosphären – vor allem Transport- und Geldmärkte sowie Dienstleistungen. Sie plündern als Rentiers der Staatsverschuldung die Staatshaushalte. Spekulation, antisozialer Egoismus und allgemeine Berei-

cherungssucht werden von ihnen als Kernelemente einer neuen kulturellen Hegemonie beansprucht.

Das zweite wesentliche Charakteristikum sehe ich im Prozeß der Unternehmensrationalisierung: Vom Postfordismus und Toyotismus zum Akkumulationstyp à la Hollywood. Unter dem Hochzinsdiktat und der Liquiditätspräferenz »lieber sparen statt investieren« wurden vielfältige Initiativen zur Wiederherstellung des produktiven Unternehmengewinns gestartet. Zu Beginn der achtziger Jahre wurde eine Konzeption der flexiblen Automatisierung versucht. Das computerintegrierte Manufacturing wurde proklamiert. Es scheiterte an der Rigidität der Arbeiter. Mitte der achtziger Jahre wurde weltweit das »3. Italien« mit seinen innovativen Klein- und Mittelunternehmen und den angeschlossenen Subunternehmen und selbständigen Arbeiterinnen und Arbeitern entdeckt. »Small is beautiful«, tönte es durch die Lande, der Postfordismus assoziierte sich mit grünalternativen Denkstrukturen. Währenddessen akkumulierte ein neues System der Benettonischen Netzwerkunternehmen. Es kam zu einer Zentralisation des Kapitals ohne eine Konzentration der Produktionsstrukturen.

In der 2. Hälfte der achtziger Jahre wandten sich dagegen die internationalen Konzernkonglomerate vor allem der Autoindustrie dem sogenannten Toyotismus zu, einem japanischen Produktionsmodell, das nach der blutigen Zerschlagung der japanischen Arbeiterklasse Mitte der sechziger Jahre dort entwickelt worden war. Es wurde nur partiell übernommen. Die Einfriedungsstrukturen, beispielsweise die »company unions« und die »company worlds« [Betriebsgewerkschaften und Betriebswelten], die Beherrschung ganzer Regionen durch die Familienkonzerne (Zaibatsu) waren natürlich nicht transferierbar. Man paßte sich der Produktionsstruktur an. »Lean Production« wurde zum Schlagwort. Die Verbindung von Arbeitsprozeß und Produktkontrolle, Just-in-time (Kanban), die Ausbildung von Zulieferketten nach einem Supermarktmodell, der kontinuierlich verbes-

serte Produktionsprozeß, das Teamwork, die Qualitätszirkel: Diese Schlagworte waren in der 2. Hälfte der achtziger Jahre noch neu – heute haben sie sich weitgehend durchgesetzt. Das Produktionsmodell selbst hat sich aber nicht durchgesetzt, denn seine begrenzte Übernahme als »management by stress« brachte keinen Durchbruch der Profitabilität. Die Transplants [z.B. in den USA aufgebaute Fabriken japanischer Autokonzerne] und die Großkonzerne, die das japanische Modell übernahmen, wurden mehr und mehr zum »concession bargaining« [gewerkschaftliches Feilschen um Zugeständnisse] gezwungen, das heißt, sie mußten die fehlende Einfriedung und Atomisierung der Arbeiterklasse durch die Drohung und Realisierung von Produktions- und Abteilungsauslagerungen im Falle von Restriktionen von seiten der Arbeiterklasse ersetzen.

Den letzten Schritt und das neueste Modell erleben wir seit Anfang der 90er Jahre von den USA aus: Das Konzept des »industrial engineering« [Analyse und Umgestaltung ganzer Unternehmen oder Teilbereiche davon]. Ein neuer Mischtyp von Benetton und Toyota wird versucht. Es entstehen Netzwerkkonglomerate, in denen sich die Beziehungen zwischen Kern- und Randbelegschaften zunehmend verwischen und traditionelle mittlere Managementhierarchien zunehmend abgebaut werden. An die Spitze dieser Konglomerate treten Manager mit despotischer Herrschaftsfunktion. Sie setzen geschäftsführende Einheiten, Generalisten ein, die Projekte in Gang bringen. Nur noch für jeweilige Aufträge werden befristet Entwicklungsspezialisten, Konstrukteure, Programmierer, Fertigungsarbeiter usw. gemietet. Selbst so traditionsreiche Konzerne wie beispielsweise Siemens haben sich in der jüngsten Zeit in solche geschäftsführenden Einheiten aufgesplittert. Das ist die Hollywoodmethode: Man produziert, wie man einen Film plant und erstellt.

Diese Produktionsweise, und das halte ich für entscheidend, nähert sich der Mobilität der Geldvermögen maximal

an: Vom Supermarkt Toyotas und von den Netzwerkunternehmen Benetton zur Hollywoodpremiere unmittelbar neben dem Spielsaal des internationalen Finanzkapitals. Auf diese Weise werden mikroökonomische Kostenfaktoren optimal auf die Gesamtgesellschaft übertragen, die gleichzeitig immer mehr Instrumente zur wirtschaftspolitischen Gesamtsteuerung verliert. Die Profitraten der Einzelunternehmen steigen wieder. Aber die ausgelagerten Kostenfaktoren drohen im Prozeß des Ausgleichs der Durchschnittsprofitraten und der Mehrwertrealisierung zurückzukehren. Deshalb forciert Sozialabbau, deshalb mehr Armut, deshalb aber auch Anstieg der behördlichen Armuttransfers bei immer geringer werdenden Leistungen und so eine Spirale der Deregulierung, die nach unten geht. Das ist die Vision des gegenwärtigen Zeitalters aus der Sicht von oben.

Zweifellos wird diese Optik in den jeweiligen territorialen Konstellationen recht unterschiedlich durchgesetzt. Nehmen wir den Fall Osteuropa. Die postsozialistischen Eliten verzichteten 1989-90 auf gemischtwirtschaftliche Interventionsschritte beim Übergang vom Staatskapitalismus zur Marktökonomie. Interne Deregulierung und schlagartige Konfrontation mit der internationalen Konkurrenz bewirkten die rapide Zerstörung der rohen staatskapitalistischen Variante der Massenproduktion, ohne daß bisher Zyklen von Neuinvestitionen – von einigen Ländern abgesehen – nachfolgten. Von der Depression geht es weiter zur Deindustrialisierung. In Rußland leben inzwischen offiziell zwei Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Im krassen Gegensatz dazu erleben wir im Indopazifik einen neuen Boom auf der Grundlage eines blutigen, informatisierten Taylorismus und Toyotismus. Benachbart sind in China neue Entwicklungszentren mit einem Akkumulationschub in der massenhafte Pauperisierung entstanden.

In den Metropolen stagniert die wirtschaftliche Entwicklung. In den USA ist ein sehr merkwürdiges Niedriglohnwunder bei riesiger Massenverelendung zu beobach-

ten. England steckt in einer Depression: Dort steht trotz des Fiaskos des Thatcherismus – Sozialabbau und Steuerentlastung haben zu einer größeren Staatsverschuldung statt zur Verschlankung des Staatsapparats geführt, und das Land wird mitnichten mit neuen Investitionszyklen belohnt – kein Kurswechsel ins Haus. In Schweden hingegen hat dieser Kurswechsel stattgefunden. In West- und Mitteleuropa gibt es Regionen mit unternormalem Wachstum. Auf sie werde ich im zweiten Teil zu sprechen kommen.

Insgesamt ist also eine zunehmende geografische Differenzierung bei uniformer globaler Strategie erkennbar. Die Zukunft wird zeigen, wie weit es den internationalen Wirtschafts- und Finanzeliten gelingt, die Kompensation der Krisenspirale durch innerimperialistische Blockbildungen und Konfrontationen aufzuhalten.

## 2. Metropolitane Varianten des neuen Akkumulations- und Deregulierungsmodells

In Italien folgte seit Beginn der Niederschlagung der Arbeiterkämpfe in den achtziger Jahren ein wirtschaftspolitisches Regime, das in vielem den Konzepten der Reaganomics und Thatcheristen verwandt war, allerdings unter »sozialistischen« Vorzeichen. Dabei entstand eine Polarisierung der Gesellschaft in zwei Machtblöcke: Big Business, die großen Gewerkschaften, die politischen Machtstrukturen und die Staatsunternehmen auf der einen Seite, neoliberale Unternehmensstrukturen und Strukturen prekärer und selbständiger Arbeitsverhältnisse, die aus dem Regulationssystem zunehmend ausgegrenzt wurden, auf der anderen Seite. Die nach wie vor dominante Variante A, die eine durchaus verlangsamte Transformation kennzeichnete, schien zu zerbrechen, als seit 1992 Übergangsregimes an die Kernbestände des sozialen Nachkriegskompromisses – Scala Mobile, Cassa Integrazione [automat. Teuerungsausgleich über eine gleitende Lohnskala und umfassende Lohnausgleichskasse] usw. – herangingen und die Eliten als korrupte Machtsymbiose

decouvriert wurden. Hier begann vor wenigen Monaten die Ära Berlusconi. Er band die politisch-ökonomische Variante B – prekäre, selbständige Arbeiter und Kleinunternehmer der Lega Nord – in den politischen Machtblock ein und versuchte, neue autoritäre mediale Voraussetzungen für die erst noch bevorstehende, entscheidende Deregulierungsoffensive (Deregulierung des Staatssektors, Zerstörung der Sozialrenten, völlige Liberalisierung des Arbeitsmarktes, Budgetrestriktionen) zu schaffen. Bevor er damit durch war, zwang ihn das Finanzkapital vorfristig zu diesem Angriff. Das war, wie die neu aufgeflamten Massenkämpfe zeigen, zu früh. Die Wiederherstellung des sozialen Friedens als Gradmesser jeder effizienten Aufspaltung des Widerstands und als Vorbedingung der endgültigen Durchsetzung des Deregulierungsmodells wird jetzt nur noch gelingen, wenn der ökonomisch verschlankte Staat ihn politisch-diktatorisch erzwingt. Andernfalls muß die Sozialrevolte in einer neuen Reregulierung aufgefangen werden.

Dagegen Deutschland. Die Umstrukturierung erfolgte eher zögerlich. Ein Durchbruch zu schlanker Produktion, Produktionsauslagerung und schlankem Staat setzte erst ab 1990/91 ein, wobei sich der Anschluß der DDR im Zug schlagartiger monetärer Substanzvernichtung als entscheidender Hebel erwies. Seither ist der sozialstaatliche Nachkriegskompromiß nicht nur konzeptionell, sondern auch praktisch-politisch erfahrbar zu Ende. In den letzten Jahren begann nicht nur eine breite Privatisierungswelle der öffentlichen Unternehmen im Transportsektor, gleichzeitig wurden auch die Tarifautonomie offen zur Disposition gestellt und die Sozialversicherung als Instrumentarium zur Abfederung der Risiken eigentumslos lohnabhängiger Existenzweisen in vielen kleinen Einzelschritten ausgehöhlt (vor allem die Bereiche Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung, noch nicht das Rentensystem). Das Recht auf Sozialhilfe ohne Gegenleistung ist beseitigt. In Riesenschritten beginnt auch in der BRD der Übergang von Welfare zu

Workfare. Damit ging 1992/93 die erste Ausgrenzungsoperation als Angriff auf das Existenzrecht einher: Zwangsinternierung von Flüchtlingen und radikalisierte Abschiebep Praxis wurden durchgesetzt.

Nach der Bundestagswahl vom 16. Oktober haben die Financiers und Unternehmenslobbyisten ganz große Keulen geschwungen. Die Drohungen mit Vermögens- und Kapitalflucht gehen einher mit Forderungen zu einem Sozialabbau, wie sie seit Beginn der dreißiger Jahre nicht mehr gehört wurden. Falls sie durchgesetzt werden, was durchaus noch offen ist, würde die bundesrepublikanische Gesellschaft in einen Strukturbruch hineingetrieben, wie wir ihn bisher nur aus England, den USA und teilweise Frankreich kennen.

Der Fall Schweiz. Sie scheint mir, aus dem Blickwinkel des Nordens, noch eindeutiger als Nachzügler. Auch die Schweiz hat in den achtziger Jahren Produktivitätssprünge durch Auslagerungen, Rationalisierungswellen und Verschlingung des sozialen Status quo hinter sich gebracht. Der Schwerpunkt liegt inzwischen offensichtlich ebenfalls auf angebotsorientierten Deregulierungen. In einigen Agglomerationen erreicht die Arbeitslosigkeit das Niveau der dreißiger Jahre. Das alternative Grundmuster zur sozialstaatlichen Integration heißt jetzt offensichtlich auch in der Schweiz Ab- und Ausgrenzung. Die ersten sozialen Stigmatisierungen der Ausländerinnen und Ausländer stehen bevor, wahrscheinlich der erste Akt eines breiteren Angriffs auf den sozialstaatlichen Status quo, der die Lohnabhängigen verängstigt. Aber gerade auch im Vergleich zur BRD verläuft der Umbau offensichtlich weniger hart und schnell. Dies liegt, wie Res Strehle mehrfach ausgeführt hat, vor allem an der weltwirtschaftlichen Sondersituation. Die Schweiz ist internationaler Finanzplatz, Zentrum vieler transnational operierender Konzerne und ein Standort für Qualitätsarbeit. Wenn, dann wird sie in die neue soziale Unfriedlichkeit erst nach Italien, Frankreich und wahrscheinlich auch

Deutschland geraten. Die Schweiz ist eine Art letzter Dominostein, an dem sich ablesen lassen wird, inwieweit es den Utopisten des neoliberalen Irrsinns tatsächlich gelingt, den Globus nach ihren Visionen umzugestalten. Vielleicht besteht also gerade hier noch die Möglichkeit, die Erfahrungen aus den schon weiter transformierten Nachbarländern in die Widerstandsperspektive dieses Landes einzubeziehen. Aber auch für die Linken der Schweiz dürfte die Zeit drängen. Die weitere Deregulierung der Finanzmärkte wird den globalen Standort Schweiz bald um seine Privilegien bringen, und dann steht recht schnell eine Massenarbeitslosigkeit der Bankangestellten ins Haus.

### 3. Neoliberalismus und politische Macht

Im Gegensatz zu den Wirtschafts- und Finanzeliten sind die politischen Führungsschichten dort, wo sie wirkliche Macht ausüben, nur national und nur in marginalen Ansätzen supranational organisiert. Die gesamtgesellschaftlichen Regulierungs- und Umverteilungsfunktionen sind oder waren im Gegensatz zur Kapitalakkumulation an den Staat gebunden. Sie aber kommen den politischen Eliten zunehmend abhanden. Ihre Macht verfällt, je mehr sie zu subalternen Verwaltungen von Staubecken für die Geld- und Kapitalströme degenerieren. Oberflächlich kommt dieser Prozeß in den vielfältigen Korruptionsaffären zum Ausdruck, mit denen sich die politischen Herrschaftsgrenzträger inzwischen herumschlagen müssen.

Was sich aber wirklich hinter »tangentopoli« usw. verbirgt, ist weitaus wichtiger. Unter dem Diktat von flexibilisierten Währungen, Zinsregimes und allgemeiner Bereicherungssucht sind politische Ideologien zusammengebrochen, deren Bandbreite von der Rechten bis tief in die sozialistischen und grünen Bewegungen hineinreicht. Diese Anpassung und Unterwerfung haben nicht nur den späten europäischen Arbeiterreformismus, sondern auch große Teile der linken Intelligenz, beispielsweise in Lateinamerika, be-

troffen und von innen heraus zerstört. In vielen Fällen sind »sidepayments« der neoliberalen Weltwirtschaftsinstitutionen auf den Mythos der Guerilla gefolgt. In den Metropolen entspricht diesem Prozeß am ehesten die Involution [Entwicklung] der grünen Bewegungen, die nun vor den internationalen Sachzwängen der Deregulierung genauso kapitulieren wie vor ihnen die Sozialdemokratie und die mit ihr verbündete Gewerkschaftsbewegung.

Besonders grausam ist es den osteuropäischen Oppositionsbewegungen ergangen. Seit Ende der sechziger Jahre haben wir beispielsweise viele Hoffnungen auf die Kader der späteren Solidarnosc gesetzt – Kuron, Geremek, Modzelewski. Wir haben von der Arbeiteropposition als Massenbewegung gegen den versteinerten Tonnenindustrialismus geträumt. Wir haben gesehen, wie diese Perspektive im Ausnahmezustand zu isolierten antikommunistischen Kadern transformiert wurde, wie sich diese überlebenden Kader 1989/90 umstandslos und ohne jedes Nachdenken dem »dernier cri« des Neoliberalismus und dessen Beratern verschrieben haben. Das Fiasko der thatcheristischen Transformation vom Staatskapitalismus zur Utopie selbstregulierter Märkte ist riesig. Solidarnosc ist als populistische Randszene der neokonservativen Rechten geendet. Karol Modzelewski hat inzwischen Bilanz gezogen (»Le monde diplomatique«, November 1994). Er gehört zusammen mit der alten intellektuellen Riege von Solidarnosc heute zu denen, die die präsidialdiktatorische Fortsetzung einer Wirtschaftspolitik bekämpfen, die die Hälfte der Bevölkerung pauperisiert. Die Niederlagen meiner Generation der »new left« – auch diese Solidarnosc-Kader sind in unserem Alter – haben viele Facetten.

All diese Beispiele, vor allem aber Italien und Polen zeigen, daß der deregulierte Kapitalismus im Kampf um das rettende Ufer nicht einfach nur auf eine immer größere ökonomische Depressionsspirale zutreibt, sondern inzwischen auch politisch extrem destruktiv wird. Der Massenkonsens

schwindet. Die Fassaden der Telekratie bröckeln, sobald die »common people« am eigenen Leib erfahren, wie hinterhältig sie um ihre existentiellen Sicherheiten gebracht werden. Die Revolution der Erwartungen ist durch diese neue kulturelle Hegemonie des »enrichissez-vous« aber keineswegs gedämpft worden. Die politische Destabilisierung der Verhältnisse ist die notwendige Konsequenz des Neoliberalismus. Das Band zwischen sozialstaatlichem Status quo und repräsentativ-parlamentarischer Massendemokratie beginnt tatsächlich zu reißen. Autoritäre politische Lösungen werden zu einer zwingenden Option der Wirtschafts- und Finanzeliten, ihrer Expertokratie und ihrer wachsenden Klientel von Spekulanten, Unternehmensrationalisierern und Couponschneidern. Entwicklungen zu mehr als nur formierten Demokratien müssen wir gerade auch dann ins Auge fassen, wenn wir davon ausgehen, daß die ethnisch nationalistischen Anbiederungen einiger ost- und südosteuropäischer postsozialistischer Eliten an die internationalen Finanzmärkte in ihrer Resonanz wohl eher marginal geblieben sind. Es wäre jedoch falsch, vorschnell eine Wiederholung des Umschlags von der Deflationspolitik zur faschistischen Arbeitsschlacht mit rüstungsparasitärer Nachfragemobilisierung anzunehmen, wie sie in Mittel- und Südeuropa die frühen dreißiger Jahre geprägt hat. Ich glaube, es kommt etwas ganz anderes als das, was wir unter dem Faschismus analysiert haben. Das macht die Faschismusanalyse aber keineswegs überflüssig. Im Gegenteil: Die Herausarbeitung der Unterschiede wird uns helfen, politische Alternativen zu finden.

#### 4. Neue Proletarität

Auffächerung in der Homogenisierung oder Homogenisierung in der Auffächerung?

In globaler Perspektive öffnen sich die Klassenverhältnisse. Wenn die analytischen Voraussetzungen zutreffen, dann lassen sich für den proletarisierten und pauperisierten

Teil des neuen Panoramas von Klassengesellschaft unzweideutige Homogenisierungsprozesse ausmachen. Ich spreche erstens von einer strukturellen Homogenisierung. Bedingt durch eine weltweite Freisetzung von relativer Übervölkerung [nicht beschäftigte Teile des Proletariats, vgl. Karl Marx, Kapital, MEW 23, S. 657] entstehen strukturell gleiche Wechselbeziehungen von industrieller Reservearmee, aktiver Arbeiter- und Arbeiterinnenarmee und Unterbeschäftigten. Ich spreche zweitens von einer ökonomischen Homogenisierung. Tendenziell werden überall gleichartige Neuzusammensetzungsstrukturen sichtbar: moderne Gruppenarbeiter, prekäre Schwitzbudenproletarier und Proletarierinnen, self-employed des informellen Sektors. Sie alle werden arbeitsteilig in die reorganisierten Ausbeutungsketten hineingezwungen. Und drittens behaupte ich, daß wir eine Tendenz zur geografischen Homogenisierung zu beobachten haben. Dem transnationalisierten Kapital stehen auf allen Stufen der Mehrwertkette die erforderlichen Arbeitskräftepotentiale tendenziell weltweit, standortunabhängig zur Verfügung. Swissair kann eben Computerzentralen in zwischen nach Indien auslagern.

Das alles kann natürlich, je nach Entwicklungsstadien, mit ungeheuer verschärften Einkommensdifferenzierungen unterschiedlichsten Ausmaßes von Prekarisierung, Ausgrenzung, Ghettoisierung und Überlebenschancen einhergehen. Aber das alles ist zunächst einmal nur von quantitativer Bedeutung.

Ich gebe zu, daß diese analytische Dimension völlig anders wahrzunehmen ist, wenn wir einen lokalen Blickwinkel einnehmen, wenn wir den jeweiligen Bezugspunkt an der bestimmten, definierten Ausbeutungskette als Ausgangspunkt formulieren und vor allem natürlich im aktuellen politischen Tageskampf. Die Zerklüftung des neuen Proletariats schreitet voran in eine generationen- und geschlechtshierarchische Neuzusammensetzung. Die wichtigsten Faktoren der Auffächerung – Kinderarbeit und Frauenteilzeit-

arbeit – werden als Durchbruchpunkte der prekären Arbeitsverhältnisse überhaupt sichtbar. Frauen sind am stärksten betroffen. Sie haben oft nur als prekäre Arbeiterinnen die Möglichkeit, unbezahlte Reproduktionsarbeit zu finanzieren. Zusätzlich nehmen völlig unsichtbare, weil nicht mehr oder nicht entlohnte Arbeitsformen zu. Ein Beispiel ist die Katastrophe der Frauen in der Ex-DDR, die in die unbezahlte Hausarbeit zurückgetrieben werden.

Als weiteren Fächer der Ausdifferenzierung erleben wir eine Ausweitung unfreier Arbeitsverhältnisse: »Forced commerce« [erzwungener Handel], Arbeitsleistung für Mieten, Arbeitsleistung für Pachtschulden, eine zunehmende »decommodification« der Arbeitsmärkte, obwohl sie voll in den Wertschöpfungsprozeß mit unbezahlten Arbeitsanteilen integriert bleiben. Wir erleben eine Auffächerung in verdeckte Lohnbeziehungen der »Subcontractors« [Zulieferer], Werkvertragsarbeiterinnen und -arbeiter, der selbständigen ArbeiterInnen. Diese Differenzierungen werden konzernintern reproduziert. Und wir erleben – vielleicht die dramatischste Form der Auffächerung – Ausgrenzungen bis zur völligen Beseitigung des Existenzrechts bei den Flüchtlingen.

Diese beiden Momente – Homogenisierung und Differenzierung – müssen wir gegeneinander stellen. Unabhängig von der Frage, wie in der Beziehung Homogenisierung und Differenzierung tendenziell überwiegende Momente zu finden sind, gibt es aber eine Möglichkeit der Synopse beider Beziehungen, und das selbst in solchen metropolitanen Reservaten, in denen sich erstens Krisengewinnler und Aufsteiger, zweitens flexibilisierte und abstiegsbedrohte Arbeiterinnen und Arbeiter sowie drittens prekarisierte und ausgegrenzte Drittel in etwa die Waage halten. Homogenisierung heißt auch »making«, Solidarisierung, gegenseitige Hilfe, Assoziation. Differenzierung heißt »unmaking«, Entsolidarisierung, Entassoziation, Individualisierung. Ich glaube, es sind beides untrennbare Teile des heutigen Sozialprozesses in der globalen Krise.

Das »unmaking« geschieht nicht von selbst, sondern durch systematische Deformation der Fähigkeiten zur Wahrnehmung der realen Grundlagen postfordistischer Ellbogenideologie: Telekratie als politische Artikulation verdoppelter und zugleich deformierter Wirklichkeitswahrnehmung. Die Auffächerung der neuen Klassenverhältnisse wird letztlich erst durch die kulturelle Hegemonie des neoliberalen Regimes befestigt, das sich gleichzeitig mit den individualisierten und flexibilisierten Arbeitsverhältnissen auf die allgemeine Flucht aus der Arbeit einstellt.

Aber auch das »making« von unten kommt keineswegs automatisch. Es gibt keinen Automatismus, der von der Wahrnehmung der realen Lage zu kollektiven Verhaltensweisen – Solidarisierung usw. – führt. Wir sollten die Debatte über Homogenisierung und Auffächerung mit einem Verweis auf den großen britischen Historiker E. P. Thompson versehen, der in seinem »Making of the english working class« dazu eine ganze Menge gesagt hat. Er wies nach, daß das »making«, die Homogenisierung eines außerordentlich differenzierten Proletariats, zwischen 1780 und 1830 ein breit angelegter Lernprozeß war, der im übrigen die Homogenisierungshoffnungen der nachfolgenden marxistischen Utopie, das große industrielle Fabrikarbeiterproletariat als Kern des Umsturzes, sozusagen ex ante (und aus der Sicht des Exkommunisten Thompson ex post) widerlegt hat.

Auch wir selbst sind Teil dieser Prozesse und müssen zuerst einmal davon ausgehen, daß wir uns zwar in der klassenanalytischen Annäherung nicht grundsätzlich irren sollten, wenn wir von sozialem empirischen Evidenzen und Massenerfahrungen – Selbstuntersuchung auf breiter Ebene – ausgehen. Der reale Prozeß der kollektiven Neuzusammensetzung kann aber trotzdem ganz anders verlaufen, als wir ihn theoretisch vorwegnehmen. Zwischen gesellschaftspolitischer Analyse – militanter Untersuchung – und emanzipatorischem Handeln gibt es immer nur Annäherungen, die laufend der Korrektur durch die Massenerfahrung und die in

sie eingebundene politische Praxis bedürfen. Wir sollten die Dialektik von Homogenisierung und Dissoziation des neuen Proletariats in dieser Sichtweise angehen und nicht voreilig beantworten.

## 5. Die Krise der Linken

Das neue Zeitalter zeichnet sich dadurch aus, daß es aus einer fundamentalen Krise ein neues Akkumulations- und Regulationssystem hervorbringt, dessen endgültige Perspektive freilich noch keineswegs auszumachen ist. Vor allem ist es aber auch ein Zeitalter der Krise der Linken. Mit »der Linken« meine ich jene gesellschaftlichen Kräfte, die sozialreformerische Prozesse allein ablehnen und nach einem völlig andersgearteten Modell gesellschaftlicher und politischer Egalität streben. Je größer und je tiefer diese Krise – unsere Krise – wurde, desto stärker war die Tendenz, die Beziehung zur eigenen Geschichte – unserer Geschichte seit den sechziger Jahren – zu verlieren. Ich glaube, daß wir von einem Verlust des kollektiven Gedächtnisses bedroht sind. Geschichtslosigkeit ist aber mehr als bloße Resignation oder Unachtsamkeit. Es ist vor allem auch ein Akt des Verdrängens. Ich will nur ein paar Stichworte nennen, über die in vielen Zusammenhängen ein stillschweigender Konsens des Schweigens besteht:

Viele unserer politischen Zusammenhänge waren im Innern autoritär strukturiert. Sie hatten sehr starke Tendenzen zur Ausgrenzung oft besonders naher Nachbarströmungen. Und das hat intern entsolidarisiert. Das bezieht sich keineswegs nur auf die neoleninistischen Gruppierungen.

Wir haben ziemlich intensiv versucht, die materialistische Kritik unserer eigenen Geschichte zu vermeiden. Wir wollen uns damit nicht konfrontieren. Wir wollen die vergangenen Optionen und Niederlagen nicht dahingehend untersuchen, inwieweit diese Niederlagen notwendig waren, nicht vermieden werden konnten und inwieweit sie vermeidbar waren.

Es gab und gibt auch eine große Unfähigkeit zu Kurskorrekturen. Ich möchte hier nur das Beispiel des bewaffneten Kampfs andeuten. Das Syndrom der Pentiti [pentiti: Reumütige, unter Kronzeugenregelungen aussagende Rotbrigadisten] ist auch eine Rache am Prinzip, daß Grenzüberschreitungen in der Militanz nur in eine einseitige Richtung vorzunehmen waren. Wenn Illegalität immer zur Ablösung vom Massenkonsens und zu einer elitären Selbstkonstitution führt, und wenn sie notwendigerweise immer dazu führen würde, dann müßten wir sie vielleicht doch prinzipiell verwerfen. Auch hier, glaube ich, muß viel aufgearbeitet und nachgedacht werden, um die zweifellos vorhandenen positiven Erfahrungen der Illegalität für die Zukunft zu bewahren.

Die eigene soziale und materielle Selbstwahrnehmung war und ist in unseren politischen Zusammenhängen oft ausgegrenzt. Dabei sollte sie nach meiner These Kern unseres politischen Engagements sein. Wir sollten gerade als Linke von unseren eigenen materiellen Lebensbedingungen ausgehen und nicht als Prekarierte auf politischen Ersatzebenen agieren. Gerade im Prozeß und in der Erfahrung der sozialen Marginalisierung gibt es sehr starke Individualisierungserfahrungen und Rückzugstendenzen. Das ist eine an sich paradoxe Verhaltensweise, die aber aus dieser Ausgrenzung der eigenen materiellen Konstitution herrührt und gegenwärtig viele Restprojekte gefährdet.

Ich meine aber auch, daß wir in vielen Fällen unfähig gewesen sind, Teilsiege wahrzunehmen und erkämpfte Positionen auszubauen. Ich erinnere an die Frauenbewegung, die wohl von allen Sozialbewegungen am weitesten egalisierend in die Gesellschaft gewirkt hat und die – so meine ich – auch uns linke Männer ein Stück weit verändert hat. Es sollte eigentlich möglich sein, jetzt über einen neuen politischen Schulterschuß zu reden und über Bedingungen eines gemeinsamen Widerstands gegen die Deregulierung und gegen die mit ihr einhergehende »Wiederentdeckung« der unbezahlten Hausarbeit nachzudenken.

Das sind unsystematische Beispiele. Ich möchte zeigen, daß der Kampf gegen die Krise als ein Weg zu solidarischem und egalitärem Handeln immer innere Solidarität voraussetzt. Das ist ein unverzichtbarer Teil des kollektiven Gedächtnisses, denn ohne innere Solidarität kann nicht kollektiv-historisch agiert werden. Solange wir hier stagnieren, solange wir uns gegenseitig ausgrenzen und nicht aufeinander zugehen, werden wir nicht in der Lage sein, neu in das Wechselspiel von proletarischer Homogenisierung und Dissoziation einzugreifen und wieder geschichtsmächtig zu werden.

## 6. Perspektiven einer neuen Klassenorientierung

Genau ein solches Eingreifen halte ich für nötig und möglich. Nur mit Klassenorientierung bleibt die Option auf eine sozialistische Alternative als einer offenen Lebens- und Gesellschaftsformation, die sich durch gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln und durch die ausschließliche Produktion und Reproduktion zur Befriedigung basisdemokratisch ermittelter gesellschaftlicher Bedürfnisse auszeichnet, belanglose Utopie. Wie soll das geschehen?

Strategisch. Ich schlage vor, die altbekannte Suche nach besonders avantgardistischen Fraktionen des neuen Klassen-subjekts aufzugeben und die neuen Möglichkeiten aus der Konstitution des neuen Proletariats in ihrer ganzen Vielfalt zum Ausgangspunkt unseres Nachdenkens und Handelns zu machen. Wir brauchen also eine offene Struktur des Klassenantagonismus von unten, für alle, die ihre Arbeits- und Lebenskraft hergeben müssen, um leben zu können, unabhängig davon, ob sie entlohnt, auf Werkvertragsbasis honoriert, für Arbeitsmärkte zur Verfügung gehalten, zu nicht entlohnter Arbeit gezwungen oder patriarchalisch im informellen Sektor geknechtet werden. Das, meine ich, ist an jedem Widerstandspunkt des Globus möglich, da bei allen quantitativen Unterschieden grundsätzlich gleichartige strukturelle ökonomische Bedingungen vorliegen und zu je-

dem anderen Widerstandspunkt vermittelt werden können. Die Homogenisierung ist also strukturell bedingt, zugleich aber auch eine Vorwegnahme. Genau hier liegt die Aufgabe der Linken.

Es geht also nicht darum, ein neues Primat des Agrarsozialismus zu postulieren; es geht nicht darum, ausschließlich eine neue Kampagne der Prekären und Jobber in Gang zu bringen; es geht nicht darum, das sozialistische Heil allein von den aus der Arbeitslosigkeit entlassenen selbständigen Arbeiterinnen und Arbeitern zu erwarten, auch nicht von den Gruppenarbeitern, sondern wir brauchen eine offene Synthese der jeweils unterschiedlich gewichteten Kommunikationsweisen und Kampfformen am Ort. Dafür sind, immer noch strategisch gedacht, Strukturen nötig. Ich votiere für eine internationale Vernetzung der lokalen Widerstandspunkte im Sinne einer internationalen Assoziation durch erste politische Initiativen: Gegeninformation, Analyse, konkrete Hilfeaktionen.

Ich plädiere zweitens dafür, die lokalen Konfrontationspunkte mit unterschiedlichen Schwerpunkten, aber dem Ziel der Synthese aller möglichen Teilbewegungen zur Durchsetzung einer moralischen Ökonomie des Existenzwerts zu assoziieren: Recht auf Boden und Wohnung, politischer Lohn, Recht auf soziale Reproduktion. Diese neue moralische Ökonomie wäre zu realisieren durch die soziale Aneignung und kommunale Selbstverwaltung von Boden und Wohnen. Sie wäre im Kampf in und gegen die lokalen Arbeitsmärkte zu realisieren durch einen neuen »social-movement unionism« [auf sozialen Bewegungen basierende Gewerkschaftspolitik] gegen flexibilisierte Arbeitsverhältnisse, durch den Kampf für einen politischen Lohn in den Basiskomitees der Netzwerkunternehmen. Das Recht auf soziale Reproduktion wäre in kommunaler Selbstorganisation anzugehen, als Rückeroberung selbstbestimmter sozialer Reproduktionsgarantien. Die sozialstaatlichen Transferruinen sollten bei gleichzeitiger kommunaler Aneignung der

ungeheuer angehäuften Privatvermögen reorganisiert und in Selbstverwaltung übernommen werden.

Ich halte es also strategisch für möglich, einen solchen Zusammenschluß in politisch-wirtschaftlich homogenisierten Assoziationen von Gegenmacht in Gang zu bringen, und zwar im Rahmen einer internationalen Vernetzung.

Die taktischen Aspekte, wie diese Perspektive anzugehen wäre, sehe ich einmal darin, daß auf dieser strategischen Basis in die bevorstehenden oder schon stattfindenden Kämpfe gegen den sozialen Generalangriff einzugreifen wäre; daß wir von hier aus aber auch an die Seite derer treten, die vom Populismus der Deregulierungsexperten am stärksten ausgegrenzt werden: Ausländer, chronisch Kranke usw.

Ich bin mir bewußt: Derartiges kann vielleicht noch gedacht, aber angesichts der Krise der Linken und der realen Kräfteverhältnisse nur noch mit Mühe und Anstrengung vorgeschlagen werden. Trotzdem bin ich vorsichtig optimistisch. Was beispielsweise seit einigen Wochen in Italien passiert, haben bis vor wenigen Wochen die meisten für unmöglich gehalten. Ich glaube also, daß ein soziales Beben, auch in den Metropolen, zu spüren ist und daß wir dieses soziale Beben wahrnehmen, uns darauf einrichten sollten. Wenn in die aktuellen Basisinitiativen bewußte Handlungsfähigkeit hineinkommt, dann werden ihre Militanten sich bald als Teil einer neuen emanzipatorischen Massenbewegung wiederfinden. Vielleicht. Ich hoffe es.

*(Der Text ist das von Karl Heinz Roth durchgesehene und leicht ergänzte Transkript seines Referats. Die Anmerkungen in eckigen Klammern stammen von der Zürcher Redaktion »Vorwärts«, welche Roths Referat bearbeitete und zuerst veröffentlichte.)*

## Die AutorInnen

*Robert Kurz* lebt als freier Publizist in Nürnberg. Er ist Mitherausgeber der Theoriezeitschrift »Krisis« und veröffentlichte zuletzt die Bücher »Honeckers Rache« (1991), »Der Kollaps der Modernisierung« (1991), »Potemkins Rückkehr« (1993) und »Der Letzte macht das Licht aus« (1993).

*Ernest Mandel*, geb. 1912, lebt in Brüssel. Langjähriger Aktivist der 4. Internationalen, zahlreiche Buchveröffentlichungen, u.a. »Die langen Wellen im Kapitalismus«, »Der Spätkapitalismus« und »Börsenkrach und Weltwirtschaftskrise«.

*Maria Mies*, Professorin für Soziologie, lehrte bis zu ihrer Pensionierung an der Fachhochschule Köln. Zu ihren wichtigsten Büchern gehören »Frauen, die letzte Kolonie« (1983 zusammen mit Claudia von Werlhof und Veronika Bennoldt-Thomsen) und »Patriarchat und Kapital« (1986). Im Frühjahr 1995 erscheint bei Rotpunkt »Ecofeminismus« (zusammen mit Vandana Shiva).

*Karl Heinz Roth*, Arzt und Historiker, lebt in Hamburg. Mitarbeit an der »Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts« und deren Zeitschrift »1999«. Autor u.a. von »Die andere Arbeiterbewegung« (1974), »Die Wiederkehr der Proletarität« (1994). Ein Teil seiner politischen Texte ist zusammengestellt in dem Band »und es begann die Zeit der Autonomie« (Verlag Libertäre Assoziation, 1994).

*Res Strehle* ist Ökonom und Wirtschaftsjournalist in Zürich. Er schreibt u.a. für die »WoZ«, das »Magazin« und die »Weltwoche«. Buchpublikationen: »Die Bührlé-Saga« (1981, m.a.), »Damengambit« (1985), »Ganz oben. 125 Jahre Schweizerische Bankgesellschaft« (1987, m.a.), »Kapital und Krise« (1991) und »Wenn die Netze reißen« (1994).